

Ja, selbstverständlich, ich weiß ja, deine Bildn, die du da immer zeigst mit Peter Schachner und dem schwarzen Hintergrund. Für Peter Schachner ist Kulturpolitik nicht nur ein formeller Auftrag, ist Kulturpolitik nicht nur ein Job, sondern ist Kulturpolitik ein persönliches Anliegen und Herzenswunsch (Beifall bei der SPÖ.), und das verspüren nicht nur die Kunstschaffenden, sondern das verspüren die Menschen in diesem Lande. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte anwesende Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem diese Diskussion zum entsprechenden Bericht eine solche Dynamik angenommen hat, möchte ich einen Beschlusantrag einbringen, zu dem ich beziehungsweise die vier weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichner die Diskussion, die vorher gelaufen ist, inspiriert wurden, und zwar:

Beschlusantrag der Abgeordneten Zitz, Wabl, Brügger und Keshmiri; betreffend Prüfung des Projektes Kunsthaus durch den Landesrechnungshof.

Auf Grund der jahrelangen Diskussion um das Projekt Kunsthaus und der dabei angefallenen Kosten in Millionenhöhe ist eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof dringend erforderlich.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Höhe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, das Projekt Kunsthaus am Schloßberg einer Kontrolle zu unterziehen.

Die Person, die mich auf die Idee gebracht hat, diesen Antrag einzubringen, ist die Klubobfrau der Freiheitlichen, die vorgeschlagen hat, daß man im Sinne ihrer Kontrollkompetenz, die ja von ihrer Fraktion immer wieder moniert wird, daß man auch den Kunstbereich immer wieder einer nachvollziehbaren Kontrolle unterzieht. Und ich glaube, daß es die sicherste Form einer adäquaten Kultur- und Kunstpolitik ist, wenn man es schafft, Projekte, die gut intendiert sind, die aber von der demokratischen Legitimität nicht unbedingt sehr gut abgesichert sind, von vornherein adäquat begleitet und evaluiert. (Abg. Vollmann: „Nur, Sie machen einen grundsätzlichen Fehler, Frau Kollegin. Die begleitende Kontrolle ist bei Baumaßnahmen im Bereich des Landes bei jedem Projekt vorgesehen, da brauchen wir keinen Beschlusantrag!“) Sehr geehrter Herr Kollege Vollmann, daß diese Kontrolle nicht nur auf der Ebene läuft, die Sie angesprochen haben, sondern auf einer Ebene läuft, wo man sicherstellen kann, daß von seriöser Stelle dieses gewaltige Kunstprojekt auch in dieser Phase bereits begleitet und evaluiert wird, nämlich vom Landesrechnungshof, und ich glaube, dessen Kompetenz wird doch hoffentlich niemand im Raum in Frage stellen. (Abg. Vollmann: „Der Landesrechnungshof kontrolliert ja – begleitende Baukontrolle!“)

Deswegen ersuchen wir, jetzt bereits in der Phase der Festlegung, wie der Bau genau ausschauen wird, durch den Landesrechnungshof aktiv zu werden. Und,

sehr geehrte Damen und Herren, die Intention dieses Antrages ist sicherzustellen, daß das Kunsthaus, dem, wie gesagt, Bürgermeister Stingl, Stadtrat Strobl, die gesamte Fraktion der steirischen und der Grazer Grünen relativ kritisch gegenüberstehen, daß dieses Kunsthaus bereits in dieser Phase der Planung entsprechend bewertet wird. Sie wissen, daß es immer wieder gewaltige Budgetüberziehungen gegeben hat, weil eine Studie nach der anderen erstellt wurde. Sie wissen auch, daß die zuständige Abteilung, die Fachabteilung IV a, mit diesen Agenden – ich sage es vorsichtig – nicht in diesem Ausmaß betraut worden ist, wie es eigentlich ihrer Kompetenz entsprechen würde. Und ich ersuche deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie eine Qualitätssicherung für dieses Projekt wollen, wenn Sie wollen, daß das Kunsthaus in Graz in entsprechender Form gebaut wird, wobei ich den Standort Schloßberg, Reinerhof, sehr in Frage stellen möchte, dann ersuchen ich Sie, diesem unserem Beschlusantrag, Prüfung des Projektes des Kunsthauses durch den Landesrechnungshof, zum jetzigen Zeitpunkt, und nicht erst, wenn gebaut wird, diesem Beschlusantrag zuzustimmen.

Auf die Idee gebracht, wie gesagt, hat mich meine freiheitliche Vorrednerin, und es würde mich sehr wundern, wenn die freiheitliche Fraktion diesem Antrag jetzt nicht zustimmen würde, auch wenn eines ihrer Regierungsmitglieder davon betroffen ist.

Ein paar Worte noch zur Landesausstellung. Es war für mich selbstverständlich, daß die beiden aus Leoben stammenden Abgeordneten hier ans Pult gehen. Es ist für mich auch legitim, daß man sich natürlich bemüht, diese Landesausstellung aus dem eigenen Blickwinkel darzustellen. Ich muß sagen, ich habe mir diese Landesausstellung sehr genau angeschaut, zweimal, und ich bin inhaltlich, methodisch und auch museumspädagogisch sehr, sehr enttäuscht gewesen. Es wundert mich auch nicht, daß man mit 87.600 Besucher/Besucherinnen weit unter der anvisierten 100.000-Personen-Marke geblieben ist. Ich nehme auch an, daß diese Zahl dadurch zustande gekommen ist, daß man halt im letzten Moment etliche Klassen, Schulkinder in unterschiedlichsten Altersstufen, aus der Region gebeten hat, stark motiviert hat, sich die Ausstellung anzuschauen.

Die Ausstellung hat einige Schwachpunkte. Der größte Schwachpunkt ist wohl, daß sie für Kinder und Jugendliche methodisch überhaupt nicht geeignet ist. Ein zweiter Schwachpunkt ist, daß genau das, was der Kollege Erlitz vorher eingefordert hat, nämlich Kunst und Menschen näher zusammenzuführen, Personen auch zu motivieren, sich mit Kunst- und Kulturprojekten auseinanderzusetzen, die ihnen vielleicht auf den ersten Blick nicht zugänglich erscheinen, daß genau dieser Zugang bei dieser Ausstellung nicht gegeben ist. Es ist eine Ausstellung, die eine Art von „Technikfetischismus“ betreibt. Es ist eine Ausstellung, die es nicht schafft, sich in irgendeiner Form interaktiv zu präsentieren, Besucher, Besucherinnen zu motivieren, sich mit dem, was da geboten wird, auseinanderzusetzen.

Das einzig Positive, was ich an dieser Ausstellung sehe und was ich tatsächlich betonen möchte, ist, es gibt, wenn man ganz am Anfang hineinkommt, in einer Koje ein Video zur Gebärdensprache. Wie gesagt, das Thema ist uns in der Früh entsprechend

nähergebracht worden. Ich würde mir wünschen, daß es bei jeder der kommenden Landesausstellungen möglich ist, daß zumindest in einem bestimmten Rhythmus, etwa einmal in der Woche, auch Führungen in Gebärdensprache angeboten werden.

Das zweite, was mir aufgefallen ist, es ist bei dieser Ausstellung ein taktiles Alphabet für Sehbehinderte angeboten worden.

Das waren die beiden einzigen Formen, wo man als Publikum mit dieser Ausstellung in Kontakt treten hat können, außer durch das Anschauen der einzelnen Exponate.

Menschen sind in der Ausstellung kaum vorgekommen, außer einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TU und Joanneum Research beziehungsweise eine Art weibliches „Pin-up“, wo die ersetzbaren Körperteile markiert gewesen sind – Kniegelenk, Hüftgelenk, Zähne et cetera. Das war im medizinischen Raum. Sonst sind Menschen so gut wie nicht vorgekommen.

Es ist tatsächlich so, daß der Ausstellungsraum sehr attraktiv ist und Leoben sich mit dieser Landesausstellung ein sehr schönes, sehr zeitgemäßes und auch sehr, ich würde fast sagen, „zärtlich“ an die anliegende Stadtpfarrkirche angenähertes kleines Museumsquartier erarbeiten hat können. Ich halte es aber für problematisch, daß man diese Art von Stadterneuerung sich nur herauswirtschaftet, wenn man alle heiligen Zeiten einmal die Möglichkeit hat, eine Landesausstellung bei sich beheimaten zu dürfen. Ich halte das für ziemlich kritisch.

Ein Zweites noch: Es ist vom Kollegen Erlitz eine Bezeichnung gekommen, nämlich „Menschen zur Kunst erziehen“, und bei diesen Vokabeln zucke ich ziemlich zusammen. Es ist ja so, daß es regionale Initiativen gibt, die in anderer Form Kunst und Kultur betreiben wollen, ob das jetzt Internetaktivisten/-aktivistinnen sind, ob das die Personen sind, die sich jetzt im Rahmen des „herbstes“ mit dem Bereich „Sex and Space“ auseinandersetzen. Wir haben vorher eine Frau-und-Gewalt- beziehungsweise eine Karatediskussion hinter uns gebracht. Ich glaube, daß das Angebote sind, die in der Steiermark sehr wohl vorhanden sind. Ich glaube, daß man für die Leute, die diese Angebote sehr oft ehrenamtlich entwickeln, sehr oft auch mit sehr viel Kritik von außen entwickeln, daß man eine Art von Kultur- und Kunstklima schaffen sollte, daß Leute motiviert werden, diese Angebote aus sich heraus selber zu entwickeln. „Menschen zur Kunst erziehen“: Der Begriff „Erziehung“ fällt mir in diesem Zusammenhang negativ auf.

Weiteres noch zu dieser „Show“ in Leoben, wobei, wie gesagt, ich die räumliche Gestaltung recht positiv gefunden habe: In der Darstellung „Made in Styria“ hat diese Ausstellung eher die Qualität einer Firmenmesse gehabt. Rohstoffforschung, obwohl in Leoben ein paar Meter entfernt von der Montanuniversität, ist auf eine Art und Weise dargestellt worden, daß man wirklich eine sehr motivierte Ökologin sein muß oder eine einschlägige Ausbildung haben muß, um sich da thematisch anzunähern. Es fehlen zum Beispiel auch Statistiken über den globalen Rohstoffverbrauch. Obwohl in den letzten Räumen einige Kunstexponate sind, merkt man ganz klar, daß diese Ausstellung genau das betreibt, was ich mir nicht erwartet habe, nämlich eine Segmentierung vom gesellschaftlichen

Raum in den klassischen technikverherrlichenden Bereich plus ein bißchen „Kunstgarnierung“. In den letzten Räumen waren einige Objekte angebracht, die aber so abrupt gekommen und so wenig integriert sind, etwa die Angebote von einer Firma wie der AVL, daß man eigentlich reingestolpert ist und sich wenig zurechtgefunden hat. Ich glaube, das ist sowohl unfair gegenüber diesem ganzheitlichen Thema „Made in Styria“ als auch unfair gegenüber einer Landesausstellung, wo ich mir erwarte, daß sie einfach ganzheitlicher gestaltet ist.

Zwei Themen, die ich noch zur Sprache bringen möchte, auch auf die Gefahr hin, mich wieder einmal sehr unbeliebt zu machen.

Man kommt in diese Ausstellung in Leoben hinein, und auf der rechten Seite sieht man Herrn Prof. Sänger, der an der TU in Graz im Bereich Raketenantriebe geforscht hat. Und direkt neben seinem Bild sieht man eine Abbildung von einer Rakete aus dem Jahr 1940. Wir wissen ungefähr, was 1940 auf der ganzen Welt los war. Es ist für mich erschreckend, wenn ich in eine Landesausstellung gehe und begrüßt werde von so einem Forscher, wann immer er auch gearbeitet haben mag. Vielleicht war das vor 1938, vielleicht war es auch vor dem Jahr 1934. Meine Zeitrechnung, was totalitäre Tendenzen in diesem Land betrifft, ist anders. Totalitarismus hat nicht erst 1938 angefangen, das gab es einige Jahre auch. Es ist für mich nicht einsichtig, daß ich mit einem Foto aus dem Jahr 1940 begrüßt werde, denn damals sind Raketen sicher nicht zur Aufrechterhaltung von Menschenrechten und Demokratie verwendet worden, sofern man Raketen überhaupt jemals dazu verwenden kann. Ich stelle das stark in Frage. In der Zeit ist das unter Garantie nicht passiert.

Wenn man dann ein paar Schritte weitergeht zum Brauereimuseum in Göß – sehr gute Ausstellung, sehr gute Führung –, dann sieht man im ersten Stock oben ein kleines Liedbüchlein, und da wird der Dichterpoeet Kernstock hochgejubelt. Sie wissen ganz genau, daß es in der ganzen Steiermark etliche Straßen mit dem Namen Kernstock gibt. Wir kennen auch die Position, die Kernstock in der NS-Zeit gehabt hat. Es hat mich erschreckt, daß bei einer Landesausstellung, nämlich gerade unter einem Landeshauptfraustellvertreter Schachner, Kernstock auch nur ein Zentimeter Raum gegeben wird. Das war für mich sehr überraschend.

Letztes Thema noch: Wie gesagt, ich glaube, daß die Landesausstellungen so strukturiert werden sollen, daß sie als Biennale ablaufen, alle zwei Jahre, und daß das Gesamtkonzept der Ausstellung sich aus meiner Sicht nicht nur punktuell auf einen Raum konzentrieren, sondern ausgedehnt werden sollte. Leoben hat sehr viele attraktive Räumlichkeiten neben dem neuen Bau, neben dem Biermuseum in Göß. Ich hätte mir gewünscht, daß die Stadt stärker integriert wird, abgesehen davon, daß man weiß, in welchem Kaffeehaus und in welchem Restaurant welche Öffnungszeiten sind beziehungsweise wann der Citybus mehr oder weniger regelmäßig fährt. Ich wünsche mir eine Biennale, und ich wünsche mir eine stärkere Einbindung von der gesamten Stadt, der gesamten Region in die Landesausstellung. Es bleibt zu hoffen, daß das bei der Ausstellung in Radkersburg zum Thema „Jugend –

Kultur" besser passiert, daß da etwa grenzübergreifende Projekte mit Slowenien mehr angegangen werden.

Aber, wie gesagt, diese Landesausstellung '97 „Made in Styria“ war kein Kompliment an die Kunst- und Kulturpolitik in diesem Land. Und es bleibt nur zu hoffen, daß das, was man da zusammengebracht hat, entsprechend evaluiert wird und daß es tatsächlich so ist, wie es eigentlich vorgesehen ist, die Leitung einer Ausstellung nicht an Montanuniprofessoren ausgelagert wird, sondern daß es tatsächlich einen professionellen Kurator, eine professionelle Kuratorin im Sinne von Ausstellungsmacher oder Ausstellungsmacherin gibt.

Ich möchte Sie nochmals ersuchen, den Beschlußantrag, den ich am Anfang gebracht habe, motiviert durch die Wortmeldung der Klubobfrau der Freiheitlichen, diesem Antrag zuzustimmen. Sie würden damit sicherstellen, daß das Kunsthaus in Graz adäquat gebaut wird. Sie würden damit auch sicherstellen, daß man dieses Hineinbauen in den Reinerhof am Schloßberg nochmals in Frage stellt. Es ist mir völlig unverständlich, daß ein freiheitlicher Landesrat Schmid vor zwei Jahren den Reinerhof mit Landesmitteln – mit Wohnbauförderungsmitteln, um es genauer zu machen – großartig renoviert und daß zwei Jahre darauf ein Teil von diesem Bau oder vermutlich der ganze Bau, das ist derzeit nicht herauszufinden, umstrukturiert wird (Abg. Schinnerl: „Aber nur vermutlich!“), daß er in das Kunsthaus integriert wird. Das ist eine Art von „vorsorgender Baupolitik“ von einem Landesrat Schmid, die für mich einfach nicht nachvollziehbar ist. Und deswegen eben Aufforderung, dieses Projekt rechtzeitig, nämlich jetzt, durch den Landesrechnungshof prüfen zu lassen, um eine adäquate Projektabwicklung sicherzustellen, nicht erst in der Phase, wenn tatsächlich gebaut wird, wie der Kollege Vollmann gemeint hat, sondern bereits jetzt, wo noch gewisse Weichenstellungen erfolgen können. Und aus grüner Sicht sind wir nach wie vor davon überzeugt, und da teilen wir die Meinung der ÖVP, auch wenn sich das ÖVPLer heute nicht mehr so klar zu sagen getrauen, daß der Pfauengarten tatsächlich der beste Raum wäre für ein Kunsthaus, weil wie der derzeit mit Autos verparkt wird, das ist einfach eine der größten Absonderlichkeiten der Kunst- und Kulturpolitik der Stadt Graz und des Landes Steiermark. Danke. (17.17 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (17.17 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nur einen Satz zum verehrten Kollegen Erlitz. Ich halte es mit dem Kollegen Brünner, daß Lesen keine Schande ist, aber ich verstehe wohl, daß man leichter redet, wenn man viel vergißt und wenig liest. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.18 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort. (Abg. Tasch: „Du bist Klubobmann und hältst dich überhaupt nicht an die Abmachungen. Das ist das Ärgste überhaupt!“)

Abg. Dr. Wabl (17.18 Uhr): Was für Abmachungen? (Abg. Tasch: „Naja, ihr habt ausgemacht, daß nur einer redet von jeder Fraktion zu einem Tagesordnungspunkt. Oder warst du da nicht dabei?“) Du, die Rede des Kollegen Erlitz, und das sage ich dir ehrlich, das lasse ich mir nicht nehmen, wenn der Kollege Erlitz da hier eine Brandrede hält, daß ich da darauf antworte. Ich meine, wenn wir soweit sind, daß Demokratie nicht möglich ist und wir uns hier auch in Wechselreden ergeben, das glaube ich, das macht ja das Salz der Demokratie aus. (Abg. Tasch: „Dann machts nichts aus, wenn es dann nicht eingehalten wird!“)

Wir haben das nicht so ausgemacht. Kurtl, war das ausgemacht? Ich kann mich nicht erinnern. Es ist zu einem einzigen Punkt ausgemacht worden, und ich möchte das jetzt in aller Form deutlich sagen. Ich bin nicht vergeßlich oder habe irgendwelche Krankheiten, das einzige, was ausgemacht worden ist, daß es sehr sinnvoll wäre, zum Thema der Anerkennung der Gebärdensprache, daß ein Redner dort ans Rednerpult tritt. (Abg. Dr. Flecker: „Martin, wir haben nur noch gesagt, über Anregung des Prof. Brünner sollen wir nach Möglichkeit unsere Redner reduzieren, weil es heute sehr lange dauern wird. Das haben gesagt!“) Schau, wenn du mir nicht zuhören willst, aber ich sage dir etwas. Erstens haben wir es nicht ausgemacht, es ist nicht ausgemacht worden. Kurtl, das stimmt nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Wir haben gesagt, daß wir nach Möglichkeit die Redner reduzieren, weil der Prof. Brünner gesagt hat, wenn wir zu jedem Tagesordnungspunkt eine Viertelstunde reden, sitzen wir um zwei in der Früh auch noch da!“)

Das hat er gesagt. Aber, Kollege Brünner, es ist nie ausgemacht worden, daß nur einer reden darf, das ist nie gesagt worden. Ich weise das entschieden zurück, und ich hätte mich auch nicht zu Wort gemeldet, und jetzt bin ich beim Thema. Und, Frau Landeshauptfrau, vielleicht können Sie auch zuhören, ich will ja nicht stören, aber es geht da hier um Kunst und Kultur. (Abg. Tasch: „Martin, es ist eh gut, wenn du anfangst und über das Thema redest!“)

Du, schau, du wirst dich wundern, und wenn du mich noch weiter provozierst, dann werde ich halt noch weiter versuchen anzufangen.

Nein, wir brauchen da nicht eilig werden. Der Kollege Erlitz hat für mich eine rhetorisch hervorragende, aber zu Kultur und vor allem zum Kunsthaus eine Rede gehalten, und ich will den Fehler nicht machen, den er gemacht hat. Und der Kollege Brünner hat heute ja in seiner Wortmeldung gerade anlässlich zu Kunst und Kultur sich sehr differenziert geäußert, daß dort Schwarzweißmalereien sehr problematisch sind und daß gerade die Diskussion in der Kultur zu differenzierter Betrachtungsweise verleitet und auch auffordert. Aber deine Rede, sie war rhetorisch sehr gut, du bist in Liebenau Mittelschullehrer, war für mich von einer derartigen Schwarzweißmalerei, und ich bin überhaupt nicht empfindlich gegenüber den Aktivitäten des Herrn Landeshauptfraustellvertreters Schachner. Ich anerkenne, daß er in manchen Bereichen des Kulturwesens sehr wohl etwas weiterbringt. Und jeder, der eine Funktion übernimmt, hat gewisse Fähigkeiten, neue Impulse zu setzen, aber bitte schön, bei dir habe ich mir gedacht, die ÖVP stört

das nicht mehr offensichtlich in dem Land, daß der Landeshauptmann Krainer mehr oder weniger relativ unkommentiert da von der Seite vergessen worden ist, als ob er überhaupt nie im Kulturbereich tätig war. Ich will ihn jetzt nicht verteidigen, steht mir auch gar nicht zu. Er war zwar formell zuständig vier Jahre lang und hat auf dem Gebiet sicherlich einiges eingebracht, aber du hast eine neue Zeitrechnung erfunden für die steirische Kulturpolitik. Ich kann dir gratulieren. Da gibt es – wie die Jahre vor Christus und die Jahre nach Christus – in der steirischen Kulturpolitik die Jahre vor Schachner, da ist nichts geschehen, da war ein schwarzes großes Loch in der steirischen Politik, obwohl der Herr Landeshauptmann Krainer dort war, Jungwirth, Koren. Aber ich habe den Eindruck gewonnen, bis dato ist nichts geschehen. Unkommentiert von der ÖVP interessanterweise. Und dann kam der Paukenschlag, das Jahr 1996, der Anfang, die Übernahme des KulturreSORTS durch Schachner. (Abg. Mag. Erlitz: „Gründerzeit!“) Gründerzeit. Und nun heißt es, wir sind jetzt im Jahre zwei so quasi der Ära Schachner, und was im Kulturbereich da passiert, ist phänomenal. Es passiert manches, ich will das jetzt wirklich betonen, daß niemand glaubt, ich will das jetzt wieder so schwarzweiß herabsetzen. Es ist sicher manches Positive passiert, vor allem auch das Bemühen, dezentral hier vorzugehen, daß man sich auch bemüht, Kultur vielseitiger und Kulturschaffen vielseitiger zu sehen, und ich glaube, da ist einiges in Bewegung geraten. Das merke ich auch. Aber man muß eines auch sagen, und damit komme ich zum entscheidenden Punkt, und da hast du mich auch wieder, Gott sei Dank, auf den Plan gerufen.

Die Landesausstellung Leoben – hat schon die Frau Kollegin Zitz gesagt – war kein Superergebnis. Aber das mag mehrere Gründe haben, und die will ich auch gar nicht hier irgendjemandem zuordnen, aber das steht fest, da gibt es wahrscheinlich manches nachzudenken. Aber eines bitte, und das sei mir gestattet da hier, in der Frage Kunsthaus hier herzugehen und zu sagen, jetzt geht endlich was weiter, jetzt geschieht endlich was in Sachen Kunsthaus. Ich getraue mich zu behaupten, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter kann mich gerne korrigieren. Das Kunsthaus im PfaueNGARTEN war einstimmig beschlossen, die Millionen waren bereit, es ist geplant, es ist nicht schlüsselfertig, weil es nicht gebaut worden ist, aber es ist baureif gewesen. Und ich hätte gerne gewußt, aus welchen Gründen – (Abg. Mag. Erlitz: „Martin, wenn du zugehört hast, der Altlandeshauptmann hat dem Joachim Ressel die Verfügung über die Mittel genommen! Warum hat er sie nicht gebraucht bitte? Na, ich frage nur. Ist ja nur eine Frage!“)

Du, und ihr werft mir immer vor, meine Vergangenheit bei der SPÖ, und das habe ich nicht bewältigt. Aber eines habe ich mir gemerkt von damals, daß die Ablehnung des Kulturhauses im PfaueNGARTEN in euren Kreisen nie durch sachliche Gründe gerechtfertigt war (Abg. Mag. Erlitz: „Das stimmt nicht!“), sondern es hat geheißen, dem Joschi zeigen wir es, der soll diesen Erfolg nicht auf seine Fahnen heften. (Abg. Mag. Erlitz: „So ein Blödsinn!“)

Das weißt du selber, Kollege Erlitz, und das war der Hauptgrund. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Man hat damit gezeigt, daß man den Joschi demontiert und

daß es ihm nicht gelingt, dieses Projekt, das schon baufertig war, durchzuziehen. (Abg. Mag. Erlitz: „Martin, es hat kein Projekt gegeben!“) So war es, du kannst doch nicht bestreiten, daß das Projekt PfaueNGARTEN baureif war. Du weißt auch, daß es in Graz verdammt schwierig ist, ein Projekt durch alle bürokratischen Hürden durchzubringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das weißt du. Jetzt sage mir einen sachlichen Grund, warum der PfaueNGARTEN nicht gebaut worden ist. Sage mir das. (Abg. Mag. Erlitz: „Weil es kein innerliches Konzept gegeben hat!“) Ein innerliches Konzept. Jetzt erkläre mir, was ein innerliches Konzept ist. (Abg. Mag. Erlitz: „Es hat kein inhaltliches Konzept gegeben!“) Dann hättest du eines gemacht. Wenn ich dir jetzt zugehört habe, du weißt ja, was ein innerliches Konzept ist. Also ich weiß, daß von eurer Seite der Hauptgrund, das Projekt PfaueNGARTEN zu verhindern, war, daß man den Joschi insoweit demaskiert, daß er im Bereich der Kultur nichts weiterbringt und daß er ein Papiertiger ist, der keine Erfolge aufzuweisen hat. Und davon bin ich zutiefst überzeugt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und du willst jetzt kommen und sagen, das war alles vorher nichts, obwohl ihr jene gewesen seid, die von dem einstimmigen Beschluß, daß der PfaueNGARTEN gebaut wird, abgerückt sind und damit der steirischen Kulturöffentlichkeit zeigen wollten, daß das nicht geht. So war es, Erlitz, und das innere Konzept, das kannst du dir in die Haare schmieren oder sonst was, aber das gibt es in diesem Fall nur in deiner Phantasie. (Abg. Mag. Erlitz: „Das ist deine Sicht!“ – Abg. Gennaro: „Du kannst dir nichts mehr in die Haare schmieren, die sind schon fett genug!“)

Na ja, schau, Kurtl. (Abg. Dr. Flecker: „Tu weiter!“)

Ich tu eh weiter. (Abg. Dr. Flecker: „Wir wollen es hinter uns bringen!“) Du wirst dich wundern, so schnell wirst du das nicht hinter dich bringen, weil das tut euch nämlich weh, die Geschichte tut euch nämlich sehr weh. (Abg. Dr. Flecker: „Es tut mir weh, das anhören zu müssen!“)

Deshalb willst es hinter dich bringen. Ich weiß schon, Kurtl. Ich will ja gar nicht eure Personalentscheidungen im Kulturbereich aufzählen. Da sitzt der Heimo Steps, der sitzt jedesmal da, jedesmal der Wabblar, der groß zu einem Hearing eingeladen worden ist. Diese Geschichte der Kulturmanagerbestellungen, eine einzige Grotteske und Komödie. Aber das will ich nicht hervorheben, weil ich nicht so wie der Erlitz bin, der da hier Schwarzweißmalerei macht.

Aber eines steht fest, die Kulturhausangelegenheit ist kein Ruhmesblatt der Ära Schachner, wenn man die Zeitrechnung jetzt noch vornimmt, sondern das ist der Versuch, seit Jahren, im Bereich des Kunsthauses hier Dinge zu verhindern. Ich weiß schon, das entspricht halt dem Konzept. Die ÖVP will nicht dastehen als eine Partei, die sagt, wir können auch nicht, weil wir wollen auch, daß etwas kommt – das zeichnet euch ja aus –, aber letzten Endes geht sie mit einem sehr unguten Gefühl an die Geschichte heran, weil ihr eigentlich sagt, wir hätten das andere auch schon machen können, aber jetzt fangen wir wieder von vorne an, mit vielen Millionen wollen wir das Projekt, das wird wieder aufgewärmt.

Nun zum Zweiten, warum wir für die Überprüfung durch den Rechnungshof sind. Erstens einmal hat hier die Regierung, ich weiß nicht, wie das zustande gekommen ist, eine ganze Abteilung ausgeschaltet. Ich habe mich sehr ausführlich interessiert, wie die IV a da ausgeschaltet worden ist. Die war am Anfang – beim Pfauengarten – beteiligt. Jetzt gibt es noch 31 hochqualifizierte Kräfte, die sehr wohl im Bereich der Planung etwas verstehen, die sind durch irgendwelche Vorurteile, persönliche Animositäten ausgeschaltet worden. Die Vorbereitung und die Durchführung des Wettbewerbes, die Ausschreibung, ist an ein auswärtiges Institut übergeben worden, was wiederum Millionen von Schillingen gekostet hat.

Ich frage jetzt, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, ich habe bis heute noch nichts gesehen, aber ich lasse mich gerne belehren, was die Consult Hartinger bekommen hat. Die macht ja die Werbeunterstützung für das Projekt Schloßberg. Wenn ihr mir eine Broschüre oder irgend etwas schickts oder ein Inserat in der Zeitung, ich lasse mich gerne begeistern. Hartinger Consult ist ein SPÖ-nahes Werbeinstitut und hat 900.000 Schilling bekommen. Bitte? SPÖ-nahe ist es, gelt? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das glaube ich nicht!“) Nicht, der Hartinger ist nicht mehr bei euch? Also, jedenfalls hat der Hartinger 900.000 Schilling bekommen.

Was den Wettbewerb anlangt, so weiß ich, daß es erstens einmal, und das hat schon die Edith Zitz aufgegriffen, massive Proteste – die Kollegin Gross kommt gerade da herein – gegeben hat, als es geheißen hat, der Reinerhof, das älteste Bauwerk von Graz, wird in das Kunsthaus einbezogen. Da hast du, sei doch ehrlich, haben wir gesprochen darüber, als Volkshilfepräsidentin gesagt, „ein Wahnsinn, ich kann mir nicht vorstellen, daß – (Abg. Gross: „Drinnen sein auf jeden Fall!“)

Aber du hast selber gesagt, du kannst dir nicht vorstellen, daß der Reinerhof für dieses Kunsthaus mit verwendet wird. Jetzt ist es bei den Planungen dort dabei. Offensichtlich waren die Ausschreibungen so ungenau, daß es jetzt dabei ist.

Ein Zweites war noch drinnen: Um zu verhindern, daß dort Protektion passiert, daß man weiß, wer die Projekte hat, war fixiert, daß die Preisträger der ersten sechs anonym sind. Das war fixiert, damit die Jury nicht von vornherein weiß, wer das Projekt gezeichnet oder entworfen hat. Durch die Veröffentlichung in den Zeitungen ist jetzt genau bekannt, wer was gemacht hat. Der Architekt Holzmeister, der von vielen favorisiert wird mit seinem Projekt, ist genauso bekannt. Also, es weiß jeder von der Jury schon, wer was gemacht hat.

Das sind also alles Dinge, die mehr als beunruhigend sind.

Und jetzt frage ich, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, was spricht dagegen, daß man hier den Rechnungshof einschaltet?

Die SPÖ-Fraktion, Kollege Flecker, du bist immer einer, der die Kontrolle in diesem Lande für sehr wichtig erachtet. Stimmt doch dem Antrag zu, daß das Projekt Kunsthaus Schloßberg der Kontrolle, der Überprüfung durch den Rechnungshof unterzogen wird.

An die ÖVP würde ich appellieren, Frau Landeshauptfrau Klasnic, weil der Krainer angeblich nicht viel getan hat, aber angeblich hat er den Landesrechnungshof – ich kann mich an viele Wortmeldungen erinnern – als sein Kind irgendwo bezeichnet. Man sollte in dem Land Leute, die etwas geleistet haben, nicht so schnell auf die Seite schieben. Warum sollte der Landesrechnungshof nicht – da frage ich die ÖVP – das Kunsthaus jetzt kontrollieren? Wir reden davon, daß Kontrolle wichtig ist, daß Kontrolle ein Qualitätszeichen der Demokratie ist. Daher appelliere ich, daß man hier die Kontrolle ausübt.

Bei der FPÖ – ihr seid ja angeblich in dem Land die Kontrollpartei – (Abg. Mag. Hartinger: „Man sieht es!“) Dann freue ich mich noch mehr, noch besser, also sicher.

Entschuldige, verzeih mir, daß ich nicht von vornherein sagte, daß ihr die Kontrollpartei seid. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Daß du uns das noch fragen mußt!“) Es ist ja unbestritten, wir wissen das ja eh.

Ich gehe davon aus, daß diese Kontrollpartei sich auch bei der Abstimmung als eine solche erweisen wird. Das meine ich damit. Also, daß es nicht nur um die Theorie geht, sondern um die Praxis.

Und bei der ÖVP appelliere ich hier im Sinne unserer lebendigen Demokratie, Frau Landeshauptfrau Klasnic, da spricht überhaupt nichts dagegen, daß der Landesrechnungshof hier dieses Projekt Kunsthaus überprüft. Wenn Sie dazu ja sagen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß es einen sachlichen Grund dagegen gibt, daß man das Kunsthausprojekt jetzt überprüft. Es gibt da einige Entwicklungen – Kollege Hohegger, du bist der erste, der das immer moniert oder rügt –, daß eine ganze Abteilung von einer wichtigen Planungsgeschichte in der Steiermark, die Hunderte Millionen kostet, ausgeschaltet wird und daß einiges dort überprüfenswert ist. Daher glaube ich, du bist ja auch ein Kontrollor und meinst, daß Kontrolle wichtig ist, ich bitte dich, rede mit deinen Leuten, warum sollten wir das in dem Fall nicht beschließen? Es ist noch nichts passiert. Aber vielleicht könnten wir einmal beweisen, daß der Landtag selbstständig tätig ist und das übernimmt. Wenn das nicht geschieht, dann muß ich sagen, kann ich diese Äußerungen, wie wichtig die Kontrolle ist, wie wichtig der Landesrechnungshof ist, nicht unbedingt ernst nehmen.

Ich komme schon zum Schluß, damit nicht manche glauben, ich habe da über Gebühr die Zeit in Anspruch genommen. Jetzt ist es 17.30 Uhr, wir haben noch genug Tagesordnungspunkte, also, es wird nicht unbedingt ins Gewicht fallen.

Der Kollege Erlitz – er ist momentan nicht da –, der so begeistert von diesem Projekt ist, der das so über den grünen Klee lobt, als das Projekt der Zeitenwende, der neuen Epoche im Kulturgesehen in der Steiermark im zweiten Jahr nach der Kulturressortübernahme durch Schachner, der wird ja auch nichts dagegen haben, daß wir das jetzt kontrollieren.

Der wird ja auch nichts dagegen haben, der wird ja auch sagen, bitte schön, selbstverständlich, wir kontrollieren das. Ich bin der Meinung, daß die Standortfrage mehr als problematisch ist, ich bin auch der Meinung der ÖVP, die ihr heute hinter vorgehaltener

Hand noch immer vertreten, daß eigentlich ihr nicht und noch immer nicht erfahren habts, warum man den Pfauengarten nicht gebaut hat, außer daß man nicht als Verhinderer jetzt dastehen will. Aber letzten Endes habt ihr das immer bestätigt, daß von eurer Seite aus kein Grund besteht, das Kind Krainers wegzulegen einfach so ohne weiters. Also, daher frage ich mich und appelliere eigentlich an alle, die einen nehmen die Kontrolle ernst, die anderen genauso, und die dritten, glaube ich, so wie die ÖVP in dem Fall, hätte ja eine Handhabe zu sagen – (Abg. Purr: „Noch sind wir stärkste Partei!“) Ja, Sie sind die stärkste, na, die dritte habe ich jetzt gemeint von der Ansprache her. (Abg. Dr. Flecker: „Jedenfalls hätten wir in der Zeit, in der du jetzt geredet hast, schon längst kontrollieren können!“) Der Rechnungshof? (Abg. Dr. Flecker: „Ja!“) Naja, siehst du es. (Abg. Dr. Flecker: „Du verzögerst die Sache nur!“) Und, Kurtl, ich werde es noch weiter verzögern, wenn es dir nicht paßt, auch wenn es dich stört, ich habe Zeit. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist so mühsam!“) Nur, deine Präpotenz, die immer davon ausgeht, daß nur du recht hast und deine Vorstellungen in der Politik richtig sind und daß nur dann Kontrolle sinnvoll ist, wenn du es für notwendig hältst, das ist mir auch ein bißchen zuviel. Ich hätte mich ja gar nicht gemeldet, aber wenn der Kollege Erlitz derartig penetrant diese Schwarzweißmalerei hier fabriziert, wir haben ja geglaubt, das ist schon überwunden. Der Kollege Jeglitsch hat es viel intelligenter natürlich, viel feiner und viel ironischer in drei Sätzen ausgedrückt, wofür ich jetzt schon eine halbe Stunde brauche.

Aber im Unterschied zu ihm habe ich ja noch erklären müssen, warum die Rechnungshofüberprüfung so wichtig ist. Das hat er ja nicht gemacht, daher war auch meine Zeit beziehungsweise mein Zeitverbrauch gerechtfertigt.

Und eines sage ich auch, wir sind zu zweit da hier. Und wenn uns vorgeworfen wird – und das einzige, was du mir immer zeigst, und auch viele, wenn wir Anträge einbringen, heute zu der Tierfabrik Gnas, und du sagst, inhaltlich paßt es schon, aber jetzt wollen wir das nicht und so weiter, die einzige Möglichkeit, die wir da hier haben, ist, hier das Wort zu ergreifen, und dafür haben wir von etwas mehr als 30.000 Steirerinnen und Steirern die Möglichkeit bekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Wer geht mit auf den Beschlußantrag?“)

Und eines sage ich dir, auch wenn es dir nicht recht ist, solange ich es für notwendig halte, werde ich das Wort ergreifen, und da kannst du kopfstehen dabei. Das sage ich da hier auch. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 17.38 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (17.38 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist auch notwendig, daß es die eine oder andere heftigere Diskussion gibt, obwohl wir das an sich in der Kultur selten in dieser Form gehabt haben, auch wenn es kontroversiell war. Das wissen wir alle, es wurde heute mehrfach angesprochen. Vielleicht ist ein wesentlicher Unterschied – und ich stelle das an den

Anfang, damit die eine oder andere Spitze genommen wird –, wie die politischen Parteien an Themen herangehen, wie sie sich dann wiederfinden. Natürlich ist in einer Gesamtauseinandersetzung, die wir hinter uns haben, das eine oder andere schwerer durchsetzbar, manches nicht durchsetzbar, und in einem Klima der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wollens wird das eher möglich sein. Wen das besonders beeindruckt oder für wen das etwas Neues ist, der ist noch nicht lange in der Politik. Also, ich würde schon sagen, die grundsätzliche Bereitschaft aller politischen Kräfte zusammenzuarbeiten ist eben etwas anderes als das Polarisieren. Ich bewerte es nicht. Nur, wir haben eine Situation gehabt, in der polarisiert wurde, in der Polarisation politisches Konzept war. Auch das bekräftige ich nicht, der Wähler hat sein Urteil ja ohnedies gesprochen. Und ich muß ehrlich sagen, ich weigere mich, nach diesem Urteil des Wählers noch herumzuführen, irgendwann oder irgendwo. Das ist alles geschehen. Aber klar ist, daß in einem konsensualen Klima, auch wenn man nicht einer Meinung ist, wenn man wenigsten aufeinander zugeht, man eher etwas zusammenbringt. Das, glaube ich, ist nichts Neues, das können wir gemeinschaftlich feststellen. (Beifall bei der SPÖ.) Das andere ist durch den Wähler entschieden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, natürlich gibt es betreffend die Landesausstellung in Leoben Diskussion. Ebenso gibt es diejenige über die Landesausstellung und um die Zweijährigkeit derselben. Klar bietet sich dieses Thema an. Aber man muß es von der positiven Seite sehen und sagen, ob sie 90.000, 100.000 oder 120.000 Besucher hatte, das wird weder qualitätsbestimmend sein, noch etwas darüber aussagen, was in der Region passiert ist. Ich behaupte, daß die Ausstellung hohen Ansprüchen gerecht wird. Beide Ausstellungen, die Region, die Stadt haben unglaublich profitiert. Insgesamt wird man sagen, das war in Ordnung. Man kann natürlich auch, wie das die Kollegin Bleckmann gebracht hat, die grundsätzliche Diskussion, ob Landesausstellungen in der Form, wie wir sie machen, weiterzuführen sind, stellen. Das ist absolut nicht etwas, was man wegwischen darf. Man kann über die Frage der Dauer nämlich der Intervalle reden, man kann auf Zweijahres-, Dreijahres-, Vierjahresintervalle gehen, man kann darüber nachdenken, ob etwas besser wird und wer davon profitiert. Man kann über die Form von Landesausstellung überhaupt diskutieren. Das ist für mich alles kein Punkt, mich da zu echauffieren, sondern ich sage, wir müssen es auch ernsthaft angehen, denn es stimmt eines, da hat sie recht, es rinnen generell die Besucherzahlen bei den Landesausstellungen aus. Das ist so. Das ist eine Realität, das ist keine steirische Besonderheit, daß Leoben am Ende 92.000 Besucher aufweisen wird. Andere Länder hören auf oder verlegen die Zeiten, weil die Besucher in dem Maße nicht mehr für Landesausstellungen zu gewinnen sind. Und das wird nicht nur an den Themen liegen, sondern es liegt vielleicht auch daran, daß sich das eine oder andere am Freizeitverhalten ändert. So, glaube ich, sollten wir nicht ans Werk gehen, daß man sagt, na das ist überhaupt nicht zu diskutieren.

Und ich verhehle überhaupt nicht daß in der Auseinandersetzungsphase der vorigen Legislaturperiode sehr wohl – und auch von mir – dieses Thema der

Zweijährigkeit oder der Mehrjährigkeit angesprochen wurde. Wir haben durchaus auch damals schon gemerkt, daß die Dinge von den Themen bis hin zur Teilnahme nicht mehr das sind, was sie einmal waren. Gut, das ist der eine Befund. Daher sage ich, reden wir offen darüber. Wenn die Regionen von sich aus sagen, wir stehen zurück, also wenn German Vesko sagt, na, eigentlich ist eh in der nächsten Legislaturperiode für Aussee keine Notwendigkeit für eine Landesausstellung gegeben. Er ist ja derjenige, der nach einem Gespräch mit mir voller Begeisterung mit der Aussage in die Öffentlichkeit gegangen ist, daß das 2003 vielleicht in Aussicht genommen werden könnte. Ich habe mich ja nie festgelegt, ich habe ja nur gesagt, meiner Vorstellung nach könnte es sein. Aber wenn German Vesko zum Beispiel in alter Verbundenheit zu mir sagt, okay, das Ausseer Land verzichtet, weil wir jetzt zweijährige Perioden haben, und jetzt muß dann die Oststeiermark drankommen, das muß man ja verstehen, ein bißchen regionale Aspekte brauchen wir schon – na, okay, dann bekomme ich schon Spielraum. Dann können wir die Grundsatzfrage ausschließlich nach Annahme und Besucherzahlen ausrichten, und dann kann man probieren, ob das besser wird, wenn man die Jahre schiebt. Wenn man allerdings den Gesamteffekt einer Landesausstellung hernimmt, und ich bin jetzt durchaus dabei, daß das natürlich auch touristische Elemente in sich trägt, und ich bin auch absolut Ihrer Meinung, Kollegin Bleckmann, daß man in Wirklichkeit Infrastrukturinvestitionen dort macht, da haben Sie völlig recht, wenn man alles in allem nimmt, dann ist die Frage, verzichtet man auf diese Einjährigkeit oder nicht.

Und jetzt sage ich einen Punkt, der überhaupt von niemandem angeschnitten wurde, und daher stelle ich ihn besonders heraus. Es sind nicht nur die öffentlichen Mittel, die dort hinfließen. Es ist ja nicht so, daß in Leoben nur der Hauptplatz hergerichtet worden ist und am Ende jetzt noch der Schwammerlturm und ein neues Kunsthaus gebaut wurde. Meine Damen und Herren, schauen Sie einmal, welche Privatinitiative dort entstanden ist. Das muß man ja einmal sehen. Was hat das für Intensität, das ist ja unglaublich!

Also, Sie haben recht, daß wir dem Grunde nach Probleme mit der Vorbereitung haben, es ist gedrängt. Im übrigen haben wir nicht viele Beamte, weil sie uns noch nicht einmal zugeteilt sind – wirklich, so ist es, fragen Sie den Kulturchef, den Kulturhofrat, wie es ihm geht mit der Nichtzuteilung von Beamten. Aber wie auch immer, wir haben Probleme mit der Vorbereitung. Wir haben Probleme mit der Nachnutzung, weil Sie völlig richtig sagen, während die eigentlich noch die Nachnutzung einleiten sollen, sind sie schon mit der nächsten Ausstellung beschäftigt. Alles das ist richtig, über diese Dinge kann man reden.

Unsere grundsätzliche Frage und Entscheidung ist, wollen wir in den Regionen, entsprechend nach einem Prinzip der Gerechtigkeit und auch des politischen Anstandes verteilt, so etwas öfter haben, oder können wir darauf verzichten? Wenn ich alles in allem nehme, sage ich, ich bleibe von mir aus beim Vorschlag der Einjährigkeit, im Wissen, daß das eine Kombination mit vielen anderen Dingen ist, ich habe es gesagt, juristische Elemente, Herrichten von Regionen bis hin – aber das sind dann schon private Initiativen – zu

Färbelungsaktionen und anderes mehr. Gleichgültig ist es nicht. Das heißt, es gibt eine Fülle von Wirkungen der Nachhaltigkeit – um dieses moderne Wort zu nehmen –, die man, glaube ich, nicht unterschätzen soll. Und dafür ist der eigentliche Landesaufwand – das muß man jetzt auch dazusagen –, nämlich der Aufwand aus dem Kulturbudget, limitiert mit 45 Millionen Schilling, nicht überragend. Also, es gibt auch Veranstaltungen und Vorhaben, wo wir mit 45 Millionen Schilling viel, viel weniger an Folgewirkungen bewegen.

Es kommen dann noch – da haben Sie recht – die Gemeindemittel, die ja auch nicht schmal sind, also Bedarfszuweisungen und ähnliche Dinge, mit denen man weiterhilft, dazu. In Leoben bin ich es, in Bad Radkersburg ist es Frau Landeshauptmann.

Also klar, es ist eine Zusammenfassung von vielen Dingen, auch Ressorts, Initiativen und letztlich – und das ist ganz, ganz wichtig – Privatinitiativen und so etwas wie eine Aufbruchstimmung. Ich glaube, die können wir überall brauchen. Das Land braucht das, die Menschen sind auch bereit, sie wollen auch nicht mehr hören, wie schlecht und wie schlimm alles ist, sondern in Wirklichkeit wollen die Menschen Aufbruchstimmung, und eine solche Landesausstellung dient auch – ich sage ausdrücklich auch – dazu. Daher sage ich, von mir aus wird der Vorschlag kommen, bei der Einjährigkeit zu bleiben.

Ich möchte schon, weil Sie die Vergeßlichkeit so intensiv angesprochen haben, Herr Professor und Abgeordneter Jeglitsch, sagen, daß die Entscheidung, daß beim Landesmuseum Joanneum etwas zu unternehmen ist, schon zu einem Zeitpunkt gefallen ist, nachdem ich das Ressort übernommen habe. Das ist jetzt keine Kritik, aber die Mittel des Kulturschillings waren beim Landeshauptmann Krainer ausschließlich auf das Trigon fixiert. Er hat gemeinsam mit der FPÖ in der Regierung mit einem Mehrheitsbeschluß dem Kollegen Ressel die Verwaltung der Mittel aus dem Kulturschilling entzogen, hat sie voll zentriert und konzentriert auf das Kunsthaus, auf das Trigonmuseum – damals so bezeichnet –, und hat dort angespart, weil er unbedingt dieses Haus haben wollte. Ich sage auch, weil es halt dazugehört zur Geschichte, wieder ohne Kritik, es hat keine Mehrheit für dieses Haus gegeben. Es hat der Kollege Schmid in der Regierung mit der ÖVP mitgestimmt. Mit Mehrheit wurde also dem Kollegen Ressel die Kompetenz entzogen – im übrigen entgegen der Geschäftsverteilung und den Parteienübereinkünften über die Abwicklung der Landesregierung und so weiter –, er hat aber gleichzeitig in der dortigen Regierungssitzung gesagt, daß die aber für ihn kein Ja zu diesem Trigon bedeutet. Und in den ganzen Jahren danach, während derer sich der Landeshauptmann Krainer noch immer auf dieses Trigon konzentriert hat, die Mittel des Kulturschillings für das Trigon gewidmet, sie also stillgelegt hat, aber dann schon in Eigenverantwortung, und nicht mehr bei Ressel, hat er keine Mehrheit zustande gebracht. Ich muß das schon dazusagen, und zwar keine Mehrheit durch uns und durch die FPÖ. Ihr seid ja in allen anderen Dingen mit der FPÖ und die FPÖ ist mit der ÖVP gegangen. In dem Fall nicht. Jetzt frage ich schon, ist das eine demokratische Entscheidung, wenn zwei Parteien nein sagen und eine sagt ja

– (Abg. Mag. Bleckmann: „Du, vorher!“) ich komme schon dazu – und die zwei haben eine Mehrheit? Es war eine demokratische Entscheidung von zweien, die nicht gewollt haben, daß der Bau nicht kommt. Ich verhehle nicht, daß wir 1991 bei der Planung mitgestimmt haben. Das ist etwas ganz anderes. Beim Baubeschluß hat es nie eine Übereinstimmung gegeben, Martin. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist das Paradoxe, zuerst habt ihr es jahrelang mitgemacht!“) Du hast hier gesagt, wir haben einen einstimmigen Baubeschluß gehabt.

Das hast du gesagt. Dann hast du es nicht gemeint. Ich will jetzt hier nicht mit dir zum Streiten anfangen, du hast es hier so gesagt – Baubeschluß. Es hat keinen Baubeschluß gegeben, es hat einen Planungsbeschluß gegeben. (Abg. Dr. Wabl: „Im Budget war es drinnen!“)

Es hat einen Planungsbeschluß gegeben, und auf den Planungsbeschluß hinauf sind die Beschlüsse so gefolgt, wie ich sie dargestellt habe, aber es hat nie eine demokratische Mehrheit in der Landesregierung zum Bau gegeben. Das ist die Realität.

Das ist eben der Unterschied, ob man Konsens sucht, sich bemüht, ihn herzustellen, oder ob man das nicht tut. Und das gehört, es tut mir leid, Herr Prof. Jeglitsch, dazu, wenn man schon bei der Erinnerung ist und beim Erinnerungsvermögen. Ich tue das sonst normal nicht, wirklich, es ist vorbei, es interessiert auch nicht mehr, aber wenn es schon so breitgetreten wird von allen, wer sich wie verhält, dann muß man es genau sagen, so war es. Es hat 1991 noch einen Beschluß mit uns gegeben und in der Folge keinen mehr, und es hat nie eine Mehrheit für den Bau gegeben, auch – das sage ich auch dazu – wie man gesehen hat, was das wird. Also, es wurde behauptet, daß Ausstellungen dort zu machen jedenfalls einigermaßen schwierig gewesen wäre. Das hängt mit fallendem Gelände zusammen, es wäre im übrigen sehr tief unter die Erde gegangen und so weiter. Das ist alles bekannt. Aber ich äußere mich dazu nicht, denn es ist schon so, daß es ein Nutzungskonzept tatsächlich auch nicht gegeben hat. Das ist auch etwas, was wir immer wieder in der Regierung eingefordert haben, der Kollege Schmid und ich. Wir haben immer wieder gesagt, wir hätten gerne das Nutzungskonzept. Es wurde nie vorgelegt. Gut!

Meine Damen und Herren, das bedeutet also, daß man wahrscheinlich an eine solche Sache wie einen Kunsthausbau ein bißchen anders herangeht und versucht, zuerst einmal einen generellen Konsens herbeizuführen. Jetzt sage ich, das ist gar nicht so leicht, da wir ja drei Parteien in der Regierung sind und da durchaus einer zumindest immer anderer Meinung sein könnte. In dem Fall ist es aber passiert und geschehen, daß wir eine Einstimmigkeit zustandegebracht haben. Ich werte die höher, als es du zum Beispiel machst, Martin Wabl, aber das ist dir unbenommen. Also, wir haben jedenfalls im Land einen einstimmigen und in der Folge weitere einstimmige Beschlüsse zu diesem Vorhaben.

Es ist auch nicht richtig, daß von der Stadt der Standort nicht akzeptiert wird. Wenn wir schon darüber reden, dann auch dazu ein Wort. Ich habe – ich sage das ausdrücklich – nicht ausgesucht, wer die Standortuntersuchung machen soll. Das hat die Stadt gemacht. Die Standortuntersuchung ist im Auftrag

der Stadt vom ehemaligen Stadtrat und Architekten Gartler gemacht worden. Und in einem Gespräch zwischen Strobl, Gartler und mir ist dieser Standort einvernehmlich festgelegt worden. Das ist die Realität. Auch Strobl, genauso wie ich, ist hinausgegangen und hat gesagt, nach all dem, was vorgelegen hat, haben wir uns gemeinsam zu diesem Standort bekannt, und ich vertrete ihn – ich sage das ebenfalls – bis heute. Daß in Graz Gemeinderatswahlen sind, wissen wir in dem Kreis hier alle. Also okay, geschenkt. Es ist da alles Mögliche an Interpretationen erlaubt, eigentlich doch nicht und vielleicht schon, wenn überhaupt und sowieso und eigentlich und müßten wir. Das ist Bestandteil des politischen Lebens. Es wird nicht ein jeder verstehen, aber ich verstehe es, wenn der eine oder andere das ein bißchen abschwächen möchte und daß es von eurer Seite vielleicht ein Wahlkampfthema wäre, das kann schon sein. Ist auch kein Malheur, spielt überhaupt keine Rolle. Es ist in Ordnung. Dein Befund ist falsch, daß die Stadt den Standort – (Abg. Dr. Wabl: „Ich habe das gar nicht gesagt!“) oder war es die Frau Kollegin Zitz, ist ja egal – wer auch immer, der Befund ist falsch. Es ist so abgelaufen, wie ich es jetzt gesagt habe. Die betreffenden Personen waren ja dabei, und es kann ja nichts Neues sein.

Christian Brünner, schau, wir haben zum Beispiel die interessante Diskussion gehabt, du sagst operativ, das sollen andere machen, das Strategische ist die Sache der Politik. Erstens haben wir das letzte Mal bei der Dringlichen schon darüber diskutiert, und du erinnerst dich, daß ich gesagt habe, daß ich nicht glaube, mich vor der Verantwortung drücken zu können, wenn ich 36 Beiräte habe. Es wird letzten Endes immer jeder sagen, der Kulturreferent, wo ist er und was hat er getan? Also, das klingt zwar gut, das gibt es auch im Militärischen, das Strategische, das Taktische und das Operative, die Trennung ist dann, wenn nichts ist oder wenn es danebengegangen ist, einigermaßen egal, da wird dann irgendwer verantwortlich sein. Also, das klingt gut, das ist auch durchaus eine Vorgangsweise, die man wählen kann, nur, du bringst deswegen – und das will ich auch gar nicht – die politische Verantwortung nie los. Und dann sage ich ganz ehrlich, möchte ich schon dabei sein, wenn entschieden wird, weil letztlich muß ich es verantworten.

Es ist ja ganz interessant, die Kollegin Zitz sagt zu mir, ich habe mich nicht gekümmert, daß der Herr Kernstock dort aufgezeichnet oder zitiert ist. (Abg. Dr. Wabl: „Das hat sie nicht gesagt!“) Hat sie gesagt! Unter einem Kulturreferenten Schachner ist es möglich, daß der Herr Kernstock in Leoben bei der Eingangstür rechts – ich habe ihn nicht einmal gesehen – verewigt ist, hat sie gesagt.

Also gut, jetzt bitte frage ich den Hohen Landtag, unter was fällt das? Also, das fällt ja nicht einmal mehr unter operativ, das ist ja schon taktisch, das ist schon auf der Ebene der Zugführer in der militärischen Sprache höchstens, allerhöchstens. Und dort hätte ich eingreifen sollen. Das ist aber schon hochinteressant. Also, dort soll ich eingreifen und sagen, tut's den da oba, den Herrn Kernstock. Und an dieser Stelle, Christian, sind wir zwei in einem philosophischen Gespräch, hochinteressant, was ist operativ und was ist strategisch, ich glaube, die Rechnung geht nicht auf. (Abg. Dr. Brünner: „Das habe ich ganz genau ge-

sagt!) Nein, du schon. Wir zwei können das philosophisch durchsprechen, nur glaube ich, da hier wird es dann am Ende sein. Wenn irgendetwas danebengeht, werden sie nicht sagen, es war der Herr Professor Irgendwer oder der Herr Professor Sowieso, sondern es war eben ich. Ist auch so. Was soll ich?

Wir wissen alle miteinander, daß es in dem Ausstellungsteam in Leoben Disharmonien gegeben hat. Ja, habe ich mich je hergestellt und gesagt, ja, mit den Professoren ist es aber auch schwer. Ich kenne ja meine Kollegen, der Kollege Prof. Jeglitsch kennt sie auch. Na klar ist es schwer mit ihnen. Natürlich, wissen wir. Also hat es einen Sinn, wenn ich das erkläre, daß Professoren miteinander schwer können? Das wissen wir ja so auch. Vor allem ändert sich überhaupt nichts an der Tatsache, erstens daß das stattgefunden hat, und zweitens, daß die Letztverantwortung ohnedies bei mir liegt, obwohl ich nicht einmal die Personen ausgesucht habe.

Es nützt auch niemandem hier, wenn ich sage, wir haben in Radkersburg in Wirklichkeit alles austauschen müssen, weil man gesehen hat, daß das danebengegangen wäre. Wen interessiert das hier? Die Entscheidungen waren zu treffen, und zwar sehr, sehr rasch. Ich habe sie getroffen. Also, ich meine, bei allem Bemühen, ich bin bei dir, daß man soviel als möglich versuchen soll zu objektivieren. Und bei allem Bemühen sollen wir uns gemeinsam anstrengen. Ich glaube nur, erstens kriegst du die politische Verantwortung nicht weg, zweitens, solche Entscheidungen sind in der Form nicht demokratisierbar, wie sich das manche vorstellen. Ich glaube, daß das nicht funktioniert. Es hat sich ja auch bitte schön das Beiratssystem nicht so bewährt, wie Minister Scholten gemeint hat. Also wir alle, die wir mit Kultur zu tun haben, schätzen den Rudolf Scholten ganz sicher als einen besonders sensiblen Menschen, der das Beste versucht, aber alle sind nicht begeistert von dem Beiratssystem. Diejenigen, welche dann sagen, genau die Beiräte sind es, die uns zum Beispiel aus der Förderung ausschließen. Und ich glaube, Herr Prof. Jeglitsch, das ist auch eine Sache im Verständnis, weil ich mich das letzte Mal ja da durchaus anders positioniert habe als die von Ihnen aufgezählten Personen, unter anderem den Bundesminister Scholten a. D. Dieses Festmachen an Symbolen zum Beispiel bei Personalentscheidungen ist eine Methode, Kulturpolitik zu machen. Das spielt in Wien eine sehr große Rolle. Dort ist es ganz wichtig, ob man sich personell für irgendeine Person besonders stark macht oder ob man gegen oder für jemanden ist. Das ist bei uns, Gott sei Dank, anders. Es reicht also nicht, an irgendeiner Person festzuhalten oder eine fallenzulassen, um dann darauf zu sagen, aha, das ist Kulturpolitik. Auch in dem Punkt unterscheide ich mich, und ich akzeptiere das auch, wenn mir das vorgeworfen werden sollte. Diesen Vorwurf würde ich gerne zur Kenntnis nehmen. Also die Unterschiede, wollte ich sagen, sind doch weitergehend.

Ich glaube nicht, daß sich Kulturpolitik in erster Linie darin findet, ob man jemanden bestellt oder nicht bestellt, abberuft oder nicht abberuft. Das wird insgesamt den Leuten dann auch zu wenig. Das ist zwar momentan lustig, kann auch Volksfestcharakter bekommen, aber es ist eigentlich zu wenig. Es wird wirklich mehr erwartet.

Die Thalia stellt sich in Wirklichkeit, weil sie auch angesprochen wurde und mit Blockade verbunden wurde, anders dar. In der Thalia ist es so, daß die Stadt dort ein Gebäude hat, mit dem etwas geschehen muß, wie wir alle wissen. Wenn wir sie uns ansehen, dann sagen wir, naja gut, das ist ein guter Fünfzigerjahrbau, ist auch unter Denkmalschutz, also was macht man damit, wie nützt man es? Und der Vorschlag einer Beteiligung des Landes ist so zustande gekommen, daß ich gesagt habe, Stadt Graz, wenn ihr euch am Kunsthaus beteiligt, wovon vorher nie die Rede war, nie hat wer gesagt, die Landeshauptstadt sollte und müßte ja eigentlich auch, dann gebe ich zu, daß wir auch zum Beispiel ein Saalbedürfnis für 1800 bis 2000 Personen haben, die dort diesen Saal benutzen können. Denn wir wissen, daß sehr viele gerade konzertante Aufführungen an uns vorübergehen oder nicht gemacht werden können, weil sie zu teuer sind, weil wir zu wenig Personen hineinbekommen. Du kannst in Wirklichkeit die Philharmoniker halt nicht herholen, weil sich das nicht rechnet und dreimal spielen sie nicht. Also, wir alle wissen, daß wir einen Saal von 1800 bis 2000 Leuten brauchen. Das ist nicht die Halle für alle, die da auch einmal herumgeistert ist, sondern es geht ganz konkret darum, das sage ich jetzt ausdrücklich, die weitem verstreuten Bereiche von der Styriarte über den „herbst“ und so weiter auch in die Thalia zu bringen. Und aus dem Grund habe ich gesagt, ich könnte mir vorstellen, wir beteiligen uns an der Thalia mit, da liegt das Primärinteresse bei der Stadt, die soll 70 Prozent übernehmen, und 30 Prozent übernehmen wir, und beim Kunsthaus ist es umgekehrt, und das wäre ein möglicher Weg. Das ist die Vorgangsweise. Die Blockade hat überhaupt nicht stattgefunden, sondern es ist im Theaterausschuß so gewesen, daß Rechnungen angestellt wurden, was das letztendlich kostet, und daß man sich das noch sehr genau überlegen muß, ob man sich das leisten kann, Punkt eins. Das ist berechtigt, war aber noch keine Blockade. Wir werden uns im November wieder treffen.

Und der zweite Punkt war die Architektengeschichte, auch das kann man offen sagen. Es ist von bestimmten Vertretern im Theaterausschuß die Meinung geäußert worden, und wie ich sage nicht unberechtigt, bitte auch dort brauchen wir einen Wettbewerb. Das ist legitim. Dem wird man sich, das sage ich jetzt auch und das ist dringlich gewünscht und von Strobl und von Frau Kollegin Bleckmann sehr massiv vorgetragen worden, dem wird man sich nicht verschließen können. Wettbewerb ist Wettbewerb, okay, soll einer stattfinden. Inhaltliche Differenzen hat es eigentlich nicht gegeben. Die Differenzen haben sich auf diese zwei Punkte bezogen, wobei ich schon auch dazusage, daß es nicht sehr sinnvoll ist, Rechnungen bis zum Jahr 2025 hochzurechnen. Das war dann vielleicht schon ein bißchen der Grazer Wahlkampf, aber das passiert halt auch. Da sind wir nicht so angerührt, das gehört zum Geschäft, aber vom Inhalt selbst her war das durchaus ein interessantes Gespräch. Ich bin auch davon überzeugt, daß wir die Dinge ins Lot bringen.

Die Verlagerung in die Regionen, ich bin da absolut der Meinung, daß wir vieles getan haben, daß aber noch vieles kommt. Ein Teil ist aber schon noch zu sagen und zu berücksichtigen. Ein erheblicher Teil

von Sanierungsfällen, ich sage das absichtlich und ausdrücklich dem Hohen Haus, in den Regionen wurde auch über Gemeindemittel finanziert.

Wir haben schon auch Förderungen, was zum Beispiel Sport und Kultur betrifft, sehr stark über die Gemeinden ermöglicht – das machen beide Gemeindereferenten –, und das muß man natürlich auch dann im Konnex zur Kulturpolitik sehen. Also, wenn man Kultur nicht eng faßt, und das war ja wirklich eine Annehmlichkeit dieser Diskussion, daß wir in diesem Punkt alle übereinstimmen, daß Kultur etwas sehr Breites ist und sich eigentlich überall wiederfindet, wo sich Menschen auch kulturell verhalten, dann gehört natürlich auch diese Form der Förderung dazu. Aber du hast recht, Christian, daß wir das sicher erweitern sollten.

Du hast auch in noch einem Punkt recht, das ist eine Lieblingsidee von mir vom ersten Tag an gewesen, die Internationalisierung, wobei ich nicht nur und nicht einmal in erster Linie es darin sehe, daß wir, was wir zum Beispiel auch schon versucht haben, Ateliers oder irgendetwas in der Nähe von Rom oder an einem anderen Ort anmieten, um jemanden hinschicken zu können. Das ist eine solche Geschichte, die mir der Hofrat Feil jetzt einmal vorgetragen hat. Ich hätte es noch lieber – ich sage es ganz ehrlich –, wenn es zu einem relativ regen Austausch käme, wenn die Menschen zu uns kommen, die international einen Ruf haben oder dabei sind, einen zu erwerben, es jedenfalls spannend ist, wenn sie zu uns herkommen, sich bei uns in einem internationalen Institut wiederfinden, in dem in Wirklichkeit Kultur in den verschiedensten Formen dargestellt wird. Sie sollen sich auf eine bestimmte Zeit beschränkt hier befinden und dann wieder weitergehen. Aber du hast schon recht, auch der umgekehrte Weg ist natürlich wichtig, mit einer Rückkehr der entsprechenden internationalen Orientierung.

Was die Bibliotheken betrifft, wir sind dabei, einen Bibliotheksverbund einzurichten. Das Konzept ist im Entstehen. Der Bibliotheksverbund wurde auch nie angegangen, aber es ist ein richtiges Begehren, das man voll unterstützen muß. Zumindestens diese Vernetzung, damit man weiß, wer im Besitz wovon ist, ist wichtig.

Das gleiche gilt im übrigen auch für die Museen. Wir haben eine Unzahl von hochkarätigen Kleinst- und Kleinmuseen, die man auch wieder vom Wissenschaftlichen übers Kulturelle bis hin auch zum Touristischen nutzen kann. Auch dort sind wir dabei, eine Vernetzung anzugehen.

Also, das sind Vorhaben, die laufen und innerhalb derer wir völlige Übereinstimmung haben.

Im Bemühen, möglichst alles zu beantworten, auf möglichst alles einzugehen, schaue ich nur noch einmal auf diese handschriftlichen Vermerke.

Ich glaube, daß wir zur Frage des Kunsthouses die Juryfrage und die Frage der Werbeagentur noch haben.

In der Frage der Werbeagentur wurde vermeint, diese sei ein SPÖ-nahes Institut. Daß der Herr Hartinger einmal bei der SPÖ bedienstet war, ist bekannt, daß er sich selbständig gemacht hat, ist ebenfalls bekannt, nicht bekannt ist offensichtlich, daß der Antrag, dieses Büro zu nehmen, vom Kollegen Schmid gekommen ist.

Du hast ja gesagt, er ist SPÖ-nahe. Ob er noch Mitglied oder uns nahe ist, das habe ich ihn nicht gefragt. (Abg. Dr. Wabl: „Dafür warst du für den Josl!“)

Ganz sicher, das wird es gewesen sein.

Ich sage nur, der Antrag ist vom Kollegen Schmid gekommen. Die Nähe oder Nichtnähe des Herrn Hartinger kann ich nicht feststellen. Sie wäre auch, wenn du mich fragst, irrelevant.

Die Publizität der Jury wurde von der Jury selbst beschlossen und war keine Einflußnahme von uns, überhaupt keine. Dies wurde von der Jury beschlossen und so gewünscht.

Was den Wettbewerb betrifft, sage ich, ich stehe dazu. Ich stehe zu diesem Wettbewerb, und ich bin davon überzeugt, daß aus den sechs Projekten letztlich eines ausgewählt wird. Keine Ahnung welches, das wissen wir alle nicht. Aber es wird ein machbares und vernünftiges Projekt ausgewählt werden.

Die Rechnungshofprüfung: Ich bringe Ihnen ein Beispiel in einem anderen Zusammenhang. Wir haben in der Landesregierung das Projekt „Leopoldsteiner-See-Hotelprojekt“ dem Grunde nach beschlossen. Dort gibt es eine Förderung zu dem Projekt, welche auch dem Grunde nach beschlossen wurde. Ein Beschlußteil war, daß der Rechnungshof von vornherein sozusagen die Sinnhaftigkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und so weiter überprüfen soll. Die Antwort des Rechnungshofes war an sich völlig richtig, er hat nämlich zurückgeschrieben, das kann er nicht, und schon gar nicht im Vorhinein. Also, ich glaube, bei aller Begeisterung dafür, so wie begleitende Kontrolle, Kontrolle schon während, danach und zwischenzeitlich und überhaupt, aber bitte, bevor wir überhaupt noch wissen, was und wie und nicht einmal noch das Projekt kennen, den Rechnungshof zu befragen, halte ich es aus meiner Sicht nicht für notwendig. Wenn es die Mehrheit des Landtages wünscht, verschließe ich mich dem nicht. Ich kann es mir aber nicht recht vorstellen, weil ich wirklich glaube, daß das eine Sache ist, die man begleitend kontrolliert, im Nachhinein kontrolliert, aber nicht im Vorhinein.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich habe damit begonnen, daß ich gesagt habe, ich bin froh, daß wir ein sehr konsensuales Klima in der Kulturpolitik und insgesamt in der Landespolitik haben. Ich bin davon überzeugt, daß man in einem solchen Klima viel, viel mehr erreicht, daß wir gemeinsam viel, viel mehr erreichen, und auf diesem Wege befinden wir uns, und dazu wünschen wir uns ein steirisches Glück auf. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.12 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir haben zwei Abstimmungen durchzuführen. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wer dem Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Prüfung des Projektes Kunsthause durch den Landesrechnungshof, zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

8. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 536/1, Beilage Nr. 67, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (18.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird.

Der Steiermärkische Landtag hat in Ausführung des Schulzeitgesetzes, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 467/1995, beschlossen, das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz, Artikel I und Artikel II, zu ändern.

Ich bitte, die Vorlage so anzunehmen, wie sie uns vorliegt. (18.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erster zur Wort gemeldet ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (18.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Entwurf einer Novelle zum Steiermärkischen Schulzeit-Ausführungsgesetz 1966 wurde im Zuge einer Novellierung des Schulzeitorganisationsgesetzes erforderlich, wodurch unter anderem eine Umbenennung der Polytechnischen Lehrgänge in Polytechnische Schulen erfolgte.

Außerdem wurde eine rechtliche Korrektur vorgenommen.

Gemäß Artikel 14 Absatz 3 litera b ist in Angelegenheiten der äußeren Organisation der öffentlichen Pflichtschulen die Gesetzgebung über die Grundsätze Bundessache und Landessache die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung.

Das Schulzeitgesetz wurde mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 77/1985, wiederverlautbart und mit den Bundesgesetzen, BGBl. Nr. 144/1988, 279/1991, 516/1993 und 467/1995, geändert.

Werte Damen und Herren, in einer Unterausschuß-Ausschußsitzung, an welcher die Abgeordneten Beutl, Majcen, Tschernko, Präsident Vesko, Klubobfrau Mag. Bleckmann, Mag. Zitz, Prof. Klubobmann Dr. Brünner, Mag. Erlitz, Kröpfl, Hofrat Dr. Urabić, Landesschulratspräsident Mag. Stadler, Dr. Wielinger vom Gemeindebund, DDr. König von der Rechtsabteilung 13, Dr. Eigner vom Büro Rieder, Dr. Körner vom ÖVP-Klub, Dr. Berner vom FPÖ-Klub, Mag. Tonninger vom Liberalen Forum und Mag. Hiden vom SPÖ-Klub teilnahmen, haben wir diese Novelle zum Schulzeitausführungsgesetz ausführlich behandelt.

Kurz zu den einzelnen Bestimmungen:

Mit der Novellierung des Schulorganisationsgesetzes 1962 durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 766/1996, erfolgte die Namensänderung der Polytechnischen Lehrgänge in Polytechnische Schulen.

Mit den im Entwurf vorgenommenen Gesetzesänderungen erfolgt nun die Anpassung an die Grundsatzgesetzgebung.

Die bisherige Regelung sah als Ende des ersten Semesters die Semesterferien vor. Mit der vorgenommenen Änderung im Paragraphen 2 Absatz 4 erfolgte nun eine Präzisierung des Endes des ersten Semesters mit dem Beginn der Semesterferien.

Im Unterausschuß wurden diese Änderungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich komme schon zum Schluß. Ich danke den Mitgliedern des Unterausschusses für ihre Mitarbeit und Frau Mag. Hiden vom SPÖ-Klub ganz besonders für die sorgfältige Protokollführung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Tagesordnungspunkt ist angenommen.

9. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 565/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über Schutzmaßnahmen, betreffend Kleinf Feuerungen.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (18.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kleinf Feuerungsanlagen verursachen einen beträchtlichen Anteil der gesamtösterreichischen Luftschadstoffemissionen. Um eine Verringerung der Luftschadstoffe zu erreichen, haben die Länder die Einführung einer bundeseinheitlichen Typenprüfung und die Festschreibung von umweltadäquaten Emissionswerten in einer Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung beschlossen.

Anlässlich des Notifizierungsverfahrens des Kärntner Heizungsanlagegesetzes stellte sich heraus, daß aus EU-rechtlicher Sicht in einigen Punkten Änderungsbedarf für diese 15 a-B-VG-Vereinbarung besteht.

Die Länder haben gemeinsam einen EU-konformen Textvorschlag erarbeitet, der bereits am 5. Juni 1997 von allen Landeshauptleuten unterzeichnet wurde.

Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der beiliegende Vereinbarungsentwurf über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über Schutzmaßnahmen, betreffend Kleinf Feuerungsanlagen, wird genehmigt. (18.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Brünner (18.19 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich sage kein einziges Wort zu den Kleinf Feuerungsanlagen, weil da kenne ich mich überhaupt nicht aus (Abg. Purr: „Das ist zu wenig!“), aber zu diesen 15 a-Verträgen, meine Damen und Herren. Was mich stört bei diesen 15 a-Verträgen, ist, daß wir hier im Landtag nicht einmal einen Beistrich verändern können. Da wäre es besser, wenn man das überhaupt dem Landtag entzieht, weil da würden wir uns Zeit sparen. Wir können keinen einzigen Beistrich verändern. Der Vertragstext ist von den Landeshauptleuten unterzeichnet, dann kommt das da herein. Na, bitte, da brauche ich Ihnen nicht erklären, daß hier nichts mehr geändert werden kann, das wäre eine Desavouierung der Landeshauptfrau, die diesen Vertragstext unterzeichnet hat.

Es geht auch anders, meine Damen und Herren, und das zeigt das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und einem Mitgliedsland, nämlich Österreich. Auch da gibt es das Problem, daß österreichische Vertreter in Brüssel etwas aushandeln und dann unter Umständen der Nationalrat vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Und da sieht die Verfassung eine Vor-ausbefassung des Nationalrates vor, wenn in Brüssel eine Entscheidung getroffen werden soll, die Österreich bindet, dann ist der zuständige Minister zum Beispiel verpflichtet, beim Nationalrat eine Stellungnahme einzuholen. Die ist nicht bindend.

Er kann dann unter bestimmten Voraussetzungen wieder davon abgehen, aber zumindest noch in der Vorentscheidung hat der Nationalrat die Möglichkeit mitzuwirken. Und so etwas Ähnliches, etwas Analoges wünsche ich mir für die Behandlung dieser sogenannten Artikel-15 a-Verträge. Warum ist es nicht möglich, daß der Textvorschlag, der der Unterzeichnung durch die Landeshauptleute zugrunde gelegt werden soll, bevor er unterzeichnet wird, hier dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegt wird? Die Stellungnahme ist überhaupt nicht bindend, aber die Frau Landeshauptfrau, wenn sie dann zur Unterzeichnung geht, weiß, was der Landtag in der Causa denkt, und kann unter Umständen dieses Denken des Landtages noch mit einbringen.

Ich möchte daher und ich werde es in Zukunft bei allen 15 a-Verträgen machen, namens der Abgeordneten Keshmiri, Wabl und Zitz folgenden Beschlußantrag stellen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, vor der Unterzeichnung von Länder-Staatsverträgen gemäß Artikel 15 a B-VG den der Unterzeichnung zugrundezulegenden Textvorschlag dem Landtag zur Stellungnahme vorzulegen.

Damit wird die Landesregierung überhaupt nicht eingeschränkt. Sie legt eben den Textvorschlag dem Landtag vor, der gibt eine Stellungnahme ab, und dann kommt das in der Verfassung vorgesehene Verfahren, der Vertreter, die Vertreterin der Landesregierung unterzeichnet, und dann wird nachträglich die Geschichte zur Genehmigung in den Landtag eingebracht. Nur auf diese Weise haben wir eine Möglichkeit, überhaupt etwas zur Geschichte zu sagen, und nicht, so wie das jetzt der Fall ist, daß wir nicht einmal einen Beistrich verändern können. (18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich bitte doch die Damen und Herren Abgeordneten, sich zur Abstimmung auf die Plätze zu begeben. Im Augenblick zähle ich nicht die 24 erforderlichen Köpfe.

Ich danke Ihnen. Wir sind solcherart vollzählig für den Beschluß.

Wer dem Antrag des Ausschusses, wie ihn die Frau Berichterstatterin vorgetragen hat, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Ausschlußantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Beschlußantrag, wie ihn Herr Prof. Brünner soeben vorgetragen hat. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wenn es Zweifel an der Abstimmung gibt, dann bitte ich noch einmal die Damen und Herren, diese Abstimmung vorzunehmen.

Wer dem Beschlußantrag des Herrn Prof. Brünner zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich muß zählen, ich bitte um Entschuldigung. Zehn. Gegenprobe. Wer nicht zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Zehn. Das ist in diesem Fall die ablehnende Mehrheit.

Der Beschlußantrag hat nicht die Zustimmung gefunden.

10. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 304/4, zum Beschluß Nr. 285 des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Wicher und Tschernko, betreffend die Verbesserung der datenschutzrechtlichen Situation in Österreich.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (18.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat am 15. April 1997 mittels Beschluß die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, folgende datenschutzrechtliche Verbesserungen bei der Bundesregierung einzufordern:

Erstens: Die ehestmögliche Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, um auch für nichtautomatisiert verarbeitete Daten ein ähnlich hohes Schutzniveau wie im automationsunterstützten Bereich zu erreichen, insbesondere auch durch die Einführung eines direkten Auskunftsrechtes aus manuell geführten Karteien.

Zweitens: Die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Datensammlungen, wie zum Beispiel die Kreditevidenz, wobei insbesondere im Falle einer Negativeintragung ein besonderes Informationsrecht für den betroffenen Bürger vorgesehen werden sollte.

Die Bundesregierung hat nunmehr geantwortet, daß sie um eine rechtzeitige Umsetzung der Datenschutzrichtlinie 95/46/EG bis zum Oktober 1998 bemüht sei.

Zu dieser Umsetzung gehöre auch die geforderte Einführung eines Auskunftsrechtes für manuell geführte Karteien. Für die Sammlung von Daten für Zwecke der Kreditevidenzen sei ein Gesetzesentwurf in Ausarbeitung.

Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 285 des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Wicher und Tschernko, betreffend die Verbesserung der datenschutzrechtlichen Situation in Österreich, wird zur Kenntnis genommen. (18.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erste zu Wort gemeldet ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Sie hat das Wort.

Abg. Dr. Karisch (18.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Zeitalter der zunehmenden Vernetzung von Computersystemen sind auch persönliche Daten der Bürger kurzfristig abrufbar und verknüpfbar. Niemand von uns weiß, was alles über ihn gespeichert ist. Name, Adresse, beruflicher Werdegang, Verhaltensauffälligkeiten in der Schule und am Arbeitsplatz, Krankheitsdiagnosen, Einkommensverhältnisse, Schulden sind in offiziellen und auch in so manchen dubiosen Dateien registriert. Vor allem manuelle und private Dateien sind es, die dem Bürger Sorge machen. Hier hat Österreich heute Schutzbestimmungen weit unter dem EU-Niveau.

Ich freue mich daher besonders über die positive Antwort der Bundesregierung. Ich freue mich über die Erklärung, auch für nicht automatisiert verarbeitete Daten ein hohes Schutzniveau erreichen zu wollen. Ich freue mich über das Auskunftsrecht, das Bürger zukünftig bei manuell geführten Dateien haben sollen. Ich freue mich über die Schaffung einer Kontrollbehörde. Und ich freue mich vor allem, daß es endlich zu einem eigenen Gesetz für die Kreditevidenzen kommt. Das, was dort geschieht, ist ein großer Graubereich zum Nachteil vieler Bürger. Der Bürger ist, ohne es zu wissen, in der Kreditevidenz enthalten. Diese ist ein Verbundsystem, auf das viele Leute Zugriff haben, nur der Betroffene nicht. In Zukunft wird der Betroffene informiert werden müssen, wenn er dort eingetragen wird. Ich hoffe, daß es bald zu entsprechenden Regelungen kommt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 340/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Entschuldung und Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.29 Uhr): Der Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat den gegenständlichen Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Es liegt eine entsprechende Regierungsvorlage vor.

Inhalt des Antrages war:

Erstens: Die Entschuldung der ärmsten Länder durch Streichung aller Schulden aus Entwicklungshilfekrediten durchzuführen.

Zweitens: Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln für die Länder des Südens.

Drittens: Gesetzlich verankerte Kriterien für Umwelt- und Sozialstandards für Projekte, die durch öffentlich geförderte beziehungsweise finanzierte Exportkredite finanziert werden.

Viertens: Zusätzliche zweckgebundene Mittel für die bilaterale österreichische Zusammenarbeit, die im Zusammenhang mit der Entschuldung von Exportkrediten verwendet werden sollen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat diesen Antrag zur Beantwortung an den Bundeskanzler weitergeleitet, der auf die vorgeschlagenen Vorstellungen unterschiedlich intensiv eingeht.

Festzuhalten ist, daß angesichts der in allen Bereichen für die Budgetkonsolidierung erforderlichen Sparsamkeit von der Bereitstellung zusätzlicher Mittel nicht ausgegangen werden kann.

Ich bitte um Annahme dieser Regierungsvorlage. (18.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

12. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 291/89, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner und Porta, betreffend die Verwirklichung des Projektes ÖKOPROFIT – Graz in der gesamten Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Manfred Porta. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Porta (18.31 Uhr): Hoher Landtag, sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Vorlage, Einl.-Zahl 291/8, der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner und Porta, betreffend die Verwirklichung des Projektes ÖKOPROFIT – Graz in der gesamten Steiermark.

In den Jahren 1993 und 1994 wurden im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung durch die Firma Stenum GmbH. unter Leitung von Herrn Assistenzprof. Univ.-Doz. Dr. Schnitz in 13 steirischen Betrieben Fallstudien für Abfall- und Emissionsminderung durch vorsorgenden Umweltschutz durchgeführt.

Die Studien haben gezeigt, daß durch die im Projekt entwickelten Methoden neben den ökologischen Effekten auch eine Effizienzsteigerung und somit längerfristig eine Stärkung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe erzielt werden.

Eine Broschüre mit den Ergebnissen als Anreiz für künftige Projekte wurde der Wirtschaftskammer zur Verfügung gestellt – ÖKOPROFIT-Werbung in den Betrieben.

Die Gesamtkosten des Projektes betragen 12 Millionen Schilling – davon 50 Prozent von den Betrieben, 50 Prozent durch die öffentliche Hand.

Um den ÖKOPROFIT-Gedanken in möglichst vielen Gemeinden umzusetzen, wurden 48 Bürgermeister eingeladen, mit ihren Städten ein „ÖKOPROFIT-Kommunalprogramm“ nach Vorbild Graz auf Gemeindebasis zu leiten, da eine steiermarkweite Umsetzung die Landesmittel bei weitem übersteigen würde.

Weiters wurde mit dem WIFI das Projekt „Ökologische Betriebsberatung“ geschaffen, mit dem Ziel nachsorgender Umweltschutz.

Im Gegensatz zur „Ökologischen Betriebsberatung“ ist das Grazer ÖKOPROFIT-Modell eher Instrument einer lokalen Agenda und wird von Graz als solches im In- und Ausland beworben.

Daher ist die Verwirklichung beider Initiativen – ÖKOPROFIT auf kommunaler Ebene und „Ökologische Betriebsberatung“ auf Landesebene – der Weg, Wirtschaft in Einklang mit der Umwelt zu bringen.

Ich empfehle die Kenntnisaufnahme des Berichtes. (18.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich keine Wortmeldung.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händedeckchen. Gegenprobe!

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 384/8, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Wabl und Dr. Reinprecht, betreffend Aktualisierung des Landesumweltprogramms „Ökoprogramm 2000“.

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.33 Uhr): Die angeführten Landtagsabgeordneten haben unter Hinweis auf den nunmehr von der Bundesregierung beschlossenen nationalen Umweltplan (NUP) die Ausarbeitung eines modernen Landesumweltgesetzes, zum Beispiel als „Ökoprogramm 2010“, gefordert. In diesem solle insbesondere dem Schutz des globalen Klimas, der umweltgerechten Gestaltung des Verkehrs und der dezentralen naturnahen Form der Abwasserentsorgung entsprechende Bedeutung beigemessen werden.

Hiezu wird folgendes ausgeführt: Das „Ökoprogramm 2000“ wurde als Zehnjahresprogramm bis zum Jahr 2000 konzipiert und mit konkret umsetzbaren Zielen versehen, die bis zum Jahr 2000 auch größtenteils erreicht werden können. Dieses Umweltprogramm ist gegliedert in die Kapitel Luft, Lärm, Wasser, Boden und Erde sowie Abfall mit einem Anhang zum Thema Ortsbild, Landschaftspflege und Naturschutz.

Die beantragte Weiterentwicklung des „Ökoprogramms 2000“ zu einem „Ökoprogramm 2010“ wurde in verschiedenen Einzelbereichen bereits in Angriff genommen und sieht gegenwärtig in disziplinübergreifender Weise folgende Gliederung vor:

Ich bringe jetzt nur die Gliederung. Klima mit einem Schwerpunkt Energie. Mobilität, Lärm, Wasser, Landwirtschaft, Boden und Nahrung, Wald als neues Kapitel, Abfall, Stoffkreisläufe und Naturschutz. Die Erarbeitung der einzelnen Kapitel ist unter Federführung des Umweltschutzkoordinators im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts erfolgt. Mit der Fertigstellung des ÖKO-Programms 2010 ist etwa binnen Jahresfrist zu rechnen. Ich ersuche um Annahme dieses Zwischenberichtes. (18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich bitte sie zum Rednerpult.

Abg. Dr. Karisch (18.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das heute gültige ÖKO-Programm 2000 ist ein sehr weitsichtiger Zehnjahresplan in Umweltfragen, der bis zum Jahr 2000 gilt. Wenn wir heute im Jahre 1997 über die Verlängerung sprechen, so ist es auch interessant, unseren heutigen Standort zu betrachten und Bilanz zu ziehen. Wir können feststellen, daß sehr vieles weitgehend heute schon verwirklicht ist.

Zum Wasser. Bis zum Jahr 2000 sollte in allen Fließgewässern der Steiermark mindestens Güteklasse II erreicht werden. Das, meine Damen und Herren, ist weitgehend realisiert. Lediglich im Bereich der Mur von der Kläranlage in Gössendorf bis zur Einmündung der Kainach haben wir bei den Flüssen noch Güteklasse II bis III, aber nach der Fertigstellung von Gössendorf können wir damit rechnen, daß wir in absehbarer Zeit auch dort das gesteckte Ziel erreichen werden.

75 Prozent der steirischen Haushalte sollen laut unserem Plan im Jahre 2000 an Kläranlagen angeschlossen sein. Es sind heute im Jahre 1997 bereits 74 Prozent erreicht.

Auch im Bereich des Grundwassers hat die Steiermark durch sehr gute und strenge und für die Betroffenen auch schmerzhaft Maßnahmen Sanie-

rungen eingeleitet. Das Leibnitzer Feld zeigt bereits die ersten Erfolge dieser Maßnahmen. In dieser Zeitspanne konnten auch viele ökologisch wertvolle Feuchtgebiete erhalten und gesichert werden. Und so manches bereits regulierte Gewässer wurde im Rahmen des naturnahen Wasserbaues wieder zurückgebaut. Dennoch gibt es auch im Bereich Wasser noch sehr viel zu tun. Noch immer ist der Eintrag an umweltschädlichen und gesundheitsgefährdenden Chemikalien groß. So wurden österreichweit im vergangenen Jahr nach Auskunft des Umweltbundesamtes über acht Tonnen Lindan ausgebracht, großteils als Beizmittel für Saatgut. Noch immer werden jährlich über fünf Tonnen Endosulfan in Österreich eingesetzt. Lindan ist sehr giftig für den Menschen, es schädigt das Zentralnervensystem. Es gibt da leider Ausnahmen vom allgemeinen Lindanverbot. Endosulfan ist negativ für aquatische Ökosysteme, und beide haben unerwünschte Östrogenwirkungen. Wir werden in den nächsten Jahren neue Meßverfahren entwickeln müssen, um besonders gefährliche Chemikalien feststellen zu können. Und wir werden auch in Richtung Synergismen und Metaboliten suchen müssen.

Ein paar Worte zum Abfall. Im Müllwirtschaftskonzept 1980 hat sich das Land Steiermark zum Ziel gesetzt, die anfallenden Restabfallmengen massiv zu reduzieren und die getrennt zu sammelnden und zu verwertenden Altstoffe beträchtlich zu steigern. Auch diese Ziele konnten infolge des großen Engagements der Steirerinnen und Steirer vorzeitig erreicht werden. Die Ergebnisse des Jahres 1996: 128 Kilogramm, 1990 waren es zum Vergleich noch 246 Kilogramm pro Kopf und Jahr.

Die Prioritäten, die damals 1990 festgeschrieben wurden, sind heute noch immer aktuell. Vermeidung vor der Verwertung, biologische Verwertung vor der stofflichen Verwertung, stoffliche Verwertung vor der thermischen Verwertung und Entsorgung in Restdeponien. Hier haben wir in den nächsten Jahren noch viele Aufgaben vor uns, um den wertvollen Rohstoff Müll, der auch eine Ressource darstellt, auch möglichst sinnvoll wieder in die Kreislaufwirtschaft einfließen zu lassen.

Zur Luft. Sie ist unser wichtigstes Lebensmittel. Es ist uns gelungen, schädliche Emissionen, vor allem aus Industrie und Gewerbe, aber zum Teil auch aus dem Hausbrand, sehr stark zu reduzieren. Dazu haben teure Innovationen in Filter und auch die Installation von Fernheizungen wesentlich beigetragen. SO₂-Emissionen konnten wesentlich gesenkt werden. Große Probleme gibt es aber nach wie vor mit den Abgasen des Verkehrs. Die Reduktion und nach Möglichkeit auch die Substitution von schädlichen Verkehrsemissionen wird eine der großen Aufgaben des neu fortzuschreibenden Umweltplanes 2010 sein. Das neue ÖKO-Programm 2010 wird, wie die Frau Berichtserstatterin schon gesagt hat, ein eigenes Kapitel Klima, anstelle des bisherigen Kapitels Luft haben. Im Sinne der Zielsetzungen der Klimakonferenz von Rio, des Toronto-Zieles und der in Kürze stattfindenden Klimakonferenz von Kyoto und des Vertragsinhaltes des Klimabündnisses werden wir ein CO₂-Programm entwickeln und, meine Damen und Herren, auch einhalten müssen. Im Entwickeln sind wir ja gut, wir

wissen, was es zu tun gilt, nur das Umsetzen fällt uns allen miteinander, da nehme ich mich selbst nicht aus, recht schwer.

Ich hoffe auch, daß die Klimamilliarde von 110 Millionen Schilling, die die Steiermark jedes Jahr in den nächsten Jahren erhalten wird, dazu einen kleinen Beitrag leisten wird.

Die Regierungsvorlage zählt uns auch bereits eine Reihe von Maßnahmen im Schwerpunktbereich Energie auf. Von der Forcierung der Fern- und Nahwärmenutzung, dem Einsatz alternativer Energien, wie Windenergie, Solarenergie, Biomasse, Biogas, bis hin zum verstärkten Einsatz energiesparender und umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Über 90 Biomassewerke sind in der Steiermark in Betrieb, und rund 50 steirische Gemeinden sind bereits dem Klimabündnis beigetreten.

Ein eigenes Kapitel Mobilität wird sich mit dem Verkehrswesen beschäftigen, das im ÖKO-Programm 2000 nur am Rande des Kapitels Luft erwähnt war. Wir werden mehr Straßengüterverkehr wieder auf die Schiene verlagern müssen. Und wir wollen versuchen, den Anteil der Schiene am Transport gegenüber der Straße bis zum Jahr 2010 wieder auf den Stand von 1993, das sind 35 Prozent, anzuheben. Heute sind es leider nur noch 28 Prozent. Der öffentliche Verkehr muß weiter ausgebaut werden. Hier kann ich kurz sein. Sie kennen alle unsere Wünsche, die wir nach Wien tragen müssen. Der Bürger versteht nicht, daß er in 4,5 Stunden Bummelfahrt von Graz nach Salzburg fahren muß. Das entspricht nicht mehr der heutigen Zeit.

Dem Wald wird ein eigenes Kapitel gewidmet sein. Hier haben wir im Vergleich mit dem Jahr 1989/90 auch eine positive Bilanz vorzuweisen. Unsere Wälder haben sich wesentlich besser entwickelt, als wir vor zehn oder fünfzehn Jahren gedacht hätten. Die Steiermark ist nicht nur das walddreichste Bundesland Österreichs, über 60 Prozent unserer Fläche sind mit Wald bedeckt, es nimmt auch die Waldfläche von Jahr zu Jahr zu. Wir haben aber auch unsere Probleme mit Monokulturen, hier hat ein Umdenkprozeß bereits begonnen, und das werden wir mit diesem neuen Umweltplan auch weiter in die Hand nehmen müssen.

Meine Damen und Herren, vieles ist erfolgreich geschehen, vieles bleibt aber auch noch zu tun. Die Schwerpunkte verlagern sich weg von den großen Maßnahmen hin zu vielen kleinen Maßnahmen. Der Zeitgeist ist heute im Umweltschutz nicht so günstig, wie das noch vor zehn oder fünfzehn Jahren der Fall war. Trotzdem hat Umweltschutz einen großen Wert, er hat auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Österreich ist als Vorkämpfer im Umweltschutz durch bahnbrechende Modelle und frühzeitiges Know-how auch in die Lage versetzt worden, dieses Know-how zu verkaufen. Umweltschutz schafft heute schon viele Arbeitsplätze. Das ist in der Zukunft noch ausbaubar, sei es im Verkauf von ganzen Anlagen und Know-how, sei es im ÖKO-Consulting, sei es auf dem Gebiet der Alternativenenergien, sei es im Naturschutz.

Und, meine Damen und Herren, ich darf darauf verweisen, bereits das Weiß-Grüne Manifest der Steirischen Volkspartei aus der Zeit des Umweltschutzrates Riegler hat schon die Bedeutung des Umweltschutzes für die Arbeitsplätze festgestellt. Ich

zitiere: „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Von öffentlichen und privaten Investitionen zum Umweltschutz sind erhebliche Beschäftigungseffekte zu erwarten.“

Wir sollten auch weiterhin volkswirtschaftlich auf die Schiene Umweltschutz setzen, ein anspruchsvolles Programm 2010 schreiben, sozusagen als Visitenkarte unserer Gesinnung und zugleich als Anreiz für Innovationen, die wir dann auch in wirtschaftliche Erfolge und in Arbeitsplätze umsetzen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (18.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Ausführungen der Kollegin Karisch erlauben es mir, daß ich mich diesmal sehr kurz halte und vor allem mich damit nicht wiederhole, wobei die positive Bilanz sicherlich in gewissen Bereichen sehr erfreulich ist.

Ich möchte mich mit zwei Fragen beschäftigen. Das eine wäre die Frage der Energiesteuer, die erhöht worden ist, und wo ich mir wünschen würde, daß sie für Umweltmaßnahmen eingesetzt wird, und nicht dazu, um gewisse Budgetlöcher zu stopfen. Wir sollten auch die Debatte über die Schottersteuer nicht aufgeben und die Wassersteuer auch weiter im Auge behalten, weil gerade im Bereich des Naturschutzes, des Umweltschutzes viel noch vor uns liegt und hier zusätzliche Einnahmen sehr positiv wären. Auch andere Bundesländer haben die Schottersteuer mit großem Erfolg eingeführt. Sogar ein Kollege aus euren Reihen – der Kollege Glössl – hat schon seit Jahren diese Schottersteuer gefordert. (Abg. Ing. Löcker: „Jetzt nicht mehr!“) Er ist zwar nicht mehr da. Aber ich bin immer wieder verwundert, daß man Maßnahmen, die man schon beschlossen hat, daß man die einfach so ad acta legt.

Ein Zweites, zu meinem Lieblingsbereich, wo ich schon gemeinsam mit Landesrat Pörtl in Europa einiges an Anschauungsmaterial, an Anschauungsunterricht genossen habe, das ist die Frage der Müllentsorgung, der Müllverwertung und vor allem auch der Müllvermeidung, wo wir in der Steiermark bei der Müllvermeidung, Mülltrennung sicherlich Pionierarbeit und Vorreiterrolle geleistet haben. Ich möchte aber noch einmal den Appell an uns richten, daß wir in der Frage der Müllverbrennung sehr behutsam vorgehen. Ich persönlich bin ein entschlossener Gegner davon, wenn man die Erfahrungen in Oberösterreich anschaut, wo 100 Millionen Defizit im Jahr entstanden sind. Auch wenn man jetzt berücksichtigt, daß durch die neue Deponieverordnung hier möglicherweise die Kapazitäten eher ausgenützt werden, so kann man sagen, daß der Weg in die Verbrennung der falsche Weg ist und sich als Einbahnstraße darstellt, die erstens mit einer gewaltigen Kostenbelastung verbunden ist und zweitens auch eine entsprechende Umweltbelastung bedeutet.

In Deutschland werden derzeit zwei Projekte verwirklicht – das eine ist in Fürth von der Firma Siemens, das als Pyrolyse zu betrachten ist, und wo es gilt,

Erfahrungen von dort zu übernehmen. Es ist keine Schande, wenn man manchmal abwartet, welchen Weg andere Länder gehen, um daraus zu lernen. Denken wir an Zwentendorf. Also, hier sollten wir vorsichtig vorgehen und auch die Entwicklungen und den Baufortschritt beim Werk Karlsruhe der Firma Thermoselect betrachten. Wir könnten uns vielleicht viele Milliarden, viele Umweltbelastungen ersparen. Daher meine ich, daß wir diese Entwicklung sorgfältig beobachten sollten und erst dann entsprechende Schritte setzen.

Wer weiß, welche Aktivitäten die Firma Saubermacher Roth und auch die Firma Komptech mit dem Herrn Direktor Heissenberger setzten, um im Bereich der mechanisch-biologischen Müllverwertung im Zusammenhang mit einem vielfältigen gestreuten Müllmix hier anzubieten, der weiß, daß hier sicherlich einiges möglich ist, und wir uns ein Desaster, wie in Wels, wo alle schon froh wären, wenn sie das Werk dort anbrächten, ersparen könnten.

Ein Drittes, ein persönlicher Gedanke, das ist die Frage der Luftverschmutzung, der Umweltbelastung. Ich bedauere es immer wieder, Herr Landesrat Pörtl, daß die Behörden, und da auch vor allem die Staatsanwaltschaften, in Fragen Umweltverschmutzung sehr einäugig vorgehen. Ich sage das immer, und es hat sich da nicht viel verändert, wir bestrafen hauptsächlich die kleinen Landwirte, die die Jauche mehr oder weniger unabsichtlich, manchmal auch fahrlässig, in den Bach ablassen. Die werden dann mit der vollen Wucht des Gesetzes bestraft, während große Umweltsünder, die tatsächlich Umweltgefährdung betreiben, was sich in gesundheitlichen Schäden auswirkt, oft nicht verfolgt werden. Und warum? Weil einfach die Beweislage oft sehr kompliziert ist, die Kausalkette sehr schwer herzustellen ist, und auch, und das weiß ich aus eigener Erfahrung, die Staatsanwälte kaum bereit sind, sich in die Materie, die zugegebenermaßen schwierig ist, entsprechend einzuarbeiten. Weil, um diese Umweltsünden zu verfolgen, ist es natürlich notwendig, daß man sich dort auch auskennt, daß man Zusammenhänge begreift und daß man auch gewisse Umwelttatbestände auf Grund einer gewissen Fachkenntnis verfolgen kann. Ich habe vor kurzem Statistiken angeschaut, es sind noch immer nur eine ganz geringe Zahl von Verurteilungen, wobei ich jetzt nicht einer bin, der die Gefängnisse füllen will mit Umweltschuldern. Aber ich meine nur, daß wir hier keinen konsequenten Weg gehen, daß wir hier wirklich nur die hohen Geldstrafen bei den Landwirten kennen, und bei großen Umweltbelastungen sind wir dann sehr oft mit unserem Latein am Ende, weil einfach das Fachwissen auch oft nicht reicht. Es ist auch leichter, einen Diebstahl nachzuweisen als eine Umweltbelastung. Das war immer schon so, leider Gottes, daß hochkomplizierte Transaktionen im Vermögensbereich, entsprechende internationale Finanzvergehen, kaum verfolgt worden sind oder nur mit Glück oder durch Zufall, weil sich niemand auskennt oder kaum wer, während die einfachen Hühnerdiebe oder die Warenhausdiebe mit der Strenge des Gesetzes verfolgt worden sind.

In dem Sinne, wobei ich hier nicht die Staatsanwaltschaft anspreche, aber das Land Steiermark, die Bezirkshauptmannschaft und die Gemeinde als

Behörde, möchte ich auf einen Fall hinweisen, der heute in der Früh schon zur Debatte gestanden ist. Da geht es um diese Hühnerfabrik Gnas der Firma Gsellmann. Man soll sich das bitte einmal auf der Zunge zergehen lassen, seit elf Jahren betreiben sie es schon ohne Konsens und seit dem Jahr 1994 sind praktisch schon (Abg. Schleich: „Der Betreiber dieser Anlage ist Hütter nicht Gsellmann!“) Hütter und Gsellmann, Gsellmann bedeutet das andere.

Insgesamt wird seit elf Jahren hier konsensmäßig der Betrieb durchgeführt. Ich möchte noch eines dazu sagen. Ich kenne die Anrainer. Nachdem sie Anwälte eingeschaltet und denen relativ viel bezahlt haben, haben sie mich gebeten, daß ich sie bei der Gemeinde, bei der Bezirkshauptmannschaft, dann auch bei der Staatsanwaltschaft, bei Gericht – da ist auch seit Jahren ein Verfahren gelaufen – vertrete. Die haben mir gesagt, es ist doch mehr als bedrückend, daß unter den Nachbarn, unter den Anrainern Krebserkrankungen viel häufiger vorkommen als woanders, vor allem Krebserkrankungen der Atemwege, Lunge, im Kehlkopfbereich und so weiter. Das hängt meiner Meinung nach – und davon bin ich zutiefst überzeugt – mit der Luftbelastung, also der Umweltbelastung zusammen, mit dem Gestank, und vor allem mit dem, was in der Luft vorhanden ist, und zum zweiten auch, daß die Menschen einfach psychosomatisch durch den Kampf gegen dieses Werk, gegen diesen unhaltbaren Zustand, wo sie das Gefühl haben, im Stich gelassen zu werden, wo sie das Gefühl haben, gegen Windmühlen anzukämpfen, daß diese zweite Komponente der Ohnmacht im Kampf gegen die Behörden, im Kampf gegen die Firma, weil halt nichts geschieht, die tatsächlich krank werden. Die Frauen dort sind in regelmäßiger Behandlung. Ich glaube, es sollte jetzt wirklich nach elf Jahren, wo schon Bescheide vorliegen, daß man das schließt, etwas geschehen.

Da besteht die Möglichkeit, Beugehaft zu verhängen über den Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin, damit sie diese Maßnahme verwirklicht, das Werkel zu schließen halt. Da sind ununterbrochen, damit diese Bescheide außer Kraft gesetzt werden, die Geschäftsführer zurückgetreten. Und wißt ihr, bei wem er jetzt angelangt ist? Beim Dr. Josef Friedrich, Graz, Neutorgasse, der angeblich noch ein kleiner Gesellschafter ist, der inzwischen 80 Jahre ist, der ist jetzt jener Geschäftsführer, der gegenüber den Behörden namhaft gemacht worden ist und für den Ernstfall praktisch dann sitzen gehen muß, damit die Beugehaft vollstreckt wird. Also eine Maßnahme oder eine Vorgangsweise, die ja zum Himmel schreit.

Und dann hört man und liest man, daß der Bezirkshauptmann sagt, er hat eh so viele Briefe schon geschrieben und er hat so viele Druckwerke, oder was weiß ich, schon herausgegeben, seitenweise, körbe-weise, aber worum geht es dahier. Daß die Leute endlich feststellen können, daß etwas geschieht. Ich habe ja nichts davon, wenn ich 20, 30 Bescheide da habe, die am Tisch liegen, die an sich vollziehbar sind, aber die nicht vollzogen werden. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Und der Kollege Schleich hat ja bitte deswegen, er ist ja da auch Mitunterzeichner, vorige Woche in einer Presseaussendung erklärt, daß er unverzüglich die entsprechenden Behörden auffordert, alle Schritte zu unternehmen, daß der gesetzwidrige

Zustand endlich beseitigt wird. Daher appelliere ich auch an alle anderen, daß sie mir folgen. Ich weiß schon, daß wir als Landtag jetzt nicht die zuständige Behörde sind. Aber wir als Landtag sind eine politische gesetzgebende Instanz, und wenn wir heute einen Beschluß fassen, hat das zumindest eine gewisse Bedeutung. Daher appelliere ich an alle hier Anwesenden, über parteipolitische Schatten, falls sie vorhanden sind, oder Grenzzäune zu springen und unseren Antrag zu unterstützen, der da lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, damit die Hühnerfabrik in Gnas geschlossen wird beziehungsweise der konsensmäßige Zustand hergestellt wird.

Wer das verfolgt hat, es hat geheißen, die BH Feldbach hat kein Geld, daß sie die Schließung vornimmt oder die Absiedelung der Hühner dort. Es ist um 600.000 Schilling gegangen. Dann haben die „Vier Pfoten“ diese 600.000 Schilling aufgetrieben, haben sie ihnen zur Verfügung gestellt und haben gesagt, wir helfen auch bei der Absiedelung der Hühner. Dann hat man ihnen das Geld wieder zurückgeschickt und hat gesagt, nein, das geht nicht, wir wollen kein Darlehen oder keine Schenkung entgegennehmen. Jetzt geschieht wieder nichts. Und die Leute dort unten sagen, ja, wann wird denn endlich wirklich etwas passieren. Die einen Nachbarn, die ich vertrete, die fahren schon jede Woche fort. Die sagen einfach, sie halten das nicht mehr aus, diese überraschende Geruchsbelastung. Und denkt euch einmal hinein in die Lage, daß du ein Haus hast, wo du eigentlich das Gefühl hast, am liebsten würdest du es verkaufen und würdest woanders hinsiedeln.

Also, ich appelliere wirklich an alle hier Anwesenden, hier an einem Strang zu ziehen, und vielleicht können wir dann damit ein kleines Mosaiksteinchen dazu beitragen, daß hier wirklich einmal der rechtmäßige Zustand hergestellt wird. Danke schön! (18.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pöttl.

Landesrat Pöttl (18.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich verstehe vollkommen den Zustand der dort Betroffenen im Bereich dieser Anlage, und wir sind da seit Jahren unterwegs. Ich möchte nur auf den Antrag bezogen, feststellen, daß die Landesregierung – soweit meine Informationen reichen – alles unternommen hat, um diesen Mißstand zu beheben. Wir haben da leider mit Konsenswerbem zu tun, die jeden Vollzug oberstergerichtlich in die Höhe treiben. Das ist derzeit das Faktum, derzeit steht die Entscheidung aus, daß die aufschiebende Wirkung aufgehoben wird im Bezug auf die Vollstreckung, damit vor allem diese 60.000 Hühner geschlachtet werden können. Es ist bereits vorbereitet, dreimal 15.000 beziehungsweise viermal 15.000. Die Firma ist vorbereitet. Das ist der derzeitige Stand. Und nachdem wir in einem Rechtsstaat leben, sind blitzartig die Klagen wieder umgekehrt im Raum. Das ist der derzeitige Stand. Über die baurechtlichen Fragen sind im Grunde die Entscheidungen, soweit

mir das bekannt ist, alle gefallen. Ob der Beschluß eine konkrete Wirkung hat, ist eine zweite Frage. (19.00 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt seitens des Abgeordneten Schleich vor. Er hat das Wort.

Abg. Schleich (19.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Abgeordneten, sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich wollte ursprünglich eigentlich zeitsparend dazu nichts sagen, aber nachdem der Herr Landesrat gesagt hat, oder ungefähr es den Eindruck gemacht hat, man hat hier nicht schneller wirken können, so möchte ich dazu schon folgendes sagen, Herr Landesrat.

Ich glaube, dieses Wirr-Warr-Spiel ist zwischen Kammer, Gemeinde und Bezirksbehörde so lange hin- und hergegangen, daß der Betreiber am Schluß schon selbst nicht mehr gewußt hat, was mit ihm geschieht. So hört man es halt immer wieder draußen. Weil, einmal war es ein Wirtschaftsbetrieb, dann war es ein landwirtschaftlicher Betrieb, und man hat nicht gewußt, ist die eine Behörde oder die andere zuständig.

Ich glaube, der Sache wäre wirklich gutgetan, wenn jetzt einmal klipp und klar die Entscheidung kommt, was damit passiert, oder ob hier der konsensmäßige Zustand, wie er auch in diesem Antrag steht, wirklich hergestellt wird. Weil, wenn es rechtliche Vorschriften gibt, die man hier erfüllen kann, dann ist es vielleicht auch möglich, dort das zu betreiben. Aber so wie es jetzt ausschaut, ist es nicht möglich oder will es niemand betreiben. Und von den direkt Betroffenen hört man, daß die Kammer beraten hat, die Gemeinde beraten hat, die BH beraten hat, und eigentlich betroffen war die Bevölkerung, und wie man vorher schon gehört hat vom Kollegen Wabl, daß es dort Leute gibt, die schon sehr krank sind.

Wir haben einen ähnlichen Fall in der Nähe gehabt, das ist ja kein Einzelfall in diesen Dingen, in Poppendorf, wo ein 600 Quadratmeter großer Hühnermisthaufen erbaut hätte werden sollen, natürlich beim anderen und nicht bei dem, der das erzeugt, sondern im anderen, Tal, wo viele Leute in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Das ist inzwischen aber, Gott sei Dank, zurückgezogen worden.

Das ist ein Problem, und das Problem dort dauert über zehn Jahre, und ich hoffe, daß es gelöst wird, denn die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis mehr, daß man sich einmal mehr auf die Behörden ausredet. Ich hoffe auf eine positive Erledigung. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Neuerlich zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (19.02 Uhr): Ich möchte noch einmal dezidiert festhalten, daß die Entscheidung, ob das ein gewerblicher oder landwirtschaftlicher Betrieb ist, bis zum Verwaltungsgerichtshof betrieben wurde, und die Entscheidung ist auf landwirtschaftlichen Betrieb gefallen. Ob Beratung hin oder her, das ist ein rechtliches Faktum. (Abg. Schleich: „Zehn Jahre hat es gedauert!“) Ja, aber das ist das rechtliche Faktum. Ich kann leider die Anwälte, die das Unternehmen vertreten, nicht beeinflussen.

Die zweite Frage. Wir haben nur aus der Frage des Tierschutzes einige Anzeigen abgewickelt, sie wurden im Grunde abgeschlossen. Nach den Tierhaltungsrichtlinien ist dieser Stand, wie er derzeit ist, aufrecht.

Bei den baurechtlichen Fragen bin ich wirklich nicht zuständig. Wasserrechtlich ist dort keine Entscheidung zu treffen. Das ist der einzige Punkt, der liegt. Nur, soweit ich die Information habe, sollte auch die baurechtliche Frage zwar entschieden sein, aber in der Vollstreckung hängt die ganze Geschichte. Das ist der Rechtsstaat im negativen Sinn, wenn ich das so sagen darf. (19.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt, meine Damen und Herren, ist dieser Punkt der Tagesordnung allerdings erschöpft.

Wir kommen zu den beiden Abstimmungen. Erstens, wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zum Beschlußantrag der Damen und Herren Abgeordneten Wabl, Zitz, Brüner, Keshmiri, Schleich, betreffend die Hühnerfabrik in Gnas. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um Zeichen mit der Hand. Ich muß wieder zählen, sonst wird es ungenau. Das ist die Mehrheit. Trotzdem Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 586/1, Beilage Nr. 79, Gesetz, über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf über eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend ein Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark, berichten.

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Paragraph 1: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragraph 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 1,6 Milliarden Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraph 2 genannten Bedingungen aufzunehmen.

Paragraph 2: Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten und können in Teilen aufgenommen sowie in Tranchen aufgelegt werden.

Paragraph 3: Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich für Umschuldungsmaßnahmen im Landeshaushalt 1997 bestimmt.

Paragraph 4: Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen haftet das Land Steiermark mit seinem gesamten Vermögen und allen seinen Rechten.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme. (19.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 587/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1997 (6. Bericht für das Rechnungsjahr 1997).

Berichterstatterin ist auch die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.06 Uhr): Zur Einl.-Zahl 587/1 darf ich berichten, daß in der Zeit vom 26. Mai bis 10. Juli 1997 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 516,610.701,17 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in den Ihnen vorliegenden Aufstellungen übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Aus dem Ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen, Bindung von Mehreinnahmen, Entnahme aus der Rücklage Fernseh- und Rundfunkschilling, Entnahme aus der Investitionsrücklage und Rücklagenentnahme insgesamt 360,008.683,30 Schilling.

Aus dem Außerordentlichen Haushalt durch die Entnahme aus der Investitionsrücklage, Rücklagenentnahme, Entnahme aus der Rücklage Fernseh- und Rundfunkschilling, Entnahme aus der Investitionsrücklage zur Zwischenfinanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes und Mehreinnahmen insgesamt 156,602.017,87 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 15. September 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der 6. Bericht für das Rechnungsjahr 1997 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 516,610.701,17 Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG. 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (19.08 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner.

Abg. Ing. Schreiner (19.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Zwischen dem Gesetz, das hier vorliegt, und dem, was wir wirklich wollen, ist ein sehr großer Unterschied. Ich würde sagen, das ist kurios. Da steht, wir

wollen 1,6 Milliarden Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt aufnehmen mit einer maximalen Laufzeit von 15 Jahren. Beim Hinterfragen schaut das ganz anders aus, und wir kriegen Aufklärung, und die sieht folgendermaßen aus:

Es läuft ein Schweizer-Franken-Kredit aus über 175 Millionen dieser Währung, Laufzeit zwei Jahre, Zinssatz 2⁹/₈ Prozent. Das sind wirklich gewaltige Unterschiede.

Wir Freiheitlichen waren immer bis jetzt der Meinung, daß ein Gesetz zielgenau sein muß und präzise formuliert.

Sie wollen heute nicht zu einem Gesetz die Zustimmung haben, sondern zu einem Persilschein.

Weiters sind sehr kurios – ich muß das Wort noch einmal wiederholen – die Stellungnahmen. Der Herr Landesrat Paierl sagt und appelliert an mein Verständnis als Geschäftsführer, daß auch in einer Aktiengesellschaft oder in einer Ges. m. b. H. ein Vortrag über eine Kreditaufnahme in ähnlicher Form erfolgen würde. Das möchte ich gerne sehen, was der Aufsichtsrat dazu sagt.

Der Abgeordnete Gennaro sagt dazu als Vorsitzender des Ausschusses, „man kann alles zerreden“. Der Abgeordnete Brünner bemüht sich sehr, Licht ins Dunkle zu bringen. Und die Grüne Fraktion hat, wie immer, wenn es um Geld geht, keine Meinung, weil sie haben in Wahrheit keine Meinung zur Wirtschaft.

Aber den Vogel, wenn ich mich so ausdrücken darf, schießt der hochgeschätzte Kollege Mag. Hohegger ab. Er spricht davon, daß es eigentlich schon die Selbstachtung des Abgeordneten ankratzt, einem Gesetz in dieser Form zuzustimmen, wenn man beachtet, was eigentlich wirklich beabsichtigt wird. Die Konsequenz daraus ist die, daß er dann bei der Abstimmung die Hand hebt.

Meine Damen und Herren, es ist mir vollkommen klar, daß die neue Bezügeregelung in den Reihen der SPÖ und ÖVP nicht ungeteilte Zustimmung findet, aber Sie haben nicht das Recht, nachdem Sie das Gesetz beschlossen haben, die Arbeit in den Ausschüssen zu verweigern. (Beifall bei der FPÖ. – 19.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Brünner.

Abg. Dr. Brünner (19.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was diese Aufnahme einer Anleihe durch das Land Steiermark anbelangt, möchte ich im Grunde genommen nicht das wiederholen, was ich schon im Ausschuß gesagt habe, vielleicht bis auf den Punkt: Das ist ein Gesetz mit fünf Paragraphen, man könnte meinen, daß hier die Deregulierung Beachtung findet. Ich meine nur, daß bei einem so wichtigen Gesetz einfach zusätzliche Erläuterungen erforderlich wären. Es wurde hier gesagt, es sei lediglich ein finanztechnisches Anliegen, weil eine Schweizer-Franken-Anleihe auslaufe. Aber die Frage, die sich mir in dem Zusammenhang stellt – und wenn ich es richtig sehe, hat auch Herr Kollege Schreiner darauf hingewiesen –, ist zum Beispiel die, unter welchen Konditionen eine neue Anleihe aufgenommen wird. Sie wissen, daß wir seit einiger Zeit immer wieder bohren und

Fragen stellen im Zusammenhang mit Umschuldungen und mit Konditionen, betreffend Darlehen und Anleihen.

Meine eigentliche Wortmeldung betrifft aber wieder einmal den 6. Bericht für das Rechnungsjahr 1997, betreffend die über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Ich hoffe, daß das Sprichwort „Steter Tropfen höhlt den Stein“ irgendwann einmal Wirklichkeit wird, wenn ich nämlich ständig bei diesen über- und außerplanmäßigen Ausgaben moniere, daß dieser Paragraph 32 der Landesverfassung die letzten Reste von Budgethoheit des Landtages einfach beseitigt. Wir haben bereits den 6. Bericht für das Jahr 1997. Ich gehe davon aus, daß wir wahrscheinlich wieder neun oder zehn Berichte haben werden.

Ich möchte angesichts fortgeschrittener Zeit Sie jetzt nicht mit einzelnen Positionen dieses Berichtes aufhalten. Ich möchte nur festhalten, daß der Paragraph 32 der Landesverfassung diese Prozedur der Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben an das Erfordernis von „dringend“, an das Erfordernis der Dringlichkeit knüpft. Ich kann im Grunde genommen bei keiner dieser Positionen da drinnen in dem Bericht die Dringlichkeit nachvollziehen. Ich möchte es einmal auch so sagen, daß meine Auffassung die ist, daß es sich nicht um dringliche Fälle handelt und daher der Paragraph 32 nicht zur Anwendung kommen dürfte, und wenn er angewendet wird, dann im Grunde genommen eine Verletzung dieses Paragraphen 32 vorliegt.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit bei dem Bericht auf eine Position lenken, wo es auf der Seite 7 des Berichtes heißt, Verrechnungsansatz, laut in Kopie beiliegendem RSa. Ich muß gestehen, ich weiß gar nicht, für was die Abkürzung RSa steht, dann heißt es Bezeichnung „Diverse“, und dann gibt es einen Betrag von sage und schreibe 304 Millionen Schilling, die da hinten in einem Anhang aufgelistet sind. In Summe umfaßt dieser sechste Bericht für das Rechnungsjahr 516 Millionen Schilling, das sind, wenn ich es richtig rechne, 1,5 Prozent des von uns beschlossenen Landesbudgets. Ich kann mich wieder einmal – ich sage es – des Eindrucks nicht erwehren, daß entweder eben das Budget entgegen dem Grundsatz der Verpflichtung auf den Grundsatz der Budgetwahrheit erstellt wird, oder man ganz bewußt mit diesem Paragraphen 32 arbeitet. Und dabei interessiert mich beim Paragraphen 32 gar nicht der Juristenstreit, der dahin geht, ob wir im Rahmen des Paragraphen 32 genehmigen dürfen, oder ob das uns überhaupt nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Faktum ist, daß wir ja nichts mehr verändern können, weil, die entsprechenden Beschlüsse sind gefaßt, und die entsprechenden Vollzugshandlungen dieser Beschlüsse der Landesregierung sind ebenfalls gesetzt.

Ich möchte namens der Abgeordneten Keshmiri, Wabl und Zitz einen Beschlußantrag stellen. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag den Entwurf einer Novelle zur Landesverfassung jedenfalls mit dem folgenden Inhalt vorzulegen:

Erstens: Dem Landesrechnungshof soll sowohl das Recht zur Stellungnahme zum Budgetentwurf als auch zum Landesrechnungsabschluß eingeräumt werden und zwar jeweils vor der Beschlußfassung durch den Landtag.

Zweitens: Es soll ein ständiger Budgetausschuß des Landtages eingerichtet werden, der die mittelfristigen Leitlinien der Budgetpolitik vorberaten soll. Weiters sollen über- und außerplanmäßige Ausgaben der Genehmigungspflicht dieses Ausschusses unterliegen.

Vielleicht noch ein kurzes Wort zu diesem Punkt zwei. In diesem Punkt verlangen wir nicht mehr und nicht weniger, als daß die verfassungsrechtliche Situation, wie sie im Bundesbereich, gilt im Verhältnis von Nationalrat einerseits, zu Regierung und Finanzminister andererseits auch für die Steiermark analog umgesetzt wird. Da gibt es einen ständigen Ausschuß. Das ist entweder der Budgetausschuß oder der Unterausschuß des Budgetausschusses, der auch bei dringlichen Fällen gefragt werden muß, mit dem laut Verfassung auch in dringenden Fällen das Einvernehmen hergestellt werden muß. Und mein Vorschlag, meine Forderung geht dahin, daß auch hier im Landtag ein ständiger Budgetausschuß eingerichtet wird, der, wenn solche außer- und überplanmäßigen Ausgaben erforderlich sind, befaßt werden muß und mit dem seitens der Regierung beziehungsweise des Finanzreferenten das Einvernehmen hergestellt werden muß.

Apropos, Novelle zur Landesverfassung. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, auch einen Appell nach intern zu richten, zu den Klubobleuten, weil wir im Zusammenhang mit der Geschäftsordnungsreform ja vereinbart haben, daß wir weiter über eine notwendige Verfassungsreform diskutieren werden und diskutieren wollen. Jetzt ist schon wieder einige Zeit verstrichen. Ich möchte diese Vereinbarung der Klubobleute bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen. (19.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Er hat das Wort.

Abg. Gennaro (19.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich werde mich sehr kurz halten. Wenn der Kollege Schreiner meint, und wir haben sehr lange im Ausschuß bereits diskutiert bezüglich der Regierungsvorlage, was die 1,6 Milliarden Schilling Teilumschuldungen betrifft. Du hast gesagt, es ist ein Persilschein, das ist locker geredet. Im Grundsatz ist es sicher kein Persilschein, denn diese Maßnahmen sind eigentlich die letzten Jahre immer notwendig gewesen. Und das Wichtigste – und deswegen ist es kein Persilschein –, weil ja bitte die Regierung das erst beschließen muß, und ohne Beschluß der Regierung gibt es nichts. Andererseits gibt es dann die Information an den Landtag.

Zum Professor Brünner. Ich bin sicher kein Professor, und verfassungsmäßig sind Sie sicher weit vorne, das möchte ich feststellen. Nur verstehe ich Ihre Argumentation auch nicht. Ich habe mir halt nur als kleiner Abgeordneter die Mühe gemacht, zu hinterfragen

beim Verfassungsdienst, weil die Anträge, die Sie jetzt da gestellt haben, kommen mir so vor, als wenn ich jetzt einen Antrag stelle, daß wir morgen Mittwoch haben. Das ist das gleiche, ist gegeben.

Der Paragraph 32 der Landesverfassung, das wissen Sie genau, hat die Wirkung, daß diese Initiative einer Überschreitung einer Vorschlagspost beziehungsweise die außerplanmäßige Ausgabe nur von der Landesregierung, aber nicht vom Landtag ausgehen kann. Wir haben eben dieses Landesverfassungsgesetz. Es gibt keinen solchen Vergleich, wie Sie ihn immer bringen, zwischen Bund Budgetüberschreitungsgesetz, das haben wir im Landtag nicht. Und trotzdem schließen, Herr Professor Brünner, soviel sind wir schon draufgekommen, aber auch diese Budgetüberschreitung beziehungsweise die außerplanmäßigen Ausgaben, wie Sie es immer darstellen, den Landtag nicht aus. Weil, Sie müßten genau wissen, daß, wenn man den Wortlaut ganz genau zitiert, ja immer letztendlich die Regierung den Antrag stellen muß. Das macht sie mit der Vorlage. Und der Landtag hat darüber zu befinden, bitte, und muß diese Maßnahme billigen oder nicht. Wenn es keine Billigung dieser Maßnahme gibt, wissen Sie, brauche ich Sie nicht belehren, welche Sanktionen es gibt. Daher sagen Sie nicht immer, der Landtag ist ausgenommen. Wir sollen diskutieren. Wir tun das auch. Und wenn es genehmigt wird vom Landtag, der letztendlich diesen Bedeckungen, den Umschichtungen zustimmt, dann ist das für mich ein gegebene Sache. Aber nicht immer selber das Licht unter den Scheffel stellen und sagen, wir haben nichts zu reden. Entweder verstehe ich es nicht, bin ich so dumm, oder können Sie es als Koryphäe im Verfassungsrecht nicht verstehen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Peter Hochegger das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (19.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich habe nur den Versuch zu unternehmen, meinem hochgeschätzten Kollegen Schreiner kurz zu antworten. Und zwar es ging um die letzte Finanz-Ausschußsitzung, und der Herr Landesrat war nicht anwesend. (Abg. Gennaro: „Er hat sich aber entschuldigt!“) Nein, ich kritisiere ihn ja nicht, er war nicht da. Weil, ich habe dort folgendes gesagt, Herr Landesrat, und das habe ich gemeint, Herr Ing. Schreiner. Und zwar folgendes: Ich habe von der Selbstachtung eines Abgeordneten gesprochen als Mitglied des Finanz-Ausschusses. Im großen und ganzen weiß ich schon, worum es da geht. Da geht es in Wirklichkeit um die Finanzierung des laufenden Betriebes und dergleichen mehr. Ich habe dort gesagt, daß die Regierungsvorlage, wenn es um 1,6 Milliarden Schilling geht – das habe ich so gemeint – für mich sind das 1600 Millionen, habe ich gesagt, daß der Informationsgehalt dieser Vorlage, und meine Damen und Herren, Sie können sie ja alle sehen, relativ dünn ist. Oder so irgend etwas habe ich gesagt. Für 1,6 Milliarden oder 1600 Millionen ist der Informationsgehalt für ein Mitglied des Finanz-Ausschusses relativ dünn. Und zu dem stehe ich auch, Herr Landesrat. Da hätte man gerne mehr Informationen, was ja kein Problem ist. Ich

darf dem gegenüberhalten, wir haben heute noch eine Vorlage, da geht es um 632.000 Schilling, da sind drei A4-Seiten, die ausreichend dargestellt sind. Und das habe ich gemeint, das war meine Kritik an die Regierung oder, wenn Sie so wollen, an diese Vorlage. Ich bitte, mich, Kollege Schreiner, so zu verstehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 19.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nun liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 14 der Tagesordnung zustimmen, das ist das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung Punkt 15 der Tagesordnung, das ist der sechste Bericht über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1997. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zu diesem Punkt 15 wurde ferner eingebracht ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 172/7, zum Beschluß Nr. 164 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend die Sicherstellung des Personalaufwandes der Landeslandwirtschaftskammer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Franz Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (19.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Gegenständliche Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 172/7 beschäftigt sich mit der Vorlage Nr. 164 der Abgeordneten Peinhaupt, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend die Sicherstellung des Personalaufwandes der Landeslandwirtschaftskammer.

Die Rechtsabteilung 10 sagt am 26. Mai 1997 dazu, daß eine weitere Behandlung der Nachbedeckung laut Budgetvereinbarung beziehungsweise Landtagsbeschluß erst nach Durchführung der beabsichtigten Kammerprüfung erfolgen soll.

Der Landesrechnungshof schließt sich dieser Auffassung an und meint, daß eine Überprüfung aller Kammern hinsichtlich der Verwendung erforderlich ist.

Zu diesem Zweck wurde ein privates Unternehmen, ein Betriebsberatungsunternehmen, beauftragt, diese Überprüfung durchzuführen. Diese Überprüfung soll dann am Ende die Bewertung von Rationalisierungspotentialen zeigen. Mit dem Vorliegen des Ergebnisses ist im Jahr 1998 zu rechnen.

Deswegen stellen wir den Antrag an den Hohen Landtag, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 164 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend die Sicherstellung des Personalaufwandes der Landeslandwirtschaftskammer, als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. (19.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wer diesem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 569/1, betreffend Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H., Verzicht auf Bestandzinsraten in der Höhe von monatlich 424.591,77 Schilling für den Zeitraum 1. April 1997 bis 30. Juni 1998.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Peter Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (19.27 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es betrifft die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H.

Mit Eingabe vom 23. Dezember 1996 begehrte die Firma Knill Ges. m. b. H. aus Weiz vom Land Steiermark die Gewährung von Förderungsmitteln im Zusammenhang mit der Übernahme der Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H., Brunn am Gebirge, mit dem Betrieb in Pischelsdorf. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Firmengruppe Knill-Mosdorfer sich strategisch auf die Expansion in Randbereichen der bestehenden Kerngeschäftsfelder ausrichtet, wobei Schwerpunkt der Elektrotechnikbereich ist. Auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern hat sich die Übernahme der Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H. als für die Firmengruppe synergetisch angeboten.

Nachdem in der Anfangsphase im Rahmen des Betriebsaufbaues und der Umstrukturierung ein enormer Kapitalbedarf notwendig ist, um den Betrieb in gewinnorientierte Zonen zu führen, wurde der Antrag gestellt, in den ersten beiden Jahren eine Mietfreistellung zu genehmigen, ab dem dritten Jahr die Miete auf 50 Prozent der derzeitigen Bestandzinshöhe zu reduzieren, und erst ab dem vierten Jahr den Bestandzins in voller Höhe leisten zu dürfen.

Langfristig ist auch eine Zentralisierung der Standorte auf den Standort Pischelsdorf geplant, mit rund 215 Mitarbeitern. Derzeit gibt es die Standorte Pischelsdorf, Brunn am Gebirge und Ratingen in der BRD.

Die Risikopotentiale im Rahmen der Betriebsübernahme der Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H. sind für die Firma Knill Ges. m. b. H. nicht unbeträchtlich. Dazu kommt, daß in der Anlaufphase Verluste zu erwarten sind – für den Zeitraum vom 1. Jänner bis 30. Juni 1997 rund 17 Millionen Schilling –, die aus der Sicht des Referates für Wirtschaftspolitik mit Eigenmitteln abzudecken sind.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 30. Juni 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Es wird zur Kenntnis genommen, daß der Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H., Industriestraße B 15, Brunn am Gebirge, beziehungsweise Pischelsdorf, im Zusammenhang mit der Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen eine Umstrukturierungsförderung in der Weise zugesichert wird, daß auf den monatlichen Bestandzins von 424.591,77 Schilling, der dem Land Steiermark auf Grund der Bestandverträge vom 3. Juni 1988 und vom 15. September 1992 zusteht, für den Zeitraum 1. April 1997 bis einschließlich 30. Juni 1998 verzichtet wird.

Weiters wird zur Kenntnis genommen, daß trotz Verzicht auf die Mietentgelte die Rechte der Firma Rosendahl Maschinen Ges. m. b. H. aus den Optionsverträgen vom 3. Juni 1988 und vom 15. September 1992, was die ordnungsgemäße Erfüllung und das aufrechte Bestehen des Bestandvertrages zum Erwerb der Liegenschaft EZ. 107, KG. Schachen, samt darauf befindlichen Baulichkeiten betrifft, für den Zeitraum des Bestandzinsverzichtes beziehungsweise der Bestandzinseinschränkung gewahrt bleiben und im Falle der Optionsausübung die Bestandzinse von rund 6,37 Millionen Schilling, auf die das Land Steiermark verzichtet, nicht als Teil des Kaufpreises zur Anrechnung gelangen. (19.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe nach diesem so detaillierten Bericht keine Wortmeldung.

Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 571/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 127, Grundbuch 61003 Blumau, an Karl Koch, wohnhaft in 8530 Deutschlandsberg, Sackgasse 9.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (19.31 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die betroffene Liegenschaft hat ein Ausmaß von 326 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Wohnhaus Spattenbergweg 4. Das Land Steiermark besitzt neun Zehntel und der Sozialhilfverband ein Zehntel.

Der Käufer ist Karl Koch, ein Pensionist aus Deutschlandsberg.

Die Bewertung wurde durch die Baubezirksleitung Leibnitz vorgenommen.

Die bisherige Nutzung war die Unterbringung von kinderreichen Familien im Rahmen der Wohnraumbeschaffung nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz. Es war die Familie Stöckl, die Ehegatten und sieben Kinder, in diesem Haus wohnversorgt. Sie sind nun anderweitig wohnversorgt.

Es gab eine Schätzung von 800.000 bis 900.000 Schilling. Eine Ausschreibung hat nur 800.000 Schilling ergeben. Es gab dann eine nochmalige Ausschreibung, wo der Betroffene 950.000 Schilling geboten hat.

Der Kaufwerber hat drei Sparbücher mit insgesamt über eine Million Schilling.

Die Beurteilung durch die Rechtsabteilung 9: Durch die Substanzerhaltung ist mit hohen Investitionskosten zu rechnen, und auch die Haftung nach dem ABGB ist zu bedenken. Dem Ersuchen des Sozialhilfeverbandes Deutschlandsberg, den Kaufvertrag vom Land Steiermark zu errichten, wäre aus sozialen Gründen stattzugeben.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 7. Juli 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Neun-Zehntel-Eigentumsanteile des Landes Steiermark an der Liegenschaft EZ. 127, Grundbuch 61003 Blumau, an Karl Koch um den Betrag von 855.000 Schilling wird gemäß Paragraph 15 Absatz 2 litera c L-VG 1960 genehmigt. (19.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es gibt keine Wortmeldung.

Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Einstimmige Annahme!

Bevor ich den Herrn Abgeordneten Herrmann bitte, zu Punkt 19 zu berichten, darf ich feststellen, daß wir hiemit an der Mitte der Tagesordnung angelangt sind, nach elfeinhalb Stunden. Wir beginnen bei Punkt 19 mit dem zweiten Teil unserer heutigen Tagesordnung.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 1515, Grundbuch 62212 Fürstenfeld, an Ingrid Prasch, wohnhaft in 8280 Fürstenfeld, Dreikreuzweg 19.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (19.34 Uhr): Hier geht es um zwei Grundstücke im Ausmaß von 969 Quadratmeter und 67 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Wohnhaus Dreikreuzweg 19. Das Land Steiermark besitzt drei Viertel und der Sozialhilfeverband Fürstenfeld ein Viertel.

Käuferin ist Frau Ingrid Prasch, eine Pensionistin.

Die Bewertung wurde durch die Baubezirksleitung Hartberg durchgeführt, wo es auch ein Ergänzungsgutachten vom 28. November 1996 gab.

Die bisherige Nutzung war auch, wie vorher, Unterbringung der kinderreichen Familie Prasch (Mutter, deren Lebensgefährtin und acht Kinder). Sämtliche Kinder sind inzwischen großjährig und haben sich größtenteils anderweitig, vor allem aus beruflichen Gründen, wohnversorgt. Derzeit wird das Kaufobjekt von nachstehenden Personen bewohnt: von der Frau Ingrid Prasch, Tochter Roswitha und Enkelkind Kerstin.

Es wurde von einer öffentlichen Ausschreibung Abstand genommen, da es sich beim Kaufobjekt um das Elternhaus von Frau Prasch handelt. Nach herrschender Praxis hat bisher auch die Landesfinanzabteilung von einer öffentlichen Ausschreibung abgesehen, insofern es sich um die bisherigen Benützer des Objektes handelt. Obwohl seitens des Sozialverbandes Fürstenfeld derzeit kein anderweitiger Bedarf für die

Verwendung des Kaufobjektes vorliegt, müssen laufend notwendige Instandsetzungsarbeiten seitens der öffentlichen Hand erfolgen. Aus diesem Grund hat sich der Sozialverband Fürstenfeld mit Beschluß vom 4. Dezember 1996 einstimmig für den Verkauf der Liegenschaft ausgesprochen.

Die Kaufwerberin erklärte sich bereit, einen Kaufpreis in der Höhe des von der Baubezirksleitung Hartberg eruierten Schätzwertes von 843.000 Schilling zu bezahlen. Dieser Betrag wurde mittels Sparbuch beim Notar Dr. Herbert Supper in Güssing hinterlegt.

Die Beurteilung durch die Rechtsabteilung 9 ist gleich wie beim vorhergehenden Stück. Zur notwendigen Substanzerhaltung des Objektes ist mit hohen Instandsetzungskosten zu rechnen, und auch die Haftung nach dem ABGB ist zu berücksichtigen.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wäre die Kaufvertragsserrichtung und die Durchführung des Kaufgeschäftes durch einen Notar im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung 10 vorzunehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf von drei Vierteln der Eigentumsanteile des Landes Steiermark an der Liegenschaft EZ. 1515, Grundbuch 62212 Fürstenfeld, an Ingrid Prasch um den Betrag von 632.250 Schilling wird gemäß Paragraph 15 Absatz 2 litera c L-VG 1960 genehmigt. (19.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 573/1, betreffend den Verkauf der EZ. 124, KG. Murau, im Ausmaß von 408 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Objekt Schillerplatz 11 an die Republik Österreich zum Preis von 7.950.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ernst Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (19.37 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Damit der zweite Teil der Tagesordnung nicht so lange dauert, in gebotener Kürze.

Zu dieser Regierungsvorlage darf ich berichten: Das Stadtamt Murau ist an das Land Steiermark mit dem Ersuchen herantreten, die EZ. 124, KG. Murau, mit dem darauf befindlichen Objekt Schillerplatz 11 erwerben zu können.

Seitens des Landes besteht kein Interesse, das gegenständliche Objekt weiterhin im Landesbesitz zu belassen.

Es sollte daher die gegenständliche Liegenschaft an die Republik Österreich veräußert werden. Die Republik möchte das Objekt erwerben, um für die Gendarmerie und das Bezirksgericht das Platzangebot zu erweitern.

Die Landesregierung stellt den Antrag, den Verkauf der genannten Liegenschaft, EZ. 124, KG. Murau, zum Preis von 7,950.000 Schilling an die Republik Österreich zu genehmigen. (19.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (19.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde bringe ich nur mehr den Beschlußantrag ein zu diesem Tagesordnungspunkt, verbunden mit der Bitte an Landesrat Ressel, dieses Vorhaben, nämlich den Umbau beziehungsweise den Neubau der BH Murau, raschest umzusetzen, nachdem wir zehn Jahre verhandelt haben. Es ist ja dieses Objekt im Jahre 1989 vom Land gekauft worden, dann wurde ein Umbau des Objektes geplant, dieser Plan ist dann wieder verworfen worden, und jetzt soll ein Neubau errichtet werden.

Ich bringe daher einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Bacher, Korp, Schützenhöfer, Majcen, Dipl.-Ing. Grabner und Dr. Brünner ein, betreffend die raschestmögliche Errichtung eines Neubaus für die Bezirkshauptmannschaft Murau.

Bereits mit Regierungsbeschluß vom 15. Mai 1995 wurde die Errichtung eines Neubaus für die Bezirkshauptmannschaft Murau auf Grundstücken der Stadtgemeinde Murau grundsätzlich genehmigt. Es ist vorgesehen, daß mit der Stadtgemeinde Murau ein Baurechtsvertrag auf die Dauer von 99 Jahren abgeschlossen werden soll.

Laut Regierungsbeschluß vom 7. Juli 1997 wurde aus dem von der Fachabteilung IV a durchgeführten Architektenwettbewerb das Projekt der Architekten Schöffauer/Tschapeller zur weiteren Bearbeitung empfohlen. Als Gesamtbaukosten werden zirka 47,6 Millionen angegeben. Ein Teil des Finanzierungsbedarfs soll durch den Abverkauf des Objektes Murau, Schillerplatz 11, gedeckt werden. Zur Finanzierung des weiteren Aufwandes steht entweder eine Direktfinanzierung aus dem Landesvoranschlag oder alternativ eine Leasingfinanzierung analog zum Beispiel der Finanzierung des Umbaus und der Generalsanierung der Bezirkshauptmannschaft Radkersburg zur Debatte.

Die Bezirkshauptmannschaft Murau ist derzeit in einem denkmalgeschützten Altbau am Schillerplatz 7 in Murau untergebracht. Zur Milderung der ärgsten Raumnot mußten Räumlichkeiten in anderen Objekten angemietet werden. Eine im Interesse der Bürger gelegene Optimierung der Arbeitsabläufe ist bei der vorhandenen Raumstruktur nicht möglich.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Höhe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Umsetzung der Regierungsbeschlüsse vom 15. Mai 1995 und vom 7. Juli 1997 raschestmöglich über die Finanzierungsvariante für die Neuerrichtung der Bezirkshauptmannschaft Murau zu entscheiden

und ehebaldigst mit der tatsächlichen Errichtung des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft Murau zu beginnen.

Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. Danke. (19.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Wort hat Herr Landesrat Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (19.41 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich darf zu dem behandelten Gegenstand bemerken, daß richtigerweise festgestellt wurde, daß erstens am 7. Juli 1997 ein Regierungsbeschluß über die Errichtung des Neubaus mit Gesamtbaukosten von 47,6 Millionen gefaßt wurde.

Zweitens: Die Finanzierung durch 39,8 Millionen aus bereits vorhandenen übertragenen Mitteln und bereits erfolgtem Abverkauf des Objektes Murau, Schillerplatz 11 – heute auf der Tagesordnung –, Kaufangebot 7,95 Millionen.

Drittens: Auftragsvergabe für Detailplanung an Architektenteam Schöffauer/Tschapeller, Wien, ist laut obigem Regierungsbeschluß bereits erfolgt, und zwar über die Landesbaudirektion, Fachabteilung IV b.

Viertens: Der Neubau erfolgt auf zwei der Stadtgemeinde Murau eigentümlichen Grundstücken über ein dem Land oder einem allfälligen Leasinggeber einzuräumendes Baurecht. Diese Grundstücke werden derzeit überwiegend als öffentlicher Parkplatz verwendet.

Fünftens: Die Änderung des Flächenwidmungsplanes zum Zwecke der Verbauung für einen Amtsgebäudebau ist seitens der Stadtgemeinde Murau abgeschlossen.

Sechstens: Mit dem Abschluß des laufenden Grundbuchverfahrens für eine Lastenfreistellung sowie Ausscheidung aus dem öffentlichen Gut ist bis Dezember 1997 zu rechnen.

Siebtens: Voraussetzung für den Baurechtsvertrag ist die Schaffung von Ersatzparkflächen und einer Ersatzbusumkehrschleife. Die diesbezügliche Vereinbarung zwischen Stadtgemeinde Murau und Land Steiermark ist von den Vertretern des Landes unterschrieben und wurde über die Landesbahnen und das Bundesministerium für Verkehr zur Genehmigung weitergereicht. Diese wird im Laufe des November erwartet.

Achtens: Anhand des vorliegenden Beschlusses wurde nunmehr die Ausschreibung einer Leasingfinanzierung vorbereitet. Der hierzu von der Fachabteilung IV b vorzulegende Finanzierungsplan liegt noch nicht vor und wurde für nächste Woche avisiert.

Neuntens: Abschluß des Baurechtsvertrages mit der Stadtgemeinde, wobei im Falle der Leasingfinanzierung der Leasinggeber in das Baurecht eintreten würde.

Hohes Haus, Sie sehen, daß die Arbeiten unterwegs sind und daß mit einer Realisierung sehr rasch zu rechnen ist. (19.43 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wer dem Antrag zu Punkt 20 der Tagesordnung zustimmt, Abverkauf der Liegenschaft an die Republik Österreich, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu dem dazu eingebrachten Beschlußantrag der Abgeordneten Bacher, Korp, Brünner und Kollegen. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 574/1, betreffend die Errichtung eines Zu- und Umbaues beim Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft/Baubezirksleitung Hartberg mit Gesamtkosten von 43 Millionen Schilling inklusive Umsatzsteuer ohne Einrichtung (Preisbasis Juni 1997) und Finanzierung in den Jahren 1998 mit 8,505.000 Schilling inklusive Umsatzsteuer sowie 1999 mit 25 Millionen Schilling inklusive Umsatzsteuer. In den Gesamtkosten von 43 Millionen Schilling sind die bereits 1997 vorhandenen Mitteln von 9,495.000 Schilling berücksichtigt.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Siegfried Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (19.44 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das gegenständliche Amtsgebäude wurde in den Jahren 1954 bis 1957 errichtet und beheimatet die Bezirkshauptmannschaft Hartberg und die Baubezirksleitung Hartberg. Der Gebäudezustand entspricht zum Teil nicht mehr dem letzten Stand. Das gilt insbesondere für die thermische Gebäudequalität, die auf Grund der Bauweise (Baujahr 1957) einen hohen Energieverlust bedeutet. Darüber hinaus gibt es in beiden Dienststellen eine den Dienstbetrieb stark belastende Raumnot.

Eine von der Rechtsabteilung 10 im Jahr 1995 in allen Bezirkshauptmannschaften und Baubezirksleitungen durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß der Raumbedarf in der Bezirkshauptmannschaft Hartberg im Vergleich zu allen anderen Bezirkshauptmannschaften in der Steiermark am allergrößten ist.

Nach dieser Untersuchung beträgt der Bedarf an Bürofläche in der Bezirkshauptmannschaft Hartberg 282,8 Quadratmeter und in der Baubezirksleitung Hartberg 71,6 Quadratmeter. In Summe ist das ein Fehlbestand an Büroflächen von 354,4 Quadratmeter. Dieser Fehlbestand soll durch einen Bürozubau mit einer Bürofläche von insgesamt 292,95 Quadratmeter abgedeckt werden. Davon entfallen 260,95 Quadratmeter Bürofläche auf die Bezirkshauptmannschaft Hartberg und 32 Quadratmeter Bürofläche auf die Baubezirksleitung Hartberg.

Der bestehende Sitzungssaal, der in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen entspricht, wird samt dem Untergeschoß abgebrochen. In Verbindung mit dem Bürozubau soll ein neuer Mehrzweckraum mit einer Nutzfläche von 180 Quadratmeter errichtet werden. Dieser Mehrzweckraum kann durch mobile Trennwände in verschiedene Größenordnungen unterteilt werden und steht damit für die verschie-

densten Nutzungen offen. Außerdem soll dieser Mehrzweckraum nicht nur der Bezirkshauptmannschaft und der Baubezirksleitung Hartberg als Sitzungssaal und Besprechungsraum, sondern darüber hinaus auch für andere Zwecke, insbesondere für kulturelle Veranstaltung, der gesamten Region zur Verfügung stehen.

Auf der Grundlage der bereits erbrachten Projektierungsarbeiten wurde für das gegenständliche Bauvorhaben folgende Kostenschätzung auf Preisbasis Juni 1997 erstellt:

Erstens: Baukosten: Erweiterung – 22,352.170 Schilling, Umbau und Sanierung – 10,300.000 Schilling.

Zweitens: Planung – 3,016.000 Schilling

Die Gesamtkosten inklusive Umsatzsteuer belaufen sich auf 43 Millionen Schilling.

Die Bauphasen sollen sein:

Erster Bauabschnitt: Erweiterung (Bürozubau und Mehrzweckraum)

Zweiter Bauabschnitt: Umbau und Sanierung

Zur Finanzierung des Aufwandes stehen zwei Varianten zur Verfügung:

- a) Eine Direktfinanzierung aus dem Voranschlag, wobei in den Jahren 1998 und 1999 die oben angeführten Beträge zu veranschlagen wären.
- b) Alternativ wird die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung auf der Basis des vorliegenden Grundsatzbeschlusses eine Leasingausschreibung analog zum Beispiel der Finanzierung des Umbaues und der Generalsanierung der Bezirkshauptmannschaft Radkersburg vornehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Errichtung eines Zu- und Umbaues beim Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft/Baubezirksleitung Hartberg mit Gesamtkosten von 43 Millionen Schilling inklusive Umsatzsteuer, ohne Einrichtung, wird grundsätzlich genehmigt. Es wird zur Kenntnis genommen, daß sich diese Gesamtkosten um die Baukostensteigerung erhöhen werden.

Der Finanzierungsplan mit einem Kreditmittelbedarf für die Jahre 1998 mit 8,505.000 Schilling inklusive Umsatzsteuer und 1999 mit 25 Millionen Schilling wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der Hohe Landtag nimmt zur Kenntnis, daß anhand des Ergebnisses einer durch die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung auf der Basis des vorliegenden Grundsatzbeschlusses noch vorzunehmenden Leasingausschreibung zu entscheiden sein wird, welcher Finanzierungsform endgültig der Vorzug zu geben ist. (19.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung zu diesem Antrag vor.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 581/1, betreffend den Neubau der Landesberufsschule Bad Gleichenberg.

Berichtersteller ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (19.48 Uhr): Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 581/1, betreffend den Neubau der Landesberufsschule Bad Gleichenberg.

In der Regierungsvorlage ist die Begründung der Notwendigkeit der Bauausführung, die Begründung der Notwendigkeit des Grundzukaufes, der Abbrucharbeiten, der Stützmaßnahmen sowie die Baubeschreibung vorliegend.

Seitens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung erteilt für die Realisierung des Projektes „Landesberufsschule Bad Gleichenberg – Neubau“ mit einer im Rahmen der Vorplanung ermittelten und vom Landesrechnungshof geprüften Gesamtsumme in der Höhe von 206 Millionen Schilling plus Valorisierung bei einer Kostengenauigkeit von plus minus 10 Prozent die Grundsatzgenehmigung.

Drittens: Die für die erste Baustufe 1997 – Grundstückskauf und Nebenkosten, Abbrucharbeiten und Stützarbeiten, Detailplanung – erforderlichen Mittel von 16 Millionen Schilling werden aus Mitteln der Berufsschulabteilung bedeckt.

Viertens: Die Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel – zweite Baustufe 1998 mit 80 Millionen Schilling, dritte Baustufe 1999 mit 80 Millionen Schilling und vierte Baustufe 2000 mit 30 Millionen Schilling – hat im Rahmen der Budgetgespräche für das Budget 1998 zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme des Berichtes. (19.50 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (19.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kollegen!

Es ist heute ein sehr erfreulicher Punkt, dieser Punkt 22. Wie Sie ja gerade von der Berichterstatterin vorher gehört haben, geht es um die Landesberufsschule Bad Gleichenberg, um eine Investition von 206 Millionen Schilling.

Als sehr erfreulich zu bezeichnen ist, daß mit der Landesberufsschule Bad Gleichenberg auch gleichzeitig das Konzept Aigen im Ennstal sichergestellt wurde. Das heißt, daß diese zwei Berufsschulen in den zwei tourismusträchtigsten Orten Aigen im Ennstal, Gebiet Schladming, und Bad Gleichenberg im Thermenland, sichergestellt sind und auch die Klassen festgelegt wurden.

In Bad Gleichenberg wurde 1989 mit einem Konzept begonnen. Damals waren es noch 19 Klassen. Es wurde inzwischen abgespeckt, natürlich auf Grund weniger Lehrlinge, die zwar inzwischen wieder steigend sind. Dann gab es 1993 eine neue Variante, 1994, 1996. Und 1996 kam man dann auf zehn Klassen beziehungsweise acht Neuklassen. Es wurde auch in diesem Verfahren gewaltig eingespart, das ganze Projekt wurde um 20 Millionen Schilling billiger.

Ein besonderer Dank geht hier natürlich an den Berufsschulbeirat, der sich hier wirklich sehr bemüht hat, um für beide Schulen das Beste herauszuholen, und natürlich auch diese Einsparung vollzogen hat, aber ich glaube, wohl auch den wirtschaftlichen Punkt damit herausgestellt hat.

Weiters darf ich mich natürlich ganz besonders bedanken bei Hans-Joachim Ressel, beim Finanzlandesrat, der diese Mittel hier zur Verfügung stellt, denn es ist ja nicht so wenig, das im Budget dafür vorgesehen wird, natürlich auch der Landesregierung.

Der Abschnitt soll folgenderweise erfolgen: Es soll die zweite Baustufe 1998 mit 80 Millionen, die dritte Baustufe 1999 mit 80 Millionen, und 2000 soll die Vollendung stattfinden mit 30 Millionen Schilling.

Daß dies ein enormer Impuls im Grenzland ist, das ist hier wohl sichergestellt, sowohl für die Bauwirtschaft wie natürlich für den Kurort Bad Gleichenberg, der ja in den letzten Jahrzehnten, kann man sagen, immer ein Stiefkind war und in Wirklichkeit die Leute dort zuschauen mußten, wie die anderen Thermen – Bad Radkersburg und Loipersdorf – vom großen Aufschwung betroffen waren. (Abg. Purr: „Das ist oft so!“)

Ich glaube, daß das natürlich hier auch mithält.

Ich darf natürlich auch erwähnen, daß es sehr, sehr wichtig ist – zu dieser Ergänzung dazu –, daß die Landesholding in Bad Gleichenberg einsteigt, damit das Thermenland des Landes sich nicht in Konkurrenz stellt, sondern gemeinsam die Werbelinie vollziehen kann.

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich es auch kurz machen und danke allen Mitwirkenden und wünsche ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ. – 19.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Er hat das Wort.

Abg. Wiedner (19.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Steiermark ist ein Tourismusland. Die Steiermark ist das einzige Bundesland in Österreich, das ein Plus im Tourismus hat. Und zu einem Plus im Tourismus gehört natürlich eine gute Gastronomie, gehört eine gute Ausbildung. Diese gute Ausbildung wird in Bad Gleichenberg gemacht, schon jahrelang, und sie wird weiterhin dort gemacht werden.

Es ist auch für mich ein freudiger Augenblick, daß wir jetzt endlich darangehen können – nach langen Planungsphasen, nach langen Umplanungen, Neuplanungen, Verkleinerungen –, diese Berufsschule zu einem Preis von über 200 Millionen Schilling neu zu bauen.

Viele von uns kennen noch den Bericht des Rechnungshofes, als die alte Berufsschule geprüft wurde, und wissen noch, wie wir feststellen mußten, in welchem desolaten Zustand diese Berufsschule war. Jedes Gasthaus, jeder Gastronomiebetrieb, in dessen Küche es so aussieht wie in dieser Berufsschule, würde sofort geschlossen werden. Dabei soll diese das Vorbild für die Lehrlinge sein, die dort ausgebildet werden. Die Lehrlinge sollen mit dem bestmöglichen Material ausgebildet werden.

Wir kennen auch den Infora-Bericht, der unbedingt darauf abzielt, diese Berufsschule zu erneuern.

Wir begrüßen diesen Bau und hoffen, daß er bald fertiggestellt wird und daß dort der Gastronomienachwuchs wieder beste Bedingungen hat, um in den Beruf einzusteigen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 19.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer weiteren Wortmeldung der Herr Ing. Hohegger.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (19.56 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es ist eine erfreuliche Situation im Berufsschulbereich für die Lehrlinge mit diesen Entscheidungen gegeben. Ich habe aber noch ein spezielles Anliegen an uns alle, und ich möchte uns alle gemeinsam in der Form herausfordern, daß wir folgender Situation am Lehrstellenmarkt Rechnung tragen. Es ist in der Tat derzeit so, daß 70 Prozent aller Ausbildungsplätze für Männer sind und „nur“ 30 Prozent für Frauen. Und bei den Lehrstellensuchenden haben wir über zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer, das heißt, wir haben einen wirklichen Handlungsbedarf. Ich darf vor allem auch die Frauen des Steiermärkischen Landtages hier ansprechen, daß wir in diesem Bereich Ausbildungsplätze für Frauen, daß wir hier konkret auch vom Steiermärkischen Landtag aus aktiv werden. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. – 19.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

23. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72/5, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Förderungsmaßnahmen für Saisonbetriebe zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.57 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf berichten zur Regierungsvorlage hinsichtlich Förderungsmaßnahmen für Saisonbetriebe zur Entlastung der Arbeitslosenversicherungen. Dieser Antrag war daraufhin abgezielt, unter folgenden Voraussetzungen eine Arbeitsmarktförderung für die Weiterbeschäftigung eines Mitarbeiters zu erhalten.

Erstens: Verlängerung der Beschäftigungszeit in der Saison für den betreffenden Arbeitsplatz im Vergleich zum Durchschnitt der drei vorhergehenden Jahre.

Zweitens: Ein Arbeitslosengeldanspruch des Mitarbeiters, der auf diesem Arbeitsplatz beschäftigt ist, muß gegeben sein.

Drittens: Förderung in Höhe von 50 Prozent des fiktiven Arbeitslosengeldes für die Zeit der längeren Beschäftigung, maximal aber für einen Monat pro Jahr.

Das Arbeitsmarktservice hat hierzu eine Stellungnahme abgegeben und angemerkt, daß die zur Verfügung stehenden Mittel des AMS keineswegs kommunizierende Gefäße sind, so daß eine Aufrechnung gegenseitig nur bedingt möglich ist.

In weiterer Folge wurde vom AMS aufgelistet, wer die sogenannten Saisonberufe sind: Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Fremdenverkehrsberufe sowie die land- und forstwirtschaftlichen Berufe.

Es wurde die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit festgestellt, und zwar waren das 1996 106 Tage in den Saisonberufen, wobei dadurch regelmäßig rund ein Drittel der Jährlichkeit in der Arbeitslosigkeit betroffen sind. In den Produktionsberufen und in den Dienstleistungsberufen jedoch ist die durchschnittliche Arbeitslosigkeit um einiges höher, etwa 140 Tage.

Das AMS verweist auch darauf, daß bereits ein wesentlicher Beitrag zur Verlängerung der Beschäftigung für Saisonarbeitslose in jener Form geleistet wurde, daß die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen und die Weiter- und Höherqualifizierung der Saisonbeschäftigten großzügig gefördert wird. Bei den Nachteilen zum Förderungsinstrument ist anzumerken, daß die Steiermark einen sehr hohen Anteil an Auspendlern hat und somit Betriebe außerhalb der Steiermark gefördert würden, daß der im Vorschlag vorgesehene Ausschluß von Personen ohne Arbeitslosengeldanspruch eine durch nichts zu begründende Diskriminierung darstellt, daß dieses Förderungsinstrument in weiterer Ergänzung nur mit Pauschal- und Durchschnittssätzen sinnvoll wäre und daß dieses Förderungsmodell negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsdauer in den Folgejahren hätte.

Zusammenfassend ist daher aus arbeitsmarktpolitischer Sicht festzustellen, daß eine Förderung der Saisonbetriebe aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung aus der Gesamtsicht des steirischen Arbeitsmarktes nicht zielführend erscheint. Abgesehen von dem vorgeschlagenen Instrument, das, wie oben angeführt, im Detail Schwächen inhaltlicher und administrativer Natur aufweist, ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß nach unseren Erfahrungen Betriebe nur dann Arbeitskräfte aufnehmen, wenn sie gebraucht werden, und auch nur so lange beschäftigen, wie sie gebraucht werden. Ein solcher Bedarf, der sich im Saisonbereich nach Auftragslage und/oder Witterung richtet, sollte aber – nicht zuletzt auch im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung – nicht Gegenstand einer Lohnsubvention sein.

Eine weitere Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit berichtet, daß in der Tourismusbranche bereits an Modellen zur Verlängerung der Beschäftigung gearbeitet wird.

Ich stelle somit den Antrag, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (20.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa, der ich es erteile.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (20.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man den Antrag der Freiheitlichen, der dieser Vorlage zugrunde liegt, überfliegt, dann könnte man auf die Schnelle dazu geneigt sein, diesen positiv zu beurteilen. Wenn man sich aber mit der Materie genauer auseinandersetzt, dann stellt man sehr bald fest, daß diese gewünschte Förderungsmaßnahme primär nicht dem Arbeitnehmer, sondern dem Arbeitgeber dient und – wie der Stellungnahme des Arbeitsmarktservices zu entnehmen ist – auch die Arbeitslosenversicherung nicht wesentlich entlastet. Wäre der Antrag so gemeint, daß ein Arbeitnehmer in einem sogenannten „Saisonbetrieb“ das ganze Jahr beschäftigt ist, dann würde ich einer solchen Intention die Zustimmung geben. Der Arbeitnehmer hätte einen Dauerarbeitsplatz, würde auch einmal einen Anspruch auf Abfertigung erwerben und müßte nicht Arbeitslosengeld beziehen, womit die Arbeitslosenversicherung entlastet wäre. Beispiele in der Baubranche zeigen, daß ein Ganzjahresarbeitszeitmodell sehr wohl möglich und auch durchführbar ist. Soll jedoch – und so ist der Antrag zu verstehen – lediglich eine vorübergehende Verlängerung der Beschäftigung erzielt werden, möglicherweise bloß einen Monat, dann ist diese Forderung der Förderung kategorisch abzulehnen, weil sie weder der Arbeitslosenversicherung noch dem Arbeitnehmer etwas bringt. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Gegenteil, der Arbeitnehmer wäre zwar etwa einen Monat länger angemeldet, würde vermutlich auf Urlaub geschickt werden, würde dann natürlich keine Urlaubsschädigung erhalten, weil ja der Urlaub schon verbraucht wurde; und letztendlich wird der Arbeitnehmer trotzdem arbeitslos. Der Arbeitgeber hingegen würde nach dem Wunsch der Freiheitlichen eine 50prozentige Förderung erhalten, womit ein Teil des Urlaubes des Arbeitnehmers die Arbeitslosenversicherung finanzieren würde.

Im übrigen haben wir bereits ein Fördermodell für Arbeitgeber aus der Arbeitslosenversicherung, und zwar das Bonus-Malus-System. Demgemäß wird einem Arbeitgeber in der Bonusstufe I der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zur Hälfte und in der Bonusstufe II zur Gänze erlassen, wenn er einen älteren Arbeitnehmer einstellt. Arbeitgeber dafür zu fördern, daß sie Arbeitnehmer entweder wegen schlechter Auftragslage oder bedingt durch die Witterungsverhältnisse ohnedies früher oder später kündigen, ist meines Erachtens nicht der richtige Weg. (Beifall bei der SPÖ.)

Die zusätzliche Forderung im Antrag, daß nur jene Arbeitnehmer länger in Beschäftigung bleiben sollten, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, spiegelt die soziale Einstellung der Freiheitlichen wider. Als angeblich sozial denkende Fraktion hätte man vielmehr fordern müssen, daß insbesondere jene Personen, die noch keinen Arbeitslosengeldanspruch haben, länger in Beschäftigung bleiben können, damit sie im Falle einer Kündigung (Abg. Schinnerl: „Ihr habt überhaupt kein Recht zu kritisieren, denkt an den Konsum!“), wogegen sich Arbeitnehmer leider kaum – (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn Sie das soviel besser wissen, warum haben Sie das nicht längst schon gemacht?“) Es ist ein Antrag von Ihnen, und ihr verlangt, daß keine Leistung aus der

Arbeitslosenversicherung beansprucht werden kann. Was ist das für eine soziale Einstellung? (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie wollen das nicht verstehen!“) Was wollen Sie mit dem Arbeitnehmer tun, der seinen Job verliert und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat? (Abg. Mag. Bleckmann: „Was tun Sie für den Arbeitnehmer?“) Und wenn er keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, dann ist es ein Sozialfall. (Abg. Mag. Bleckmann: „Frühpension! Das ist eine tolle Lösung. Wer zahlt denn dann die Frühpension, wenn ihr sie alle hinschickt?“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Also, es gibt das Wort „Frühpension“ nicht, sondern das ist eine Art der vorzeitigen Alterspension, und da gibt es mehrere Möglichkeiten. (Abg. Mag. Bleckmann: „Und wer zahlt das?“) Sind wir froh, daß wir in einem Land leben, das sich soziale Errungenschaften erarbeitet hat, daß kein Mensch durch das soziale Netz fällt. (Beifall bei der SPÖ.) Viele Länder dieser Erde beneiden uns. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, ja, verbessern kann man es immer noch!“) Aber nicht mit einem solchen Antrag, wie Sie ihn vorgebracht haben. (Abg. Vollmann: „Mit den Haider-Vorschlägen auf jeden Fall!“)

Jedenfalls ist in diesem Antrag der Freiheitlichen vermerkt, daß man keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben darf. Und wenn nun jene Personen gekündigt werden, was ist dann? Und jeder weiß, daß ein Arbeitnehmer sich praktisch kaum wehren kann gegen eine Kündigung. In diesem Punkt ist er nämlich der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt – das ist die Realität.

Ich hätte mir schon von einer Fraktion, die immer angibt, sozial zu sein, erwartet, daß sie wenigstens miteinbezogen hätte, daß der Arbeitnehmer, der gekündigt wird, wenigstens einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat. Oder wollen Sie, daß dieser Mensch ein Sozialfall wird? Das kann es doch nicht sein. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir wollen, daß er länger arbeiten kann, das wollen wir!“) Ja, bitte, ich habe das eingangs gesagt: Wenn Ihr Antrag so zu verstehen ist, daß er durchgehend beschäftigt wird und auch einmal einen Anspruch auf Abfertigung hat, dann unterschreibe ich das sofort. Ansonsten ist das nur ein Wischiwaschi. (Allgemeine Unruhe. – Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich die Damen und Herren ersuchen, der Abgeordneten Bachmaier-Geltewa das Ohr zu leihen!“)

Solange der Arbeitnehmer der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt ist – und das ist die Realität, was die Kündigung betrifft, und wer sich im Arbeitsrecht auskennt, der weiß, daß ein Arbeitgeber jederzeit kündigen kann –, muß eine soziale Abfederung her. Das ist ja wohl das Mindeste. (Beifall bei der SPÖ.)

Das wäre die richtige Einstellung. (Abg. Mag. Bleckmann: „Keine Saisonbetriebe?“) Jawohl, das wäre die optimale Lösung. Keine Saisonbetriebe mehr. (Abg. Mag. Bleckmann: „Keine Saisonbetriebe mehr, keine Hotels mehr, keine Bauwirtschaft mehr, bravo, wunderbar!“) Das wäre die ideale Variante. Aber daß man das von den Freiheitlichen natürlich nicht verlangen kann, das habe ich vermutet. Und solange, meine Damen und Herren, Ihr Bundesparteivorsitzender Aussagen trifft, wie zum Beispiel, daß Menschen, die im Laufe ihres Lebens länger beziehungsweise öfter

arbeitslos sind, weniger Pension erhalten sollen – (Abg. Mag. Bleckmann: „Machen Sie bessere Gesetze!“) Herr Präsident, ich bin am Wort. (Abg. Mag. Bleckmann: „Machen Sie die Werkvertragsregelung!“) Solange Ihr Bundesparteivorsitzender Aussagen trifft, daß Menschen, die im Laufe ihres Lebens länger oder öfter arbeitslos sind, Pensionskürzungen erhalten sollen oder man ein paar Feiertage abschaffen solle und so weiter, und so weiter, solange bleiben wohl solche Aussagen unglaubwürdig. Das ist mir schon klar, daß Sie das nicht hören wollen, aber solange Ihr Bundesparteivorsitzender solche Aussagen trifft, solange bleiben wohl alle Aussagen und vermeintlichen Handlungen der Freiheitlichen (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn es der Wirtschaft besser geht, geht es den Arbeitnehmern auch besser!“), die vorgeben, sich für den kleinen Mann oder die kleine Frau einzusetzen, solange bleiben derartige Aussagen unglaubwürdig. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wer setzt sich für den kleinen Mann ein?“) Das gebt ihr ja immer vor. Nur, solange ihr solche Handlungen setzt, ist das alles unglaubwürdig und Schall und Rauch. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.10 Uhr. – Abg. Tasch: „Also, Herr Präsident, ich muß schon sagen, das ist allerhand, weil Sie hätten Ihre Fraktion zur Ordnung rufen müssen!“)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke, daß du mich daran erinnerst hast. Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm!

Abg. Ing. Schreiner (20.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es ist schön festzustellen, daß der Landtag zu fortgeschrittener Stunde einen gewissen Unterhaltungswert auch hat. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eure typische Einstellung gegenüber dem Arbeitnehmer. Das findest nur du lustig!“) Frau Abgeordnete Bachmaier, ich habe gesehen bei Ihrem Vortrag, daß Sie selbst schmunzeln haben müssen. Ich glaube, Sie nehmen das nicht ernst, was Sie uns erzählt haben. Es ist einfach ergreifend. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf vielleicht zu den Saisonbetrieben und zu der Problematik der Arbeitslosen etwas sagen. Ich kenne mich nicht so besonders gut im Tourismusbereich aus, aber in der Bauwirtschaft schaut es ein bißchen anders aus, das werden Sie vielleicht nicht wissen. Die Urlaubsansprüche und auch die Abfertigung wird von der Kassa bezahlt. Das ist einmal vollkommen unabhängig davon vom Betrieb, der denjenigen beschäftigt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Jetzt hörts einmal zu, was er sagen will!“ – Abg. Wiedner: „Unterbrecht den Redner nicht ständig!“ – Abg. Kaufmann: „Ihr habt uns keinen Satz fertigreden lassen!“)

Wenn mein Vortrag nicht zu sehr stört, würde ich ganz gerne fortfahren. (Abg. Vollmann: „Fahre fort, fahre fort!“)

Ich hoffe, daß wir nicht irgendwann einmal für die Veranstaltung eine Lustbarkeitsabgabe geben müssen. (Abg. Gennaro: „Seid froh, daß die Arbeitnehmer nicht hören, was ihr da sagt!“)

Wir sind auch im arabischen Raum tätig – die haben eine sehr frauenfeindliche Welt, muß ich dazusagen –, und die Araber sagen folgendes: „Wenn man einen Mann wirklich bestrafen will, dann nimmt man ihm die Arbeit weg!“

Dieser Ausspruch paßt sehr gut zu uns, natürlich geschlechtsneutral. Was wir eigentlich haben wollen, ist letzten Endes, daß die Menschen in unserem Land durch Förderungsmaßnahmen länger im Arbeitsprozeß sind. Und ich glaube nicht, daß dieses Ansinnen ein schlechtes ist. Und ich glaube nicht, daß wir uns das leisten sollten, Polemik zu betreiben über dieses Ansinnen. Das halte ich gegenüber den Mitmenschen in unserem Land für nicht fair.

Wir sollten einmal etwas sehen, wir Abgeordnete, und Sie speziell, Sie sind nicht dazu da, Ihrer Politik zu dienen, Sie sind dazu gewählt worden, um den Menschen in diesem Land zu dienen. Das ist Ihre erste Aufgabe, und dann dürfen Sie (Abg. Günther Prutsch: „Das ist Schulmeisterei!“) SPÖ-Fraktionsangehöriger sein, und sonst gar nichts. (Abg. Herrmann: „Ihr wollt euch die Urlaubsabfindung ersparen!“)

Ich habe versucht, vorher zu erklären, daß die Urlaubsabfindung völlig unabhängig davon ist. Der erworbene Urlaubsanspruch wird von der Kasse ausbezahlt, speziell im Baugeschäft.

Darf ich vielleicht noch etwas dazusagen. Wir machen nicht die Regierungspolitik in diesem Land (Abg. Gennaro: „Gott sei Dank!“), die letzten Endes die Arbeitgeber dazu zwingt, Personal freizusetzen. Seit 25 Jahren ist es eine rote und dann auch noch ein bißchen eine schwarze Politik. Das ist nicht unsere Politik.

Jeder in diesem Lande würde gerne arbeiten. Die Arbeitgeber sind nicht der Feind, die Arbeitnehmer auch nicht, die Politik ist feindlich gesinnt, den Arbeitsplätzen feindlich gesinnt. Das müßten Sie irgendwann einmal beachten. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Appell, den wir Freiheitliche nur an Sie richten können, ist, weg von der Polemik, tun Sie etwas für die Menschen in diesem Land, Sie haben einen Auftrag dazu. (Beifall bei der FPÖ. – 20.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann, dem ich es erteile.

Abg. Vollmann (20.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gewohnheitsmäßig, wenn es um soziale Dinge geht, geht es in diesem Haus ein bißchen heißer her, was nicht heißt, daß das nicht notwendig ist. Nur, manchmal habe ich das Gefühl, da werden Vorschläge unterbreitet, über die man vorher überhaupt nicht nachdenkt. Einer dieser Anträge ist ein solcher Vorschlag.

Meine Damen und Herren, wenn in dem Zusammenhang, lieber Kollege Schreiner, in diesem Land, in dem verantwortungsvolle Sozialpolitik gemacht worden ist, von dir das Wort Polemik verwendet wird, so darf ich schon deinen Oberpolemiker Jörg Haider nennen, denn er ist der Oberpolemiker in diesem Land, und kein anderer, meine Damen und Herren. (Abg. Mag. Bleckmann: „Immer, wenn euch nichts mehr einfällt, ist der Haider schuld!“) Und ich verbitte

mir, diesen Bereich so zu nennen, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wir leben in einer Demokratie, und da wirst du dir gar nichts verbitten! Wir sind hier in einem Landtag, in einem demokratisch gewählten Instrument, da können Sie uns gar nichts verbieten, aber das ist eure Gesinneshaltung! Ihr verbietet das Reden da herinnen. Wo sind wir denn überhaupt?“)

Lieber Kollege Schmid, dir empfehle ich, lieber während der Landtagssitzungen anwesend zu sein, zuzuhören, was die Abgeordneten in diesem Hause beraten, nicht absent zu sein, Tennis spielen zu gehen, allen anderen Bereichen nachzugehen und sich dann einzumischen und von Demokratie zu reden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo ist denn eure ganze Fraktion? Wo sind sie denn?“)

Das, mein lieber Freund, ist keine Demokratie! (Abg. Dr. Flecker: „Michael, du warst den ganzen Tag nicht da!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich war in meinem Büro, ich habe euch bestens zugehört! Leider Gottes! Wo sind denn die vier?“ – Abg. Dr. Flecker: „Du bist jetzt gekommen, weil du jetzt aufgewacht bist!“)

Wenn du fertig bist, dann höre mir zu. Du redest von vieren, ich rede von acht, du bist der neunte. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „In diesem Haus wirst du niemandem das Wort verbieten!“) Aber der Neunte hat bisher nicht festgestellt, daß die anderen acht fast den ganzen Tag anwesend waren, abwechselnd, aber du die meiste Zeit absent, lieber Freund. Das ist die Tatsache! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber wie, lieber Kollege Schmid, könntest du das auch wissen, du warst ja nicht da. So ist es nun einmal. Meine Damen und Herren, Förderungen länger im Arbeitsprozeß. Wie ist denn die Wahrheit wirklich? Es gibt doch eine ganze Menge von Unternehmungen, nicht nur in der Industrie, sondern auch im Gewerbebereich, die die Arbeitnehmer bitte das ganze Jahr durch beschäftigen. Ich nehme einen Handelsbetrieb her, der nach den Weihnachtsfeiertagen den schweren Einbruch durch zwei Monate hindurch zu ertragen hat, bis in den Februar hinein geht gar nichts. Aber die Leute werden durchbeschäftigt, manche nehmen sich Urlaub im Einvernehmen mit dem Dienstgeber und gehen schifahren. Aber das ist die andere Tatsache. Und es wäre daher eine Benachteiligung all jener, die das gleiche Problem zu tragen haben, keinen Saisonbetrieb haben. Dem einen gebe ich Unterstützung, nämlich 50 Prozent des Arbeitslosengeldes, weil der andere weiterarbeitet, und dem anderen gebe ich nichts. Meine Damen und Herren, so kann das doch auch nicht stattfinden.

Also, das Arbeitslosenversicherungsgesetz war schon eine Überlegung, die gemeinsam in diesem Lande gemacht worden ist und die sich die Sozialpartner wohlweislich überlegt haben. Zur Abfertigungs- und Urlaubskasse, lieber Kollege Schreiner. Ja, natürlich, wir verlangen schon seit vielen Jahren eine Urlaubs- und Abfertigungskasse auch für die Bediensteten im Gastgewerbe. Der Zentralsekretär der Gewerkschaft Gastgewerbe, der Kollege Kaske, verlangt seit vielen Jahren bei diesen Verhandlungen immer wieder die Urlaubs- und Abfertigungskasse. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Warum machts ihr denn nicht?“)

Ja, lieber Kollege Schmid, da gehören ja im Endeffekt zwei dazu. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist der Haider dagegen?“) Nein, aber dem Haider ist es bisher nicht eingefallen, eine Urlaubs- und Abfertigungskasse zu fordern, sondern das überläßt er lieber allen anderen, denn er ist ein Wendehals. Er stellt sich nämlich immer hin und beschimpft die anderen, was er alles besser machen würde.

Das Gleiche bei der Grundpension. Da redet er von 8000 Schilling Grundpension, und darüber hinaus soll sich jeder selber versichern, ob er es zahlen kann oder nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, wenn wir das System vor 15 Jahren gehabt hätten, dann wäre es heute besser!“) Aber bitte schön, die Pension für einen Arbeitnehmer in Österreich, Ausgleichszulage beträgt eh schon fast 8000 Schilling. Ja, bitte, was wollen Sie denn? (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Darüber hinaus, liebe Freunde, gibt es auch eine Pensionszahlung. Ich kann mir schon vorstellen, daß euch das fürchterlich aufregt (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieso macht ihr das nicht?“), aber natürlich der Wendehals natürlich alles tun und lassen kann. Er braucht ja auch nichts vollziehen. Ich hoffe, noch lange nicht in diesem Lande. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, warum machts denn die Urlaubskasse nicht, Heinz?“) Lieber Kollege Schmid, weil dein Haider es nicht verlangt hat, daher sind wir nicht in der Lage. („Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Siehst du es, bravo!“) Nein, das ist ja deine Begründung. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Warum macht ihr es nicht?“) Du willst etwas nicht hören, du willst nicht zuhören. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du hast gesagt, ihr fordert es, warum macht ihr es nicht?“ – Abg. Dr. Flecker: „Weil wir einen Koalitionspartner haben!“)

Du willst nicht zuhören. Seit vielen Jahren wird von Kaske, dem ÖGB-Vertreter, diese Urlaubs- und Abfertigungskasse gefordert. Aber dazu braucht man ja Partner.

Denn bisher wird ein Kollektivvertrag und eine Kasse bitte noch immer partnerschaftlich abgeschlossen, und solange diese Partnerschaft gilt, braucht man zur Gesetzwerdung einen Partner, der zustimmt. Den haben wir derzeit auf der Seite der ÖVP noch nicht gefunden. Ich sage das, wie es ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn es so wichtig ist, müßt ihr es machen!“)

Aber vielleicht ist es möglich, andere Partner zu finden bei diesem Beschluß. Ich bin gar nicht so sicher, daß man da abgeneigt wäre, hier einen Beschluß zu finden, er ist nur keine Angelegenheit des Landtages, sondern er ist eine Angelegenheit des Nationalrates. Daher könnt ihr da groß reden, ihr braucht auch nichts zu vollziehen. Das ist das Problem, das ihr zu bewältigen habt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Da könnt ihr euch herausreden!“)

Meine Damen und Herren, der Vergleich mit den Arabern des Kollegen Schreiner spricht Bände für sich. Ich glaube schon, daß man die Österreicher gerne mit den Arabern vergleichen würde. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ah, die Österreicher wollen keine Arbeit haben?“) Sie verdienen nämlich mit den Arabern – nein den Vergleich meine ich, liebe Kollegin – (Abg. Dr. Flecker: „War der Schreiner schon wieder rassistisch?“) denn die Araber, meine Damen und Herren, haben sicherlich andere Voraussetzungen, und in arabischen Ländern, da hast du schon recht, gilt die

Arbeit als etwas ganz besonderes. Nur, sie hat auch eines, dort haben 50 Prozent keine Arbeit, und in Österreich ist es ein kleiner Prozentsatz. Und das, meine Damen und Herren, haben wir wohl schon der verantwortungsvollen Politik dieser Regierung und der verantwortungsvollen Politik, die die Sozialpartner in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, zu verdanken. Und das wollen wir auch in Zukunft haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Gesetze, die brauchbar und vollziehbar sind und die den Menschen dienen, und nicht für Schall und Rauch. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nach diesen temperamentvollen Ausbrüchen liegt keine Wortmeldung mehr vor. Der Herr Haider ist auch nicht da. (Abg. Mag. Erlitz: „Gott sei Dank!“) Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatteres die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gilt das jetzt? Gilt Gegenprobe.

Ist mehrheitlich angenommen.

24. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 73/5, zum Antrag der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Chibidziura und Wiedner, betreffend Arbeitsplatzbeschaffung in der Region Aichfeld.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (20.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich berichte zur Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 73/5 der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dietrich, Peinhaupt, Bleckmann, Vesko, Schreiner, Schinnerl, Chibidziura und Wiedner, betreffend Arbeitsplatzbeschaffung in der Region Aichfeld.

Die Intention dieses Antrages war, die Steiermärkische Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß die vom Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky versprochenen 120 Millionen Schilling zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Aichfeld ehemöglichst der Region zur Verfügung gestellt werden sollten. Mit diesem Geld sollten Industriegründe angekauft werden, um geeignete Strukturen für Industrie und Gewerbeansiedlungen zu schaffen.

In der Stellungnahme des Bundeskanzleramtes, Sektion IV, vom 14. Mai 1997 ist folgendes festgehalten:

Zu den 1995 von Exbundeskanzler Dr. Vranitzky zugesagten 120 Millionen wird festgehalten, daß diese für die Inanspruchnahme laufender Förderungsprogramme auf Basis einer von den Bürgermeister der Region übergebenen Projektliste gegeben wurden.

Geld, also Bundesmittel, haben demnach schon erhalten: die Lehrwerkstätte der ÖBB-Hauptwerkstätte Knittelfeld – insgesamt 1,8 Millionen Schilling, die Lehrwerkstätte Siemens Fohnsdorf – 2,1 Millionen Schilling, die dritte Ausbaustufe des AIZ Zeltweg – 5,4 Millionen Schilling, Innovationsförderung für die Investition der Zellstoff Pöls AG – 44 Millionen Schilling, Innovationsförderung für die Investitionen der NAPIAG Zeltweg – 2,85 Millionen Schilling.

Darüber hinaus sollten noch folgende Projekte gefördert werden: der Hallenausbau für die Landesausstellung und das „Science Center“ am ÖBB-Betriebsgelände Knittelfeld, die Thermalquelle Fohnsdorf, die Fachhochschule für Umweltmanagement in Verbindung mit der Umweltakademie Judenburg.

Die Region Aichfeld ist Ziel-2-Gebiet. Im Rahmen eines EFRE-Unterprogrammes sind 37 Millionen Schilling an Bundesmitteln zur Auszahlung gelangt.

Ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dietrich und Kollegen, betreffend Arbeitsplatzbeschaffung in der Region Aichfeld, wird zur Kenntnis genommen. (20.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin für ihren Bericht. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (20.28 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der heutigen Ausgabe der „Kleinen Zeitung“ können wir lesen „14.000 neue Arbeitsplätze seit 1980 sind nur die halbe Wahrheit, in der Obersteiermark gingen 18.000 verloren, im Süden entstanden 32.000. Arbeitsplatzwunder sparte nur die Obersteiermark aus.“

Eine Tatsache, die wir leider zur Kenntnis nehmen müssen. Die großen verstaatlichten Betriebe haben während der Umstrukturierung viele Arbeitnehmer entlassen. Vielen wurde damit die Existenzgrundlage entzogen. Ein mühevolleres Wiederaufbauen und schwieriges Umstrukturieren belastet die Arbeitnehmer noch immer – ATB, Austria Email, um einige zu nennen. Jahrzehntelang war jeder Arbeitsplatz in der Verstaatlichten eine Sicherheitsgarantie. Große finanzielle Zuwendungen durch die öffentliche Hand verlangsamten die Dynamik der Umstrukturierung, wie sie sich im Süden der Steiermark schon viel früher entwickelt hat. Trotzdem glaube ich, daß wir auf keinen Fall von einer Krisenregion Obersteiermark reden dürfen.

Ich möchte aber auf die letzte Landtagssitzung vom 23. September eingehen, als der Herr Kollege Grabner aus einem Schreiben aus dem Bundeskanzleramt zitierte, in etwa wortgleich mit dem jetzt vorgelesenen Antrag der Freiheitlichen, wo es darum ging, daß Herr Kollege Grabner gesagt hatte, daß etwa zwei Drittel der versprochenen Millionen als Sonderförderungen, die Altbundeskanzler Vranitzky zugesagt habe, bereits eingetroffen seien.

Ich muß leider dazusagen, das stimmt in keiner Weise. Die gegebenen Förderungen kamen auf Grund von EU-Projekten in unsere Region. Das ist der Beitrag

zur Erhaltung der Lehrwerkstätten der ÖBB, aber auch von Siemens. Leider ist keine Sonderförderung eingetroffen, sondern die normale, den Förderungsrichtlinien entsprechende Förderung zwischen dem AMS und dem Land Steiermark. Ähnlich steht es mit dem Hallenausbau. Die Generaldirektion der ÖBB gab eine Zusage für die Halle zur Landesausstellung im Bereich der ÖBB in Knittelfeld. Die Förderung zur Erschließung der Thermalquelle in Fohnsdorf ist ein Antrag auf einen ERP-Stammkredit in einer noch nicht ausverhandelten Situation. AIZ – Ausbaustufe 3, regionale Infrastruktur des Bundes beziehungsweise des Landes. Dahin sind verschiedene Förderungen geflossen, immer im Förderungsprogramm innerhalb der vorgegebenen Richtlinien. Der Wunsch nach der Fachhochschule für Umweltmanagement in Verbindung mit der Umweltakademie in Judenburg ist tatsächlich ein großer. Auch hier ist noch kein Schilling geflossen. Die Innovationsförderungen für die Investition der Zellstoff Pöls AG. beziehungsweise der NAPIAG Zeltweg sind ebenfalls keine Sonderförderungen, sondern ganz normal den Richtlinien entsprechende Förderungsanträge.

Das ist die Problematik, die damit nach außen getragen wird, weil offensichtlich gegebene Versprechungen im Ziel-2-Gebiet nicht eingelöst werden. So hat die SPÖ beim letzten Landtag dem grundsätzlichen Antrag zugestimmt, daß eine zusätzliche Regionalförderung von 120 Millionen Schilling in die Region kommen sollte. Es ist also auch hier das nicht so zu bewerten. (Abg. Schinnerl: „Was stimmt jetzt?“) Alles das, was gefördert wurde, ist im Rahmen der üblichen Richtlinien und im Rahmen der üblichen EU-Förderungen ergangen.

Erwähnen möchte ich noch, daß auch die Frau Landeshauptmann bereits den beim letzten Ausschuß geforderten Brief an den Herrn Bundeskanzler Klima in diese Richtung abgeschickt hat.

Bedauerndswert ist es wirklich für jeden jungen Menschen aus der Region. Wir haben sehr gute berufsbildende und auch allgemeinbildende Schulen in der Region, und es stehen tatsächlich junge Leute in der Region vor dem Problem, daß sie nicht beschäftigt werden können, daß sie auspendeln müssen – Graz oder Wien. Ich bin nicht dagegen, daß auch Lehr- und Wanderjahre eingelegt werden, weil auch Neues, Unbekanntes, Fremdes anspricht und herausfordert und auch in der Persönlichkeitsbildung sehr viel bringt. Ich wünschte mir aber, und wir erhofften uns alle, daß Grundstücke zum Beispiel vom Land reserviert und vorgekauft oder zumindest in Optionen vorgesichert werden. Diese Grundstücke sollten und könnten jungen Menschen, die aus der Welt zurückkommen, zur Verfügung stehen, um darauf eigene Betriebe zu errichten. Diese könnten dann die Möglichkeiten und die Ideen, die sie erworben haben, umsetzen und in der Region Betriebsansiedelungen durchführen, um für junge Schulabgänger, die nicht so flexibel und nicht so wendig sind, Arbeitsplätze zu schaffen.

In dem Sinne wünsche ich uns allen, daß diese 120 Millionen Schilling tatsächlich als zusätzliche Förderungen zu den üblichen Förderungsmaßnahmen in die Region kommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (20.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

In der Regierungsvorlage ist ja ausführlich dargestellt gewesen, wieviel von diesen 120 Millionen in unsere Region gekommen sein sollten.

Die Frau Kollegin Pußwald hat es sehr kritisch beleuchtet, und der Herr Kollege Vollmann hat gerade beim vorletzten Tagesordnungspunkt so sehr von Wahrheit gesprochen. Und ich frage mich jetzt wirklich, wie ist es denn mit der Wahrheit der Sozialdemokraten, wenn sie auf dem Prüfstand steht? Ihr Bürgermeister Kaufmann hat in der letzten Gemeinderatsitzung als Bürgermeister der Stadt Knittelfeld auf die Anfrage eines freiheitlichen Mandatars, wann denn endlich die 120 Millionen kommen, gesagt, eigentlich bin ich froh, daß noch gar kein Geld gekommen ist, daß die 120 Millionen noch nicht hier sind. Wir werden sie nach der Ausstellung dringend benötigen.

Und jetzt frage ich ich schon, Herr Kollege Vollmann, hat die Wahrheit zwei Gesichter, oder ist da doch etwas danebengegangen? Ist die Stellungnahme anders als Ihr Informationsfluß, oder wo liegt das Problem? Aber ich glaube, und da sind wir uns alle einig, unsere Region braucht das Geld dringend, und wir haben keine Zeit für Kinkerlitzchen, wir wollen aber auch nicht für blöd verkauft werden. Wir wollen die Karten auf den Tisch und wollen, daß Versprechen eingehalten werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt eine Studie über das Aichfeld, die lautet: „Das Aichfeld – Dschungel im Jahre 2010.“ Und das ist eine Studie, die eine sehr düstere Prognose aufstellt, sie sagt nämlich, wenn wir so weitertun wie bisher, dann werden im Jahre 2011 rund 25 Prozent der Jugendlichen schon abgewandert sein. Sie haben keinen Arbeitsplatz, sie haben keine Zukunftsperspektive. Und in der DDR hat es schon solche Gebiete gegeben, wo die jungen Menschen abgewandert sind, wo dann die Infrastruktur auf der Strecke geblieben ist, die alten Leute zurückgeblieben sind, der Steuerfluß immer geringer wurde und auch der politische Einfluß in der Region sukzessive abgenommen hat. Ich glaube, diese Studie soll keine Selbsterfüllung finden. Wir sind gefordert, wir politischen Mandatäre, quer über die Fraktionen, und deshalb bitte ich Sie alle, Ihre ganze Kraft einzusetzen, damit dieses versprochene Geld auch in unsere Region kommt, denn wir brauchen es dringend! (Beifall bei der FPÖ. – 20.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (20.38 Uhr): Meine beiden Kolleginnen aus dem Bezirk haben auch dieses Mal wieder versucht, einen Briefwechsel zwischen den Bürgermeistern der Region und dem Bundeskanzler zu interpretieren in ihrem Sinne. Die Frau Kollegin hat den Bürgermeister der Stadt Knittelfeld zitiert. Ich würde Ihnen beiden empfehlen, die Interpretation

dessen, was die Bürgermeister mit dem Bundeskanzler abgesprochen haben und was schriftlich festgelegt wurde, denen zu überlassen, die erstens einmal an den Bundeskanzler herantreten sind, zweitens einmal von seiten des Bundeskanzlers an die Region wiederum geschrieben haben und drittens einmal nunmehr vor Ort die einzigen sind (Abg. Ing. Peinhaupt: „Der Herr Kaufmann hat beim Bundeskanzler die 120 Millionen eingefordert, oder wie ist das jetzt zu verstehen?“), die einzigen sind, die überhaupt beurteilen können, ob in ihre Gemeinden Gelder geflossen sind. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Aber wissen dürfen sie es schon?“)

Natürlich, sie müssen es sogar wissen, lieber Freund, wenn Sie nicht wider besseres Wissen permanent die Unwahrheit trompeten würden, und die wird nicht wahr, auch wenn Sie sie permanent wiederholen.

Am 5. Mai vorigen Jahres, das ist bitte schon fast eineinhalb Jahre her, hat der Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit in Gabelhofen bei einer Pressekonferenz, x-mal hinterfragt von den örtlichen Pressepräsidenten, dann auch Bericht erstattet und dementsprechend auch Ihnen allen zur Kenntnis gebracht, daß damals schon etwa 60 Millionen in die Region geflossen waren. Damals schon – nachgewiesen!

Und da können Sie den Kopf schütteln, wie Sie wollen. Nicht Sie werden beurteilen, ob das Geld nach Pöls geflossen ist, sondern die Pölsler werden uns das sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Nicht Sie werden beurteilen, ob das Geld in die ÖBB-Lehrwerkstätte geflossen ist, sondern die Lehrwerkstättenmanager werden das sagen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Sie haben das gesagt!“)

Nicht du wirst mir sagen, ob die Gelder ins AIZ geflossen sind, sondern das AIZ wird feststellen, jawohl, wir haben die 8 Millionen bekommen. Und niemand anderer als die Empfänger können das beurteilen, meine Damen und Herren! (Abg. Ing. Peinhaupt: „Machen Sie eine Gegenrede gegen Ihre eigene damalige Rede?“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Was haben Sie in der letzten Sitzung gesagt?“)

Nehmen Sie zur Kenntnis, Sie haben nicht zu interpretieren, was der Bundeskanzler damals in seinem Schreiben geschrieben hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aha, und lesen dürfen wir es auch nicht!“) Jawohl, aber dann lesen Sie es genau, dann werden Sie nämlich auch folgendes lesen, Frau Kollegin. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was haben Sie denn in der letzten Sitzung gesagt?“) Genau dasselbe, Frau Kollegin! (Abg. Mag. Bleckmann: „Nein, genau das Gegenteil!“) Genau dasselbe, Frau Kollegin, lesen Sie nach, des Lesens sind Sie ja mächtig, das Protokoll liegt heute schon auf. Lesen Sie nach, das Protokoll liegt Ihnen vor. Wenn Sie des Lesens mächtig sind, dann können Sie auch im Bundeskanzlerbrief nachlesen, dort steht ganz genau drinnen, meine Damen und Herren, und ob Sie das nun hören wollen oder nicht, daß die Förderungsmittel selbstverständlich – und wie denn sonst – auf dem Wege der üblichen Förderungen fließen können. Ja wie denn sonst? Soll der Bundeskanzler mit dem schwarzen Koffer gehen? Da haben wir schon zur Genüge Herren mit schwarzen Koffern gehabt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Porta: „Dann soll er mit dem roten Koffer kommen!“)

Wir brauchen die offizielle ordentliche Abwicklung von Förderungen, so wie sie nämlich zugeordnet worden ist. Das, und nur das hat der Bundeskanzler versprochen. Genau diese Millionen sind geflossen. Genau diese Gelder sind geflossen. Und ob es Ihnen nun paßt oder nicht, meine Damen und Herren, die Menschen in der Region wissen, wo die Gelder sind. Die Menschen in der Region wissen das. In den Betrieben, genau dort. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dein Wort in Gottes Ohr, Ostereisuchen!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Witzig, aber der Bürgermeister sagt, die Gelder sind nicht da, das verstehe ich jetzt nicht! Sagt der Bürgermeister was anderes, oder wie ist es jetzt?“) Liebe Frau Kollegin, ich würde Ihnen empfehlen (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich möchte Aufklärung!“), wenn Sie mir vorher zugehört hätten, dann wüßten Sie schon, was darauf die Antwort ist. Ich würde Ihnen empfehlen, den Bürgermeister nicht zu interpretieren, sondern ich würde Ihnen empfehlen, den Bürgermeister zu befragen, das ist schließlich und endlich mein Kollege. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Er hat es ja selbst gesagt, Ihr Kollege!“) Lieber Freund, wenn Sie den Bürgermeister, das ist ja nicht unüblich bei Ihnen, aus dem Zusammenhang zitieren und komplett einen Halbsatz vielleicht irgendwo heraus zitieren, wenn Sie den Bürgermeister fragen würden – tun Sie es! (Abg. Ing. Peinhaupt: „Haben Sie mit ihm gesprochen?“) Ja, selbstverständlich habe ich mich mit meinem Bürgermeisterkollegen unterhalten. Ja, selbstverständlich habe ich nach dem 23. und nach Ihren permanenten Anwürfen gefragt, sind denn die Gelder geflossen oder nicht? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Da können Sie ja jetzt in Ruhe sagen, wieviel Millionen der 120 Millionen in die Stadtgemeinde Knittelfeld geflossen sind!“) Ja, das habe ich Ihnen ja schon am 23. gesagt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ja, sehen Sie, Sie haben eine Gegenrede gegen sich selbst gehalten!“) Genau das habe ich Ihnen am 23. gesagt.

Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Gelder geflossen sind. Halten wir fest, die Mittel sind geflossen, die Mittel sind genau dort, wo sie hingehören. Die Mittel sind genau aus jenen Töpfen ordnungsgemäß dorthin zitiert worden, wo sie auch benötigt wurden. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, weil der Herr Bürgermeister von Knittelfeld selbstverständlich mit mir gemeinsam bedauert, daß die Frau Minister Gehrler die Möglichkeit, die Mittel fließen zu lassen, unterbunden hat. (Abg. Schinnerl: „Herr Kollege, warum habt ihr denn darin noch einmal die Millionen gefordert?“) Ja, das habe ich Ihnen ja letztes Mal gesagt, wenn Sie mir zugehört hätten, dann wüßten Sie es. Lieber Freund, wir haben das letzte Mal gefordert – (Abg. Schinnerl: „120 Millionen – ja, warum, wenn es eh schon gekommen ist?“) Wir haben außer den 82,7 Millionen eine Differenz – bitte zusammenzählen. (Abg. Schinnerl: „Ihr habt aber 120 Millionen gefordert!“)

Die auf 120 Millionen fehlenden Restbestände (Abg. Schinnerl: „120 Millionen habt ihr vergessen!“) werden selbstverständlich von uns gemeinsam eingefordert. (Beifall bei der SPÖ.)

Und da kannst du den Menschen erzählen, was du willst, das ist Faktum. Wir haben das letzte Mal zu Recht einen Beschußantrag gemeinsam hier beschlossen, indem wir gesagt haben, die noch fehlenden Mil-

tionen auf die 120 haben selbstverständlich noch zu fließen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Eben nicht! Ihr hättet ja nicht unserem Antrag zustimmen müssen, weil wir das gesagt haben. Aber ihr habt einen anderen beschlossen!“) Wir haben diese Debatte am 23. um halb zwölf scheinbar sinnlos geführt, weil Sie haben noch immer nicht begriffen, daß die Mittel geflossen sind, Sie haben noch immer nicht begriffen, daß die Mittel zu 82,7 Millionen bereits geflossen sind, Sie wollen nicht begreifen, daß wir es sind, die nach wie vor sagen, selbstverständlich wollen wir alle jene Projekte auch gefördert haben, daß die 120 Millionen zusammenkommen.

Aber Sie haben auch nicht zur Kenntnis genommen, daß der Bürgermeister Fritz Kaufmann wie ich und wir alle, wie ich hoffe, bedauert, daß die Mittel, die für die Stadt Knittelfeld, für die Halle in der Stadt Knittelfeld vorgesehen waren, nicht fließen können, weil das „Science Center“ nicht von der Ministerin Gehrler nach Knittelfeld zugeordnet wurde, weil sie momentan überhaupt sich außerstande sieht, eine Auslagerung des Technischen Museums vorzunehmen. Das ist die Wahrheit, und nichts anderes. Der Brief der Frau Minister Gehrler, datiert vom 16. Dezember vorigen Jahres, ist vorlegbar. Diese Dinge sind belegbar. (Abg. Mag. Bleckmann: „Bei welcher Partei ist die Ministerin?“) Nicht bei meiner. (Abg. Mag. Bleckmann: „Bei unserer auch nicht.“) Ich mache auch nicht Ihnen den Vorwurf, daß die Mittel nicht geflossen sind.

Ich stelle nur fest, daß hier moniert wird, warum Mittel nicht geflossen sind, und daß selbstverständlich der Bürgermeister Fritz Kaufmann, im selben Sinne wie wir alle, sagt, der Bereich, die Tranche, die nach Knittelfeld hätte fließen müssen, ist nicht zustande gekommen, weil das Projekt abgewürgt wurde.

Dasselbe trifft natürlich zu, mit großem Bedauern, für drei andere Bereiche, wo einfach die Projekte nicht förderungsreif waren, so wie es auch in dem Brief des Bundeskanzleramtes drinnen steht.

Außerdem, wenn die Frau Kollegin Pußwald vorhin gemeint hat, ich habe aus einem Brief des Bundeskanzleramtes zitiert, Frau Kollegin, ich habe auch schon das letzte Mal aus dem Amtsvortrag, der schließlich und endlich vom Landesrat Paierl – (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, dann müssen Sie das auch so sagen, nicht, daß ich aus etwas zitiert habe, was Sie interpretieren. Ich habe auch das letzte Mal schon aus diesem heute vorliegenden Aktenstück, das schließlich und endlich von Ihrem Landesrat in die Regierung eingebracht worden ist, zitiert, und nichts anderes. Und so wie er, so nehme auch ich an, daß wir im Recht gelegen waren, als wir gesagt haben, 82,7 Millionen Schilling sind geflossen, aber den Rest brauchen wir in der Region noch dringend.

Ich bin auch mit Ihnen einer Meinung, daß wir auch und gerade in der Obersteiermark – Sie haben es vorhin zitiert – eine besondere Initiative brauchen. Warum ist das denn so, wie Sie heute aus der Zeitung zitiert haben, daß plötzlich die Arbeitsmarktsituation in der Obersteiermark und in der Untersteiermark so auseinanderklafft? Ja, meine Damen und Herren, denken Sie einmal darüber nach, ob das nicht zusammenhängt mit gewissen Präferenzen, unter denen die Landeswirtschaftsförderung betrieben wird. Ich kann mich noch erinnern, daß die Obersteiermark immer

wieder als diejenige Region – (Abg. Purr: „Jetzt ist es genug!“) Ich kann mich noch erinnern, daß die Obersteiermark als diejenige Region von Ihnen immer gebrandmarkt wurde (Abg. Purr: „Jetzt hör schön langsam auf!“), in die ein Übermaß an Bundesmitteln fließt, und wir haben alle miteinander ganz schön zu tun gehabt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Welches Projekt hat die Wirtschaftsförderung in Knittelfeld abgelehnt?“) Es geht um eine grundsätzliche Präferenz.

Ich unterstelle nicht – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Bringen Sie Projekte, und sie werden gefördert. Sie haben bis jetzt nichts zusammengebracht. Das ist der Punkt!“ – Abg. Vollmann: „Entschuldige bitte, das ist auch etwas, als Wirtschaftslandesrat in der Steiermark zu sagen, ein anderer soll etwas bringen. Das ist deine Aufgabe!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Natürlich, aber ich habe das Thema nicht begonnen!“)

Wir haben im Jahr 1995 die Bürgermeister der maßgeblichen Gemeinden der Region gefragt, welche Projekte sie als noch nicht gefördert benennen könnten, und die haben damals – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Welches Projekt wurde nicht gefördert? Welches?“) jetzt bleibe ich bei der Darstellung, die ich begonnen habe –, auf den Hinweis, daß bei uns alle Projekte immer ausreichend gefördert worden wären, muß ich darauf verweisen, im Oktober 1995 war es innerhalb kurzer Zeit möglich, daß die Bürgermeister sieben Projekte namentlich und mit entsprechenden Projektunterlagen sofort vorgelegt haben (Abg. Peinhaupt: „Das wissen wir schon, das war Aichfeld!“) und diese sieben Projekte als schon seit langem reif, ich denke nur an das AIZ – seit vielen, vielen Jahren sind die gekankert um die Gelder, ich denke an Pöls, ich denke an NAPIAG – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Dort wäre es gut, wenn Sie sich zusammen mit uns an den Bund wenden würden!“)

Ja, der Bund hat dort die entsprechenden Millionen bereits fließen lassen, wie Sie ja dem eigenen Amtsvortrag entnehmen können.

Nehmen wir zur Kenntnis (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich werde Sie auffordern, daß Sie ganz konkret Namen nennen!“), es ist unwahr, es ist unrichtig, daß es in der Obersteiermark niemals Projekte gegeben hätte, die aus Geldmangel nicht zustande gekommen wären. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Geldmangel bei wem?“)

Wir haben im Jahr 1995 deutlich Geldmangel nachzuweisen gehabt und die Projekte wurden eingereicht und wurden beim Bundeskanzler eingereicht (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt wäre es gescheiter, wenn Sie das Pult verlassen würden!“), das sind die 120-Millionen-Projekte, Herr Kollege, und davon sind mittlerweile 82,7 Millionen Schilling geflossen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es wird peinlich!“) Herr Kollege, ich weiß, daß Ihnen das nicht gefällt. Aber Faktum ist, es gab Projekte, die kein Geld bekommen haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Welche?“) Die Projekte sind eingereicht worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Namen!“)

Die sieben Projekte, die im Jahr 1995 eingereicht wurden, sind für mich Beleg genug, daß es in dieser Zeit ausreichend Projekte gab, die keine Geldmittel bekommen haben. Deshalb haben sich auch die Bürgermeister an den Bundeskanzler um Hilfe gewandt, und deshalb hat der Bundeskanzler für diese sieben

Projekte insgesamt 82,7 Millionen Schilling fließen lassen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die kritisieren die Projekte von Ihnen. Sie bekommen morgen die Antwort!“) Die 82,7 Millionen sind eindeutig diesen Projekten zugeordnet. (Abg. Purr: „Grabner, hör auf. Es ist das Beste für dich!“)

Wenn ich heute gesagt habe, und ich bleibe dabei, meine Damen und Herren (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dein Koalitionspartner geniert sich schon für dich!“), in unsere Region sind Mittel geflossen zu jener Zeit (Glockenzeichen des Präsidenten.), in unsere Region sind Mittel geflossen, als es auf Grund einer industriellen Gesinnung in der Bundesregierung Förderungen gab für Aichfeld-Murboden in insgesamt 2-Milliarden-Höhe. Damals haben wir doch noch einigermaßen es geschafft, Arbeitsplätze am Leben zu erhalten, unter anderem über die nachmalig dafür eingerichtete GBI.

Und wir haben uns sehr, sehr gefreut, daß am selben Tag, als wir das letzte Mal hier gestanden sind, um das Thema zu debattieren, wir mitteilen konnten, daß wiederum 1100 Arbeitsplätze gesichert werden konnten über die GBI, über ein Bundesinstrumentarium zur Sicherung und Abfederung von Industriearbeitsplätzen, die bei uns wiederum verlorengegangen wären. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was hat der Bund dazu beigetragen?“)

Ich gehe davon aus, daß der Herr Landesrat Paierl doch auch wissen müßte, daß die GBI eine Bundesgesellschaft ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du meinst Donawitz!“) Ich gehe davon aus, daß der Herr Landesrat Paierl, ob es ihm paßt oder nicht, wissen müßte (Glockenzeichen des Präsidenten.), daß die GBI eine Institution ist, die unsere Industriearbeitsplätze schon mehrmals gesichert hat. Ich weiß, wovon ich spreche, weil ich komme aus der Region, wo Bauknecht schon einmal vor die Hunde gegangen ist als Privatunternehmen und von der GBI aufgefangen wurde. (Beifall bei der SPÖ.) Ich weiß, wovon ich rede, weil schon wiederum ein Privater sich zurückgezogen hat (Abg. Vollmann: „In Krieglach bei uns das Gleiche!“) und nunmehr die GBI einsetzen mußte. 1100 Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, das ist Förderung für unsere Region. Ich habe absolut Verständnis dafür, daß es möglicherweise andere Präferenzen gibt und daß Sie mittlerweile die Investoren bevorzugt in die Südsteiermark holen wollen. Aber bitte, werfen Sie uns dann nicht vor oder lassen Sie von der Frau Kollegin Pußwald uns nicht vorwerfen, daß es bei uns keine Industrieförderung gibt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (20.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Wirbel, in den Sie sich, Herr Kollege Grabner, jetzt geredet haben, und je länger Sie geredet haben, umso größer haben Sie sich in den Wirbel geredet, hat mich bewogen, hier herauszukommen. Ich habe gar nicht die Absicht gehabt, zu diesem Tagesordnungspunkt zu reden. (Abg. Purr: „Hast ja erst zwei Stunden 40 Minuten geredet!“)

Ich möchte für mich als Mitglied dieses Hauses ein paar Dinge klarstellen, Herr Kollege Grabner. Wenn Sie sagen, daß die Bürgermeister in der Region die einzigen sind, die beurteilen können, ob die Gelder geflossen sind oder nicht, dann nehme ich für mich in Anspruch, daß ich mir ebenfalls auf der Grundlage der Unterlagen, die ich habe, ein Urteil gebildet habe und ein Urteil bilden werde.

Und die Briefe des Herrn Bundeskanzlers Vranitzky oder Klima, die sind nicht sakrosankt oder die Heilige Schrift, sondern die sind auch für mich lesbar und interpretierbar, und ich nehme mir das Recht heraus, daß ich sie interpretiere.

Jetzt sage ich Ihnen, wie ich damals, als ich in der Zeitung von diesen 120 Millionen Schilling gelesen habe, das als einfacher Zeitungsleser verstanden habe. Daß in dieser Auseinandersetzung um den Ö-Ring zwischen ÖVP und SPÖ es zwar die Linie der SPÖ ist, den Ö-Ring nicht zu unterstützen, aber als Kompensation dafür 120 Millionen Schilling in die Region fließen. Ich habe das als einfacher Zeitungsleser so verstanden, Herr Kollege Grabner, daß das zusätzliche Mittel sind, daß das nicht Mittel sind, die jetzt auf Grund laufender Förderprogramme ohnehin in Anspruch genommen werden können. So habe ich das verstanden.

Ich gehe davon aus, daß – weil Sie sagen, die Menschen in der Region wissen, wohin die Gelder geflossen sind – wahrscheinlich auch die Zeitungsleserinnen und -leser in der Region das so verstanden haben. Und mein Verständnis dieser Zusage wird ja auch gestützt durch das, was hier in der Regierungsvorlage steht, nämlich daß diese 120 Millionen Schilling für die Inanspruchnahme laufender Förderprogramme ausersehen sind. Auch hier interpretiere ich wieder, wenn ich das lese, daß das eben die laufenden Förderprogramme sind, und kein zusätzliches Geld vorhanden ist.

Und ganz komisch wird es für mich, um es gelinde zu sagen (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Herr Professor, es war schon ein Schreiben da von damals!“), wenn Sie vom Beschlußantrag sprechen, der da hier bei der letzten Sitzung gefaßt wurde. Ich weiß nicht einmal mehr, ob wir mitgestimmt haben oder nicht. Sie haben nämlich so geredet – jetzt heute –, als ob der Beschlußantrag lauten würde auf die auf die 120 Millionen Schilling fehlenden Millionen. Also, ich habe nicht nachschauen können, weil angesichts eines zermürbenden Tages ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Klub schon nach Hause geschickt habe. Aber ich kann mich erinnern, daß das so nicht beschlossen wurde, Herr Kollege Grabner. Und da verstehe ich Sie nicht, da versteigen Sie sich einfach in eine Position, die explizit wahrscheinlich – ich habe nicht nachschauen können – diesem Beschlußantrag widerspricht. Wir haben wahrscheinlich beschlossen, daß die fehlenden 120 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich sage mir dann wieder, da haben offensichtlich die Parteien – und wenn wir mitgestimmt haben, auch wir – nicht gewußt, worüber wir abstimmen, weil Sie offensichtlich gemeint haben, die auf die 120 Millionen Schilling fehlenden Millionen, und die ÖVP und FPÖ wahrscheinlich gemeint haben, die 120 Millionen Schilling, und ich auch gemeint habe, die 120 Millionen Schilling. Ich halte von solchen Vorgängen, von solchen Beschlußanträgen

nichts, wo man der Öffentlichkeit dokumentiert, wir sind da eins über die 120 Millionen Schilling, aber wir wissen im Grunde genommen überhaupt nicht, worüber wir abgestimmt haben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Die wirklich Betroffenen haben es immer so verstanden. Es ist wichtig, daß das Geld fließt!“)

Und es gibt noch eine Spirale in Ihrem Wirbel, Herr Kollege Grabner, wenn Sie dann – ich sage es jetzt einmal so – tatsächlich im Eck stehen, weil es eben so ist, wie es ist, daß es so verstanden werden mußte, „zusätzliche 120 Millionen Schilling“, wenn Sie dann nach dem Grundsatz Angriff ist die beste Verteidigung vorgehen und sagen, Obersteiermark ist nicht Schwerpunkt der steirischen Wirtschaftsförderung, und von der GPI reden, das ist doch nicht das Thema gewesen. Und, Herr Kollege Grabner, Kommunikation ist nie eine Einbahnstraße. Es kommt 100mal am Tag vor, daß der Absender eine Kommunikation, etwas absendet, was beim Empfänger anders ankommt. Ich unterstelle dem Herrn Bundeskanzler Vranitzky gar nicht, daß er da irgendwas erlügen hat. Er hat wahrscheinlich wirklich gemeint, laufende Förderungen, so ist es abgesendet worden von ihm, und bei den Betroffenen ist es angekommen als zusätzliche Förderungen. Und wieso kann man sich nicht hierherstellen und sagen, das ist schlicht und einfach ein Mißverständnis gewesen? Ich glaube, daß das viel gescheiter wäre zu sagen, da hat es eben ein Kommunikationsproblem gegeben, das sich sogar bis zu unserem Beschlußantrag im letzten Landtag durchgesetzt hat, und nicht bitte sich in einen solchen Wirbel hineinzureden, wo man dann anderen die Kompetenz abspricht, irgendwas zu beurteilen (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Für die wirklich Betroffenen ist es wichtig, daß das Geld fließt!“), oder wo man dann einen Beschlußantrag, der wörtlich anders lautet, hier anders zitiert. Ich halte das einfach für nicht sinnvoll und für zweckmäßig und für eine glaubwürdige Politik, Herr Kollege Grabner.

Ich würde gar nicht über Sie herfallen, nochmals, wenn hier einfach herauskäme, das war ein Kommunikationsproblem. Ich habe ständig auch Kommunikationsprobleme innerhalb meiner Partei, außerhalb meiner Partei, das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, es wäre im Sinne glaubwürdiger Politik, sich hierherzustellen und zu sagen, das ist ein Kommunikationsproblem gewesen. Vranitzky hat es anders gemeint, als es angekommen ist. Wichtig wäre, daß man der Bevölkerung einmal sagt, wie es tatsächlich ist, und nicht dauernd diese Hoffnung aufrechterhält, noch dazu durch weitere Landtagsbeschlüsse, daß 120 Millionen Schilling zusätzlich kommen. Faktum ist, daß aus der Sicht des Bundes und des Herrn Bundeskanzlers, das ist der Sukkus, den ich daraus ziehe, nicht zusätzlich 120 Millionen Schilling fließen. Das sollte man der Bevölkerung fairerweise einmal sagen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 21.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (21.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Grabner, ich möchte dir eigentlich behilflich sein, daß du aus diesem Wirrwarr und der

Spirale nach unten, in die du dich hineingeredet hast, wieder herauskommst. Es ist sagenhaft, was du da argumentiert hast. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das wirst du nicht schaffen!“)

Faktum war, daß im Zuge der Landtags- und Nationalratswahl 1995 der Herr Bundeskanzler Vranitzky der Region Judenburg und Knittelfeld, anstatt daß er beim Ö-Ring mithilft, 120 Millionen Schilling außertourlich versprochen hat. Das ist Faktum.

Es tut euch nur wahnsinnig weh, daß diese Ö-Ring-Geschichte so positiv ausgegangen ist. Und jetzt kommt ihr in Argumentationsnotstand, weil natürlich diese 120 Millionen Schilling von den Menschen der Region eingefordert werden. Herr Kollege Grabner, eingefordert werden! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Richtig, von den Betroffenen wurden sie eingefordert, und dort sind sie geflossen!“) Nein, sie sind nicht geflossen, bis heute noch kein einziger Schilling!

Herr Kollege Grabner, wir sitzen ja gemeinsam im EU-Beirat der Nutz-3-Ebene, Ziel-2-Gebiet, Ziel 5, die Kollegin Pußwald, der Kollege Korp und du, und auch der Kollege Peinhaupt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Hans Bacher, hast du mit dem AIZ gesprochen in den letzten Tagen?“) Darf ich das fertig erzählen? In diesem Gremium ist dieser Wunschkatalog, den du vorher gesagt hast, festgelegt worden. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich frage dich, hast du mit dem Ing. Pengg gesprochen in den letzten Tagen?“)

Es wäre ehrlicher, wenn du da herausgingest und sagen würdest, von den 120 Millionen ist bis heute noch kein Schilling für die Region zusätzlich geflossen bitte! (Beifall bei der ÖVP.) Um das geht es ja, bitte!

Wir wollen ja gemeinsam dir und uns helfen, daß wir diese versprochenen 120 Millionen für die Region kriegen. (Beifall bei der ÖVP.) Bitte, wir wollen ja euch unterstützen. Warum tut ihr so, als ob das Geld da wäre? Kein einziger Schilling ist da. Und ich finde es sagenhaft, was da an Argumentation gebracht wird. Ich sage das ganz ehrlich. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Gott sei Dank kommt es nicht darauf an, ob du empfindest, daß das Geld da ist. Hauptsache, es ist in den Betrieben!“) Ich halte auch fest, daß das die Frau Kollegin Pußwald nicht verdient hat, was du hier im Haus gesagt hast. Auch das Land hätte sich nie für die Region eingesetzt. Im Gegenteil! Warum bist du nicht bereit, daß wir gemeinsam an den Bund, an deine Kollegen in Wien, herantreten und sagen, alte Versprechungen sollen eingehalten werden. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht nur vor der Wahl die Versprechen plakatieren! Bitte, Landesrat Gerhard Hirschmann hat für diese Region etwas gemacht, und wir gemeinsam mit den Freiheitlichen, aber ihr habt bis heute noch nicht einmal den Funken des Mutes gezeigt und gesagt, ich bedanke mich bei dir. Im Gegenteil, es wird das Ö-Ring-Projekt nach wie vor madig und schlecht gemacht.

Es wird euch nicht guttun, es wird euch sicher nicht guttun, ganz sicher nicht! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Bleib bei der Wahrheit, und nimm zur Kenntnis, daß wir am 23. einen gemeinsamen Beschlußantrag gefaßt haben, wo wir vom Bund die 120 Millionen einfordern!“)

Wo sind denn die 120 Millionen? Wo sind sie bitte? Ich darf dir was vorlesen. Ein Antwortschreiben vom 14. Mai aus dem Bundeskanzleramt. Da wird grundsätzlich festgehalten, daß diese 120 Millionen oder 80 Millionen, die angeblich geflossen seien, für die Inanspruchnahme laufender Förderungsprogramme auf der Basis einer von den Bürgern aus der Region übergebenen Projektliste gegeben wurden. Laufender Förderungen! Und nicht zusätzlich, bitte. Es hat immer geheißsen, anstatt Ö-Ring 120 Millionen zusätzlich für die Region! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist deine Interpretation!“) Und diese Versprechen wollen wir eingelöst haben! Wir werden so lange davon reden, bis diese 120 Millionen in die Region kommen im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der Arbeitnehmerschaft dieser Region. So kann man sich nicht abschütteln, Kollege Grabner!

Da kannst du argumentieren, was du willst. Da kannst du da heraußen reden, was du willst, Kollege Grabner! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Richtig!“) Ich lese dir den Beschlußantrag vor, bei dem du mitgestimmt hast, betreffend die 120 Millionen Schilling Bundesförderung für die Region Murboden. Der Hohe Landtag möge beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die im Zusammenhang mit dem Österreichring zugesagten 120 Millionen Schilling als Regionalförderung des Bundes für die Region Aichfeld-Murboden zur Verfügung zu stellen. Das hast du mitbeschlossen!

Warum ist es nicht möglich, daß du herausgehst und sagst, helft uns, daß wir zu diesen 120 Millionen Schilling kommen im Interesse deiner Region und des oberen Murtales? Ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 21.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (21.05 Uhr): Ich möchte nur ganz kurz zu einigen Dingen Stellung nehmen.

Herr Kollege Grabner, ich lasse nicht durch mich sagen, ich vertrete da sehr wohl die Region, und ich bin für diese Region ein gewählter Mandatar, so wie Sie, und ich habe auch den Auftrag von der Bevölkerung, für die Region zu sprechen. Da braucht mir niemand zu sagen, ich soll gehen oder ich soll dieses oder jenes sagen. Das sage ich aus mir selber heraus, weil ich meinen Wählern, meiner Bevölkerung in der Region verantwortlich zeichne.

Die Chronologie, die Sie erwähnt haben und die ich ansprechen möchte, stimmt. Wir haben gemeinsam unsere Bürgermeister aus der Region befragt, welche Projekte sie gerne in der EU im Ziel-2-Gebiet hätten. Es haben sich unter anderem diese von Ihnen genannten Projekte herauskristallisiert, und Sie wissen, wie ich es weiß, daß es in der Umsetzung eine Kofinanzierung gibt, daß es die Land- und Bund-Kofinanzierung gibt! Diese Kofinanzierung wäre für diese Projekte ohnedies in der Projektsentwicklung und -weiterführung geflossen. Deshalb sind das keine zusätzlichen Millionen.

Kollege Brünner als großer Psychologe hat geschickt den Ball aufgelegt, Konfliktstrategien angeboten, er hat davon gesprochen, daß der Sender etwas anderes

abgibt als der Empfänger annimmt. Kollege Bacher hat es dann auf den Punkt gebracht, die Meinung der Bevölkerung und unsere Meinung in der Region ist, und das möchten wir hier noch einmal einfordern, daß diese 120 Millionen zusätzlich für wirtschaftliche Entwicklungen aus Bundesgeldern kommen, und nichts anderes! Und darum geht es. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Glauben Sie, daß das die öffentliche Meinung ist, oder ist das die von Ihnen veröffentlichte Meinung?“) Nein, das ist die öffentliche Meinung (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da habe ich meine Bedenken!“), weil, Herr Kollege, der Herr Bundeskanzler hat hier in Graz bei der letzten Wahlveranstaltung genau diesen Punkt versprochen, und das wollen die Leute eingefordert haben. Kommen Sie auf unsere Seite, gehen wir gemeinsam, und holen wir uns diese 120 Millionen für die Region ab. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich darf dann dem Herrn Landesrat Paierl das Wort erteilen.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (21.08 Uhr): Werter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin, weil ich den Kollegen Grabner als Techniker und als Kollegen und als Baudirektor von Knittelfeld seit 20 Jahren in etwa kenne, besonders betroffen. Da möchte ich durchaus meiner differenzierten Position noch gewissen Spielraum geben. Ich habe da Erfahrungen mit dem Kollegen Grabner, die mich heute wirklich aus allen Wolken fallen lassen, daß es gerade Ihnen nicht gelingt, wo Sie doch ein präziser Techniker sind von der Ausbildung her, da hier Briefe zu lesen und Zahlen, die seriös zusammengetragen wurden, so dann interpretieren. Wissen Sie, wenn das sozusagen in einer vulgär-politischen Auseinandersetzung passiert, aber dazu gibt es hier keinen Anlaß mehr, das Ding steht, das wissen Sie. Sie haben selbst, aus einer gewissen Entfernung, zugegebenermaßen, weil Sie sich nicht hingetraut haben, was sicherlich ein Nachteil war und ist für die Zukunft, bitte, gehen Sie hin, schauen Sie sich das an, die wirtschaftlichen Effekte nicht richtig bewerten können, und da glaube ich, ist es durchaus notwendig, einfach einmal in die Zukunft zu schauen. Ihre Projekte, die sieben, die möchte ich bitte namentlich von Ihnen haben. Ich fordere Sie ganz offiziell auf, die namentlich herzugeben. Ich werde selbstverständlich bei der nächsten Sitzung hier im Landtag dazu Auskunft geben, was und wo und warum nicht gekommen ist. Ich weiß nicht, Sie konnten kein einziges hier namentlich nennen, aber ich bestehe darauf, weil gerade diese Auseinandersetzung der Politik insgesamt einen ganz schlechten Dienst erweist. Und daß Sie das so weiter treiben, das tut uns allen wahnsinnig weh, im Hinblick auf eine Entwicklung der Steiermark. Wenn Sie da anfangen, den heutigen Zeitungsartikel wiederum mit der Obersteiermark und der Untersteiermark gegenseitig auszuspielen, seien wir froh, daß die Steiermark insgesamt so eine positive Wirtschafts- und somit auch Arbeitsplatzentwicklung genommen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich noch eines sagen, der Prof. Streissler – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Um der Wahrheit die Ehre zu geben. Diesen Artikel über die Ober-

und Untersteiermark hat die Frau Kollegin zitiert, nicht ich!") Gut, ich habe Sie gehört, und das hat mir gereicht. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wenn die Kollegin die Ober- und Untersteiermark auseinanderdividiert!“ – Abg. Pußwald: „Ich habe zitiert!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Und ich gestatte mir eine Interpretation!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Sie haben doch interpretiert!“) Herr Kollege Grabner, Sie bemühen sich ja, das will ich Ihnen gar nicht absprechen, aber daß Sie jetzt so einen doppelten Salto rückwärts mit tödlichem Ausgang vollziehen, das ist sehr schlimm für Ihre Region, denn gerade Sie müssen ja sehen, daß in Ihrer Region – nicht nur in Knittelfeld, sondern im gesamten Aichfeld, im gesamten Murtalbereich, bis hinauf auch nach Mürzzuschlag – in diesem Sektor sich vieles geändert hat. Und da jetzt herzgehen und wiederum dasselbe Lied anzusingen, wie wir es vor zehn, fünfzehn Jahren gehabt haben, und sagen, nichts geht mehr, und gar nichts geht. Bringen Sie mir die Projekte.

Gott sei Dank gibt es etwa eine NAPIAG, eine NAPIAG, die wir fördern können, die Projekte hat, wie auch die Pölser. Ich hoffe, daß die gemeinsamen Anstrengungen beim AIZ in Zeltweg tatsächlich dazu führen, daß das wächst. Es wächst leider dort am langsamsten. Das müssen wir feststellen, leider. Das sage ich jetzt nicht mit Freude oder Zynismus, leider ist dort zu wenig unternehmerische Aktivität noch da. Da bitte ich Sie, setzen Sie sich ein, daß selbständige, junge oder auch Unternehmen, die im Wachstum sind, etwas investieren, damit das weitergeht, und nicht jene Position einnehmen, die Sie da – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wir sind einer Meinung, daß ein AIZ, so wie es dort existiert, die besten Voraussetzungen für junge Unternehmensansiedelungen bietet. Und daß der Bund dort die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat, ist doch bitte außer Streit!“) Aber bitte, was wollen wir? Das ist im Rahmen von normalen Programmen. Um das geht es ja. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Lesen Sie in dem Brief des Bundeskanzlers – selbstverständlich im Rahmen der normalen Programme. Woher denn sonst?“)

Ja, okay, das ist schon gesagt worden, das hat Brünner gesagt, das hat Bacher gesagt, und das hat Pußwald gesagt, selbstverständlich im Rahmen von normalen Programmen. Da werden wir uns bemühen, wenn Projekte da sind – ich kriege Ihre sieben, und die werden wir bei der nächsten – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sie werden nicht sagen wollen, daß Sie Ihre Wirtschaftsförderung auf außergewöhnlichen Wegen betreiben!“) Das hat niemand behauptet. Das ist der Punkt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Der Bund hat es nie behauptet. Er hat in seinem ersten Brief festgelegt, im Rahmen der normalen Förderungen!“) Und da zitiere ich den Prof. Streissler – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das steht ja im Bund-Land-Vertrag von vier Jahre davor schon drinnen!“) Da müssen wir jetzt wirklich aufpassen, insbesondere Sie in der Region, daß Sie nicht so grobe Fehler begehen, daß Sie dann Schaden für die Region und für die Menschen in dieser Region anrichten.

Prof. Streissler hat richtigerweise am Wochenende in einem Kommentar gesagt, im Zusammenhang mit einigen Diskussionen, die zurzeit jetzt ablaufen, es ist leider eine unglaubliche Politiklüge passiert. Und ich bitte, setzen Sie die nicht vor, sondern

kehren Sie zurück zu einer Politik, gemeinsam auch im Interesse für Ihre Region. (Beifall bei der ÖVP. – 21.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Um das Wort gebeten hat Herr Landesrat Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (21.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich kann mich da nicht zurückhalten. Lieber Kollege Grabner, ich bitte herzlich, ich sage es ganz offen, so einen aufgelegten Unsinn – Sie können nichts dafür, Sie sind denen hineingefallen in Wien –, nur das, was sich der Herr abgegangene Bundeskanzler Vranitzky hier erlaubt hat, ist so etwas von einer wirklich toll-dreisten Unanständigkeit gegenüber diesem Land, wie ich sie, und ich bin jetzt 15, 16, 17 Jahre in dem Geschäft, nie erlebt habe. Herr Abgeordneter, ist jetzt etwas geflossen oder nicht? Sand, Steine, Geld, Tinte oder was ist geflossen? Ich frage Sie ganz offen. Gar nichts ist geflossen! Bitte, das ist doch ganz klar, daß das ein Unsinn der Sonderklasse ist, wenn der uns jetzt laufende Programme anrechnet. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Herr Landesrat, Gott sei Dank ist das unmaßgeblich, was Sie befinden. Das Geld ist geflossen!“)

Am Schluß rechnet er uns noch die Wohnbauförderungen an, die nach Knittelfeld geflossen sind. Ich bitte Sie, Sie können sich ja nicht da herstellen heute und hier und sagen, für die Obersteiermark wird nichts gemacht, aber wir müssen uns jetzt erwehren, daß uns da nicht zuviel Geld über den Semmering hereinfließt. Sagen Sie einmal bitte, in welcher Welt leben Sie?

Und der gute Christian Brünner, der ja wirklich ein emotionsloser Mensch ist, wenn der einmal da herkommt und sagt – Christian, du verzeihst –, als Ökonom sich hierherstellt und sagt, bitte schön, das Geld muß zusätzlich kommen.

Und jetzt sage ich Ihnen eines, Herr Abgeordneter! Ich erinnere mich an den Tag, wo dem Vranitzky hier drüben vor Pensionistinnen an einem harten grauen, rauhen Adventtag eingeflüstert worden ist, sag den armen Weiberln, die da zusammengetrieben wurden von dem Herrn Ferk, dem Wahlkampfleiter, „fürs Brennholz geben wir das Geld aus, aber nicht für den Ö-Ring“. Das waren jene Tage, wo er auch den berühmten Brief geschrieben hat, da hat er es mit der Wahrheit nicht mehr so gehabt oder er hat es sich halt nicht mehr durchgelesen oder nicht hingehört, was ihm seine Einflüsterer eingesagt haben. Und das ist doch das gleiche, was er bei der Pensionsreform gelogen hat, in diesem Falle. Er kann es nicht mehr einhalten, weil der andere da ist, und er kann sich an nichts erinnern, verständlicherweise. Nur, die Wahrheit ist, kein Groschen ist geflossen in diese Steiermark bitte! Und ich verstehe euch in einem nicht, Grabner noch einmal, du kannst dich da nicht herstellen und sagen, es wird nichts gemacht für die Obersteiermark, und dort, wo etwas geschieht, dort seid ihr nicht dabei. Macht nichts, daß ihr da nicht dabei seid. Nur, es kann nicht genug sein.

Jetzt werde ich dir eine andere Geschichte erzählen. Da treffe ich einen Unternehmer aus der Oststeiermark, und der sagt – (Abg. Vollmann: „Also bei weiteren Investitionen für deinen Ö-Ring sind wir auch nicht dabei!“) Wart ein bißchen, Heinz. Na, daß du nicht dabei bist, das macht gar nichts, weil dann geht es schneller und besser in dem Zusammenhang.

Aber bitte schön, ganz konkret. Dann treffe ich einen Unternehmer aus der Obersteiermark, der sagt folgendes – und der Heinz Grabner kennt ihn ganz persönlich –, in Gabelhofen wird jetzt die Therme gebaut. Als Tourismusreferent freue ich mich, sehr geehrter Herr Sowieso, ich nenne den Namen nicht, weil der Arme könnte wegen Hereinfallens auf den Bundeskanzler noch geschädigt sein in seinem Ruf. Er sagt, der Vranitzky hat mir versprochen – Heinz Grabner höre her – 120 Millionen Schilling bekomme ich, wörtlich. Und ich kann dir den Mann bitte jederzeit bringen, du kennst ihn im übrigen ganz gut. Bis heute ist kein Groschen bei dem Herrn eingetroffen für dieses Projekt da oben. Du kennst ihn auch. Wir waren damals, glaube ich, bei derselben Veranstaltung beisammen.

Nächste Geschichte, lieber Heinz, noch einmal, was der Landesrat Paierl sagt, Projekte auf den Tisch legen. Und wir haben das immer gesagt, meine Herren, nicht jammern, daß für die Obersteiermark nichts geschieht, sondern Projekte auf den Tisch, aber andere Projekte! Ich erinnere mich, und die Sozialdemokraten werden es wissen aus der Region. Es gibt gedrucktes Papier von euch: „Science Center.“ Ich habe mir zunächst einmal gedacht, bitte schön, es ist ein bißchen schwierig, das zu übersetzen. Und unten ist dann gestanden, das machen die Sozialisten, auch wieder mit den 120 Millionen, und Hunderttausende Besucher werden Knittelfeld überschweben in dem „Science Center“. Heute höre ich, daß der Heinz Grabner sich beschwert, daß die Frau Ministerin Gehrler schuld ist. Ich habe nie gewußt, daß dort im „Science Center“ ein alter Zug ausgestellt werden soll, nämlich ein Teil des Verkehrsministeriums, das habe ich unter „Science Center“ ehrlich gesagt nicht verstanden. Aber das mag mit mangelnden Englischkenntnissen zusammenhängen, gelt Erlitz? (Abg. Mag. Erlitz: „Ja, das glaube ich auch!“) Hilf ihnen ein bißchen! Nur, das kann es ja nicht sein, daß die Gehrler jetzt schuld ist, daß dieses auch nicht gekommen ist. Bitté das nur als kleiner Auszug.

Nur, dem Herrn Grabner hier auch ins Stammbuch geschrieben, und der Christian hat es schon gesagt, und die Hermine Pufwald mit etwas weniger Emotion. Daß ich mich da herstelle und sage, das sind alles geheime Projekte, die nur die Betroffenen kennen, und Betroffene sind zufälligerweise sozialdemokratische Bürgermeister, ich kann mich an den Tag gut erinnern, wie dann als Folge dieser Adventveranstaltung da drüben mit dem Vranitzky die Bürgermeister da oben gezwungen worden sind, sie müssen über Nacht Projekte hinlegen, die dann gefördert werden. Naja gut, daß man das heute, zwei Jahre später, nicht sagen kann, wer die sind, welche Projekte das sind und wieviel unendliches Geld geflossen ist in dieses Land, das verstehe ich, daß der Heinz Grabner hier etwas schmäht ist. Und in diesem Sinne, wir schließen den Kreis und sagen, Herr Grabner, es kann

nicht – und das gilt auch für Vollmann – genug Geld in die Obersteiermark und in die Steiermark fließen. (Abg. Vollmann: „Bisher machst auch du nur leere Versprechen!“) Und dafür treten wir an, und dafür wollen wir miteinander anpacken, wie es so schön heißt in diesem Lande – und da wirst auch du nicht dagegen sein, Heinz Vollmann. Danke für deine Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

25. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 75/7, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Solidaritätsbeitrag der Kammern zur wirtschaftlichen Rezessionslage.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (21.22 Uhr): Werter Herr Präsident!

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 75/7, zum Antrag der Abgeordneten Peinhaupt, Bleckmann, Chibidziura, Dietrich, Hartinger, Schinnerl, Schreiner, Vesko, Wiedner, betreffend Solidaritätsbeitrag der Kammern zur wirtschaftlichen Rezessionslage.

In diesem Antrag wurden die Kammern aufgefordert, befristet bis Ende 1998 eine Senkung der Kammerumlage um 10 Prozent vorzunehmen. Dazu wurden verschiedene Stellungnahmen eingeholt.

Zuerst vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, betreffend die Arbeiterkammer. Die Stellungnahme lautet folgend:

Da die Höhe der Umlage lediglich nach oben begrenzt ist, kann die Hauptversammlung der Bundesarbeiterkammer die tatsächliche Höhe der Kammerumlage festlegen. Es ist also genügend Flexibilität gegeben.

Die Steiermärkische Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft geben folgende Stellungnahme zu dem Antrag ab:

Die Festsetzung der Kammerumlage und des Kammerbeitrages erfolgt in der Vollversammlung. Der Hebesatz für die Kammerumlage und der Kammerbeitrag sind seit Jahren nominell unverändert und damit reell zurückgegangen. Die Absenkung würde zu einem starken Einnahmefall bei den Kammern führen, und die Absenkung würde weiter zu personellen Reduktionen in den Kammern führen. Deshalb wird die vorgeschlagene Absenkung abgelehnt.

Ergänzend stellt die Rechtsabteilung 8 fest, daß eine Absenkung der Kammerumlage und des Kammerbeitrages zwangsläufig zu Geldforderungen an das Land Steiermark führen würde. Im Budget 1996/97 ist dafür kein Geld vorhanden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 7. Juli 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Peinhaupt und Kollegen, betreffend Solidaritätsbeitrag der Kammern zur wirtschaftlichen Rezessionslage, wird zur Kenntnis genommen. (21.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin für ihren Bericht. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (21.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn es nicht so ernst wäre, ich bin zutiefst betroffen über die Diskussion, die in den letzten Stunden abgeführt wurde. Und ich bin auch sehr betrübt darüber, Herr Präsident, daß ich Ihnen unterstelle, und ich habe viel Verständnis, wenn man mit seiner Partei natürlich mittut, aber wenn man am Präsidentensitz oben sich fast zerkugelt, um das steirisch zu sagen, und einer Kollegin, wenn sie zu einem Thema spricht und einem Satz nur einen Beisatz anfügt, gleich einen Ordnungsruf erteilt und dann da im Hause eine Schreierei zuläßt, ohne einzugreifen, ich will es nicht näher interpretieren, dann stelle ich aber die Objektivität der Präsidentenführung in Frage. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Abgeordneter Gennaro, ich verbiete Ihnen diese Art der Unterstellungen. Das steht Ihnen nicht zu, ich habe von meinem Recht Gebrauch gemacht, für Ordnung zu sorgen, und ich werde mir dieses Recht von Ihnen nicht nehmen lassen! Und zwar dann, wenn es notwendig ist, und nicht dann, wenn Sie in Bedrängnis sind!“) Ich bin sehr froh, Herr Präsident, daß Ihre Worte im Protokoll aufscheinen, und ich danke für Ihr Demokratieverständnis, wenn es Sie trifft. Sie sind nämlich sehr groß im Austeilen, aber sehr schwach im Einstecken. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch etwas, ich wollte mich in der Sache nicht zu Wort melden, aber die Inkonsequenz haben Sie jetzt an den Tag gelegt, und ich habe das Gefühl, daß man da streitet. Ich will mich gar nicht näher äußern auf die Aussagen des Herrn Landesrates Hirschmann. Da kann sich jeder seinen Reim darauf machen, wir kennen ihn. Oft ist es lustig, aber die Situation in der Steiermark, ohne daß man jemanden ausspielen will, und ich will weder – als Gewerkschafter sagē ich das mit vollem Ernst und Überzeugung – die Obersteiermark mit der Südsteiermark, die Oststeiermark mit der Weststeiermark ausspielen, ich freue mich auch nicht über die Situation, wie sie in der Zeitung interpretiert wurde. Ich freue mich aber, daß es trotzdem gelungen ist, entgegen dem österreichischen Trend, daß wir in der Steiermark und sicherlich, das haben wir jetzt bei den Kollektivvertragsverhandlungen gemerkt, daß durch verschiedene Impulse, beginnend, wenn Sie es so haben wollen, von der Bauinitiative bis hin zu Förderungen, für die Steiermark viel erreicht wurde und daß wir aus einer Schlußlichtposition aufwärtsgegangen sind. Aber nach wie vor sprechen Zahlen und Fakten dafür, und ich werde Sie jetzt beide, Herr Landesrat Paierl und Herr Landesrat Hirschmann, beim Wort nehmen und um Unterstützung bitten.

Sie, Herr Landesrat Hirschmann, Sie, du – ich darf ja weiterhin du sagen, es soll ja jetzt nicht so förmlich sein, weil das soll unserer Freundschaft nichts antun, weil Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps –, aber du wirst sicherlich auch noch im Hause die genauen Zahlen, von denen du heute sprichst, darlegen. Ich würde dir nur empfehlen, ich habe das heute nur läuten gehört, daß in den nächsten Tagen in eine sehr unabhängige Zeitschrift – die steht nicht der SPÖ, nicht der Gewerkschaft und keinem nahe – die Tatsachen in der Situation, was den Ö-Ring betrifft, kommen. Ich will mich da nicht auslassen. „Dort ist der Sprit geflossen und das Geld für den Ecclestone“ – dabei will ich es bewenden lassen. Wir werden sicherlich noch einige Male im Hause diskutieren.

Der Bund hat sehr wohl bewiesen, daß man mit 50 Millionen Schilling 1000 Arbeitsplätze retten kann. Und, Herr Landesrat Paierl, ich bitte Sie gleich heute, daß Sie uns mithelfen, daß wir mit der Wirtschaft, daß die Wirtschaft ihr Veto einmal wegnimmt, daß wir Siemens Fohnsdorf retten können, die Leute die überbleiben, daß wir, bitte, Austria Email Knittelfeld, wo in den nächsten Tagen 100 Arbeitsplätze zuviel sind, weil die Leute gekündigt werden sollen, weil der Herr Leonig zwar einsteckt, aber keine Arbeit für die Leute hat, daß Sie uns bitte mithelfen, bei der Krieglacher Rohr eine Lösung zu finden, daß 170 Dienstnehmer nicht auf der Straße stehen. Und wo war das Land im Grundsatz, als die Assmann-Pleite war, da hat der Bund über die GBI die ganze Assmann-Gruppe aufgefangen. Nur, daß das auch einmal klar dargestellt wird.

Ich bedauere, daß man mit Arbeitsplätzen oder mit dem Los einer Arbeitslosigkeit derartige Polemik macht, weil jeder Arbeitslose in Österreich und in der Steiermark – in der Steiermark haben wir rund 34.000, in Österreich sind es noch knapp unter 200.000 –, jeder einzelne ist zuviel, und da habe ich etwas dagegen, wenn man eine billige Polemik macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme gleich jetzt zu dieser Situation, was die Freiheitlichen mit ihrem Antrag erreichen wollten. Das einzige, was ich dem Antrag abgewinnen kann, ist, es ist sicherlich richtig, daß es eine nach wie vor bedrohliche Entwicklung am Arbeitssektor in Österreich gibt und, ich habe es früher gerade angeschnitten, daß wir in der Steiermark noch immer Arbeitslose haben und Probleme zu lösen sind. Nur, so wie immer halt, und das haben die Diskussionen ja schon vorher zum Tagesordnungspunkt 23 gezeigt, sind Ihre vorgeschlagenen Methoden zu einer Problemlösung unausgegoren, polemisch und im Endeffekt völlig verfehlt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Euch tut weh, daß wir auch Ideen haben!“)

Liebe Magda, daß der von euch Freiheitlichen geforderte Reallohnzuwachs durch eine geringere Kammerumlage Arbeitsplatzgarantien darstellen soll, das ist bei einer bestmöglichen Ersparnis – ihr kennt die Prozentsätze, ihr kennt sie wohl, aber ihr wollt es nicht wahrhaben –, das würde sich bewegen bei einer Senkung, sage ich, von rund 2 Schilling bis 20 Schilling. Das kann, glaube ich, nicht einmal von euch selber angenommen und ernstgenommen werden. Ich glaube, da braucht man gar keinen Sommerkurs in Harvard machen, das kann man so auch nachvoll-

ziehen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Klar, daß das ein Gewerkschafter nicht haben will!“)

Der Hinweis, daß die Kammerumlage für durch das Gesetz nicht gedeckte Befragungen verwendet worden ist, stellt – und damit ich mir keinen Ordnungsruf einhole, habe ich mir so ein Fremdwort herausuchen müssen – die größte Chuzpe dieses Antrages dar. Wenn einer nicht weiß, was das ist, ich habe zuerst auch gedacht, wie soll ich es formulieren, das ist so ähnlich, wie wenn einer seine Eltern erschlägt und vor Gericht sagt, bitte habt mit mir Mitleid, ich bitte um Vergebung, ich bin ein Waisenkind. So ähnlich stellt sich das dar.

Aber selbst die Volksbefragung für die Kammer zu verlangen – und die Freiheitlichen waren es, die diese Umfrage verlangt haben – und heute, nachdem 1996 die Mitgliederbefragung bei 67 Prozent mit (Abg. Mag. Bleckmann: „Fragt die Mitglieder wegen der Kammerumlage!“) 90 Prozent für die Kammer sich ausgesprochen haben, dann verstehe ich, daß euch das weh tut, daß ihr das, was ihr wolltet, nicht erreicht habt und ihr ein Debakel erlitten habt, weil euch die Leute da eine andere Antwort gegeben haben. (Abg. Porta: „Die Kammer hat Geld für den Gewerkschaftsbund. Das ist eindeutig von uns aufgedeckt worden!“)

Aufgedeckt, wißt ihr, was ihr aufgedeckt habt? Ihr habt überhaupt nichts aufdecken können, weil ihr seid gar nicht drinnen gewesen, aber jetzt seid ihr drinnen, und ihr seid beim Runternehmen um kein Jota besser als alle anderen. Frage deine Kollegen in der Arbeiterkammer einmal. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man schon redet von Einsparungen, daß die Kammer (Abg. Schinnerl: „Ihr habt keine Ahnung vom Sparen!“), und ich rede nur für die Arbeiterkammer, hört noch ein bißchen zu, ihr könnt sicher noch etwas lernen, ich hoffe, daß die Bauern und alle anderen für ihre Kammern auch noch aufstehen, die Wirtschaft für die Wirtschaftskammer, wenn man sagt, man will 40 Millionen Schilling einsparen im Arbeiterkammerbereich, dann frage ich euch auch, wo wollt ihr das einsparen? Wollt ihr das im Sozialbereich einsparen, in der Wirtschaftspolitik – die Frau Dr. Karisch ist nicht da –, in der Konsumentenpolitik? 61 Prozent der Leistungen machen allein diese drei Positionen aus, und der Rest verteilt sich auf Information, Öffentlichkeitsarbeit, Fachausschüsse, sogar Unterstützungen an die Gewerkschaft, lieber Kollege, Rücklagen und Rückstellungen. Und wenn man das nicht macht, seid ihr die ersten – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zahlt ihr keine Gehälter?“) Gehälter auch, die sind auch schon mit drinnen bei den 39 Prozent, ich will nur nicht die Liste zu lange führen, aber nachrechnen kann man.

Wenn ihr bei der Selbstverwaltung spart, die rund 3 Prozent in der Kammer ausmacht, dann müßt ihr auch sagen, wollt ihr den Kammerräten die Reisekosten oder alles, was gesetzlich angeordnet ist, wegnehmen, wollt ihr die Rücklagen wegnehmen, weil, ich sage noch einmal, dann würdet ihr auch euren freiheitlichen Kollegen die dementsprechenden Zugänge, von denen sie nicht unnötig viel Gebrauch machen, aber sie machen sehr wohl und sehr stark, wenn es notwendig ist, Gebrauch, verwehren?

Ihr müßt auch sagen, ob ihr die Dokumentations- oder Öffentlichkeitsarbeit weg haben wollt, ob ihr für die Betriebsrätefragen, Arbeitsrecht, Sozialversicherungsrecht, die ganzen Informationsbrochüren, die eure Kollegen packelweise mitnehmen, wenn sie hinausgehen, weil sie so gut sind und weil sie es unterstützen. Auch die freiheitlichen Kammerräte würde ich euch von den Freiheitlichen empfehlen einmal zu kontaktieren und mit ihnen zu reden, weil die sagen auch, dieses Neueingeführte, der unentgeltliche Rechtsschutz, der sehr stark in Anspruch genommen wird, muß auch finanziert werden. Wollt ihr das alles aufs Spiel setzen, dann müßt ihr das sagen.

Und es ist richtig, daß die Kammer Vermögen hat, weil das habt ihr auch angeschnitten. Die Kammer hat eine Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule. Die Kammer hat in der Hans-Resel-Gasse ein Haus. Die Kammer hat in den Bezirksstädten, Gott sei Dank, überall in den Bezirksaußenstellen ein Haus, wo die Leute hinkommen. Und ihr braucht euch nur die Rechtsschutzstatistik von der Kammer, da sage ich, jetzt lasse ich die Gewerkschaften weg, anschauen, um wieviel Geld es sich jährlich handelt, was die Kammer mit hereinbringt, dann kriegt ihr eine andere Meinung.

Ich möchte nur daraus den Schluß ziehen, wenn ihr das wollt, dann sollt ihr ehrlicherweise das auch laut und deutlich sagen, was ihr weg haben wollt. Ihr tut immer mit hinterhältigen Methoden die Arbeitnehmerinteressen vorschieben, aber in Wahrheit wollt ihr das nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was sind hinterhältige Methoden?“ – Abg. Mag. Hartinger: „Eine Unterstellung sondergleichen!“)

Ich sage euch nur eines, und dann bin ich schon fertig. Ich fürchte mich gar nicht, im Gegenteil, leider ist es so, daß immer es zu so später Stunde turbulent im Landtag wird. Ich würde mir einmal wünschen, wenn da hinten viele Arbeitnehmer sitzen, wo ihr immer sagt, jetzt müssen wir die Interessen der Arbeitnehmer vertreten anfangen. Der Jörgel Haider hat am 9. August im „Kurier“ gesagt, auf die Frage, was macht er, wenn er Bundeskanzler wäre, was würde er als erster machen, „da gebe ich einem Arbeitslosen sechs Monate Zeit, und wenn er in diesen sechs Monaten nichts findet, dann hat er ein Pech gehabt“. Daraufhin hat der verdutzte Redakteur gefragt „ja, und was ist mit Sozialversicherung, Versicherungspflicht, Pflichtversicherung?“ Da hat er gesagt, da gilt das Gleiche. Wenn sich einer die Versicherung nicht leisten kann, daß er alle Leistungen kriegt, hat er Pech gehabt. Ich könnte ja diese Liste voll aufführen. Das werden wir draußen bei den Betrieben sagen, und dann werdet ihr euch anschauen, wie stark das Engagement ist, wo ihr Arbeitnehmerinteressen vertreten müßt.

Und wir als Gewerkschaftsbund – und auf das bin ich ganz stolz –, wir haben noch in der Öffentlichkeit – (Heiterkeit bei der FPÖ.) Horcht zu, ihr werdet dann nicht mehr lachen. Wir sind noch nie hergegangen und haben bei den Arbeitgebern betteln gehen müssen, daß sie etwas zahlen, damit wir die Arbeitnehmer vertreten können. Das zahlen wir uns Gott sei Dank selber! (Beifall bei der SPÖ. – 21.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (21.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Daß wir zu später Stunde diesen Turbulenzen der Entgleisungen eines gescheiterten Gewerkschafters ausgesetzt sind! Ich melde mich deshalb zu Wort, weil ich es nicht zulassen kann, daß die Intention eines Antrages mit dem einfachen Argument kaputtgemacht wird, daß sich der Herr Gewerkschafter herstellt und sagt, liebe Freunde, schauts her, das Hemd ist mir näher als der Rock! Wobei aber der Rock der Arbeitnehmerbereich ist, den du eigentlich vertreten solltest und nicht polemisieren solltest, so wie ihr es schon einmal praktiziert habt am heutigen Tage. (Abg. Gennaro: „Wenn du deine Bauern so vertreten würdest, wie ich meine Arbeitnehmer, hättest du nicht so viele Probleme!“) Bei dir gibt es das Problem, du vertrittst die Arbeitnehmer körperlich, aber nicht geistig, mit Fußtritten. (Abg. Gross: „Das ist eine Frechheit, was Sie sagen. Nach dem Einsatz bei dem Kollektivvertragsabschluß ist das eine Frechheit, was Sie jetzt gesagt haben, wirklich wahr!“ – Abg. Vollmann: „Ihr müßt einen besseren Kollektivvertrag machen!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Was habts zustandegebracht bei der Pensionsreform? Nichts habts zustandegebracht!“)

Lieber Kurt Gennaro, wenn du sprichst von deiner Art und Weise und deiner Qualität, die Arbeitnehmer zu vertreten, so bitte ich, dich zu entsinnen, was vor einigen Stunden dein Landeshauptmann hier in diesem Haus gesagt hat: Die Wahlen entscheiden! Und ich darf dich auch an die Wählerstromanalyse einer EU-Wahl erinnern, bei der jener Bereich, der von dir zu deiner Stammwählerschaft gezählt wird, eigentlich das gewünschte Vertrauen euch nicht mehr gegeben hat.

Lieber Kurt Gennaro, du hast des weiteren versucht, dich hier zu Wort zu melden, um eine Rechtfertigung dazu zu finden, an den Herrn Landesrat Paierl und an den Landesrat Hirschmann eine Antwort zu geben, um deiner Partei, die ja bei der Diskussion des letzten Tagesordnungspunktes nicht sehr glücklich und auch des vorletzten noch weniger glücklich dreingeschaut hat, wieder ein bißchen Gesicht und Farbe zu verleihen.

Wenn es darum geht, in der Steiermark Möglichkeiten zu finden, die Kammern anzusprechen, als Interessensvertretung einen Solidaritätsbeitrag zu geben, wo du selbst hergegangen bist und damit argumentiert hast, unsere Kammern haben Vermögen, so darf ich dich sehr wohl erinnern, daß du im Jahre 1982, als wir den Rechnungshofbericht 19 bis 21 diskutiert haben, und über die Gebarungs- und Förderungsabwicklung der Kammern in der Steiermark Aufschluß gegeben hast. (Abg. Mag. Bleckmann: „1992!“) 1992, Entschuldigung. Und warum geht der Herr Landesrat Ressel her, wenn es darum geht, einer einstimmigen Entschließung des Landtages Folge zu leisten, den Personalaufwand der Landeslandwirtschaftskammer sicherzustellen auf Basis der Budgetvereinbarung zwischen Rot und Schwarz, und geht her und sagt,

liebe Freunde, ich kann euch das Geld jetzt nicht geben, weil zuerst tun wir einmal prüfen. Prüfen, was ihr wirklich für das Land macht, wo Einsparungspotentiale drinnen sind. Na, aus dem Himmel wird das nicht gegriffen sein. Und der Finanzlandesrat Ressel wird am allerwenigsten hergehen und ein Geld für eine Überprüfung zum Fenster hinausschmeißen. Dahinter steckt eine Absicht. Und daß auch Kammern hergehen können und Solidarität zeigen müssen, nicht gegenüber ihren eigenen Angestellten und Mitgliedern, sondern gegenüber jenen, die Kammerbeiträge zu bezahlen haben.

Nur, wenn ich mir die Vorlage, und ich hoffe, du hast auch noch weitergelesen, lieber Kurt Gennaro, anschau, so geht man klipp und klar her und sagt, als arbeitsplatzsichernde Maßnahme kann das nicht angesehen werden. Aus dem einen Grund, weil wir selbst würden Arbeitsplätze verlieren, wir als Kammer. Und eines sage ich bitte auch in diesem Hause, und das sage ich sehr deutlich, bei der Beurteilung dieser Regierungsvorlage, und das werde ich mir als Abgeordneter dieses Hauses nicht nehmen lassen, auch den Beamten, die diese Regierungsvorlage dem Haus präsentieren, schon ins Stammbuch zu schreiben, daß sie uns nicht zu empfehlen haben, welche Entschließung wir zu treffen haben. Sie haben die Aufgabe und die Pflicht, eine seriöse Beurteilung der Landtagsanträge durchzuführen, aber bevormunden und empfehlen braucht sich, glaube ich, dieses Haus nichts zu lassen. Denn als Abgeordnete sind wir uns sehr wohl unserer Verantwortung bewußt.

Meine Damen und Herren, alleine aus der Erkenntnis, daß in dieser Regierungsvorlage nichts anderes zu finden ist, ja, wir kennen die Probleme auch, aber sparen tun wir nicht bei uns, sondern ganz woanders, ist es selbstverständlich, daß wir die nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 21.42 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung, und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

26. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 277/6, zum Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Pußwald und Dr. Lopatka, betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Annemarie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (21.42 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, sehr verehrte Damen und Herren!

Zur Kenntnis bringen darf ich Ihnen den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 277/6, zum Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Pußwald und Dr. Lopatka, betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen.

Mit diesem unserem Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, bei der zukünftigen Förderung von Tourismuseinrichtungen eine behindertengerechte Mindestausstattung zur Bedingung zu machen.

Dazu berichtet die Regierungsvorlage, daß es für eine behindertengerechte Ausstattung zwar weder bei den Bundes- noch Landesförderungsprogrammen Sonderförderungen gibt, dennoch wurde schon seit vielen Jahren den Intentionen des gegenständlichen Antrages entsprochen und in den jeweiligen aktuellen Förderungsrichtlinien den Investitionen in eine behindertengerechte Ausstattung Schwerpunktcharakter zuerkannt. Leider wurde von diesem großzügigen Förderungsangebot unzureichend Gebrauch gemacht.

Die Zielsetzung des Antrages, über den Weg von Förderungen eine behindertengerechte Mindestausstattung zu erreichen, ist selbstverständlich zu begrüßen.

Im Hinblick auf die vom jeweiligen Unternehmer angestrebte Gästestruktur erscheint es jedoch schwierig, eine Verpflichtung im Sinne des Antrages festzuschreiben.

Vielmehr scheint es zweckmäßiger, die Erfassung und intensive Bewerbung behindertentauglicher Beherbergungsbetriebe vorzunehmen. Bei künftigen Verhandlungen über gemeinsame Bund-Landes-Förderungen wird diesem Gesichtspunkt allerdings noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. (21.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (21.46 Uhr): Meine Damen und Herren, ich darf mich jetzt zu einigen Punkten zu Wort melden. Vieles von dem, was ich zu sagen hätte, habe ich schon in der letzten Landtagssitzung anlässlich der Debatte zum Tourismusbericht vorgebracht. Erlauben Sie mir, obwohl die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist, noch einige kleine Anmerkungen.

Es ist mir wirklich nicht verständlich, daß es keine Möglichkeit geben sollte, bei Förderungsansuchen auf eine behindertengerechte Ausstattung Bedacht zu nehmen. Ich weiß, daß es ja bei Förderungsanträgen verschiedene Auflagen gibt, die eingehalten werden müssen. Es müssen Kanäle gebaut werden, es müssen Parkplätze vorhanden sein. Es gibt so viele Dinge, die Voraussetzung sind, um eine Förderung – egal ob Bundes- oder Landesförderung – zu bekommen. Warum, so frage ich mich, kann es nicht möglich sein, behindertengerechte Ausstattung zu verlangen?

Bürger dieses Landes, die ein Handikap zu tragen haben, nehmen für sich nicht in Anspruch, alles, die ganze Umwelt, niederreißen zu lassen und in ihrem Sinne wieder aufbauen zu lassen. Es geht lediglich darum, daß diese Menschen, die Bürger dieses Landes sind, auch für sich das Recht in Anspruch nehmen wollen, ihren Urlaub, ihre Freizeit dort verbringen zu können, wo sie es gerne möchten. Das tut ja schließlich jeder andere auch. Es kann nicht angehen, daß man Behindertenführer durchblättern muß, um herauszufinden, ob es da oder dort an einem Ort, an dem ich meinen Urlaub gerne verbringen möchte, ein

Hotel, einen Gasthof, eine Pension gibt, in der es möglich ist, zum Beispiel mit einem Rollstuhl hineinzukommen.

Ich möchte Ihnen gerne, um die Forderungen dieser Menschen, die eben mit einem Handikap belastet sind, noch zu unterstreichen, den Text der Verfassungsbestimmung vorlesen, die im Juli dieses Jahres im Nationalrat einstimmig angenommen wurde, und zwar wurden an den Artikel VII Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes folgende Sätze angefügt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik – Bund, Länder und Gemeinden – bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.“ Ich denke, das sind zwei Sätze, die doch alles beinhalten. Es geht nicht darum, daß Menschen mit einem Handikap Privilegien haben wollen. Sie wollen gleich behandelt werden und sein wie nicht behinderte Menschen.

Es ist so, daß es, wenn wir jetzt von Tourismuseinrichtungen sprechen, auch in der Gewerbeordnung einen Passus gibt, daß mit Strafe belegt werden kann, wer Personen allein auf Grund ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung ungerechtfertigt benachteiligt oder sie hindert, Orte zu betreten oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die für den allgemeinen öffentlichen Gebrauch bestimmt sind. Also, ich denke, das sagt alles.

Es hat zum Beispiel in Innsbruck einen Fall gegeben, wo ein Diskothekenbesitzer ein Hausverbot für Rollstuhlfahrer ausgesprochen hat. Dieses Hausverbot mußte er wieder zurücknehmen anhand dieser Bestimmung, und er wurde außerdem mit einer Geldstrafe belegt.

Also, ich denke, es ist nicht so, daß das einfach ungerechtfertigte Forderungen sind.

Wenn ich jetzt noch auf die Bemerkung eingehen darf, daß Unternehmen eine gewisse Gästestruktur anstreben wollen. Ich denke, es bleibt einem Hotelbetreiber, der keine öffentlichen Förderungen anstrebt, zum Beispiel unbenommen, ein Haus zu erbauen, das keine Tür hat und seine angestrebte Gästestruktur nur Freeclimber sind, die also die Hauswand erklettern. Das bleibt ihm vollkommen unbenommen.

Aber ich denke, wenn jemand Förderungen in Anspruch nehmen möchte, und ich spreche da nicht nur von Hoteliers, sondern eben auch von Tourismuseinrichtungen jeglicher Art, wie Schwimmbäder und so weiter, daß diese auch behinderten Gästen zugänglich gemacht werden müssen.

Es ist schon sehr viel passiert, das will ich zugeben. Dieser Aufruf ergeht wirklich nur an jene, die meinen, Behinderte in ihren Mauern nicht gerne sehen zu wollen. Diesen muß ich leider ins Stammbuch schreiben: „Zu dieser Spezies zu gehören, das geht schneller als man glaubt!“ Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brügger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (21.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe vor einiger Zeit Frau Kollegin Wicher angerufen, um sie zu fragen, ob sie mir Tips für Gaststätten in der Stadt Graz geben kann, die behindertengerechte Einrichtungen und behindertengerechte Toilettenanlagen haben, weil ich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis diesbezüglich gefragt worden bin. Ich hoffe und ich wünsche mir, daß eine Zeit, eine Situation kommt, wo eine solche Frage gar nicht mehr gestellt werden muß, weil das an sich selbstverständlich sein sollte.

Die Regierungsvorlage mit den Sätzen, die Frau Kollegin Wicher vorgelesen hat, hat mich, ich gebe Herrn Landesrat Hirschmann zu, nur im stillen Kämmerlein, zu emotionalen Wallungen gebracht, Wallungen, die freilich hier auch den Landtag erreichen, indem ich mich zu Wort melde und einen Beschlußantrag stelle.

Es ist schon das eine, daß Unternehmungen, die öffentliche Gelder nicht in Anspruch nehmen, Entscheidungen treffen, ob sie eine Gästestruktur haben wollen, bei der behinderte Menschen integriert sind. Ich würde mir wünschen, daß das keine Frage sein soll.

Ein anderer Punkt ist aber die Vergabe öffentlicher Geldmittel, Geldmittel, die an bestimmte Zwecke gebunden sind und gebunden sein müssen. Und da kann ich mich schlicht und einfach mit diesen beiden Sätzen, die die Frau Kollegin Wicher vorgelesen hat und die ich nicht wiederholen möchte, nicht abfinden, daß man sagt okay, es sind halt die Förderungen das eine, und ob jetzt Unternehmungen bereit sind, behindertengerechte Einrichtungen zu schaffen, ist das andere.

Wenn ich nunmehr folgenden Beschlußantrag stelle, möchte ich ausdrücklich festhalten, Frau Kollegin Wicher, daß ich mir die Initiative von Ihnen und von Ihren Kolleginnen und Kollegen überhaupt nicht auf meinen Hut heften möchte, aber ich möchte eben eine Schlußfolgerung aus dieser Regierungsvorlage ziehen, im Sinne einer Entschließung dieses Landtages gegenüber der Landesregierung, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund dieses neuen Artikels 7 der Bundes-Verfassung, den Frau Kollegin Wicher zitiert hat, betreffend die Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung von Menschen mit einer Behinderung.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Wabl, Zitz, Gross, Wicher und Vollmann stellen folgenden Beschlußantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, die Staatszielbestimmung der Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung von Menschen mit einer Behinderung in ihrem Kompetenzbereich umzusetzen. Besonderes Augenmerk hat die Landesregierung dabei auf die Förderungsverwaltung zu legen. Bei der Vergabe von Förderungen soll darauf geachtet werden, daß behindertengerechte Strukturen geschaffen werden.

Ich würde mich freuen, wenn auch dieser Beschlußantrag einstimmig beschlossen werden würde, von allen fünf Parteien getragen werden würde, weil ich der Auffassung bin, daß die Frage der Unterstützung von behinderten Menschen in diesem Land nicht eine

parteiliche Angelegenheit sein soll und darf, sondern politische Angelegenheit des gesamten Landtages, und ich bitte nochmals, daß wir das einstimmig verabschieden können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht. Wir kommen nun zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Weiters liegt ein Beschlußantrag des Liberalen Forums, der Grünen, der SPÖ und ÖVP, betreffend die Umsetzung der Staatszielbestimmung zur Nichtdiskriminierung von Menschen mit einer Behinderung, vor. Jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

27. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 334/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Günther Prutsch und Schleich, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Tourismusgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (21.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier geht es um die Novellierung des Steiermärkischen Tourismusgesetzes. Anzumerken ist, daß die Mitgliedsbeiträge von Mitgliedern gemeinnütziger Vereine nicht umsatzsteuerpflichtig sind und daher auch nicht beitragspflichtig nach dem Steiermärkischen Tourismusgesetz sind.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 3. Februar 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Günther Prutsch und Schleich, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Tourismusgesetzes, wird zur Kenntnis genommen. (21.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Berichterstatter für seinen Bericht. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch, dem ich es erteile.

Abg. Tasch (21.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Landesrat!

Ich freue mich, daß ich noch ein bißchen zum steiermärkischen Tourismusgesetz sprechen darf, weil mir gerade das Tourismusgesetz besonders am Herzen liegt. Und ich habe mir heute eines zum Motto gemacht. Ich habe mich da hergestellt, daß ihr mich seht, laut reden tue ich, daß ihr mich versteht, kurz halten tu ich mich, daß mich mögt.

Das steirische Tourismusgesetz wurde ungefähr 30 Jahre verhandelt und es ist über Wegart, über den Landesrat Fuchs, über den Heidinger gegangen, und gelungen ist es dann in gemeinsamer Zusammenarbeit unter der Federführung unserer jetzigen Frau Landeshauptmann, der damaligen Landesrätin für Wirtschaft und Tourismus, Frau Landeshauptmann Klasnic. (Abg. Vollmann: „Mit unserer beider tatkräftiger Mithilfe!“)

Deswegen wollte ich es ja sagen Vollmann. Ihre große Stärke ist, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, und es ist uns gemeinsam gelungen, dieses Tourismusgesetz zu verabschieden. Das Tourismusgesetz ist auch die Grundlage, daß die Steiermark im Tourismus so hervorragend dasteht. Wir sind das einzige Tourismusland, und das wurde vorher erwähnt, das also ein leichtes Plus hat. Ich glaube, wir müssen alles unternehmen, um dieses leichte Plus zu rechtfertigen und auch zu halten. Und da möchte ich dem Landesrat Gerhard Hirschmann besonders danken für seinen großartigen Einsatz für die Leitprojekte. Für Leitprojekte in der Steiermark, die die Öffentlichkeit aufmerksam machen, um in der Steiermark ihren Urlaub zu verbringen. (Abg. Vollmann: „Das hast du heute schon einmal gesagt!“) Und es müssen einfach Leitprojekte sein, weil nur das ist die Möglichkeit, die Steiermark, unser Land, unsere Menschen, unsere Quartiere in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu rücken.

Und mir hat es ganz besonders weh getan, und ich habe erst einer Podiumsdiskussion von Architekten beigewohnt, und jetzt werdet ihr gleich fragen, was haben die Architekten mit dem Tourismus zu tun, da hat ein Architekt gesagt, ich verstehe nicht, warum uns eigentlich die Leute nicht mögen. Und ich habe ihm gesagt, da wird wohl irgendetwas dran sein. Ich frage mich oft, ich verstehe es nicht, warum die Politiker in der Meinung der Bevölkerung vom Beliebtheitsgrad noch kurz vor den Journalisten sind, also auch sehr schlecht dastehen. Das hat mir heute besonders weh getan, das Verhalten unserer Sozialdemokraten, und ich habe dort echte gute Freunde, und ich verstehe eines nicht. Am A-1-Ring beim Formel-1-Rennen, das war ein Erfolg, den sich keiner erwartet hätte. (Abg. Heibl: „Für den Ecclestone!“)

Ich möchte da auch eines erwähnen, was der Gerhard Hirschmann erwähnt hat. Der Prof. Brunner, der mich oft aufreibt mit seinen Wortmeldungen, weil er oft monoton wirkt und wo ich mir oft denke, da schlafen einem die Füße ein, aber der hat die Größe bewiesen, daß er gesagt hat, ich habe mich beim A-1-Ring geirrt. Ich habe also gesehen, da ist wirklich was herausgekommen, da hat eine Region echt gewonnen, und ich bin jetzt positiv für den A-1-Ring eingestellt. Und, liebe Freunde von den Sozialdemokraten, ich frage mich, warum können wir uns nicht gemeinsam über etwas freuen, was gut gelungen ist? Gebt doch endlich zu, daß ihr falsch gelegen seid und den A-1-Ring verteufelt habt. Könnt ihr da nicht einmal sagen, da haben wir uns einfach geirrt? Wir können also nicht sagen, wir machen Altersheime, wir machen Spitäler, wir kaufen denen ein Holz, damit sie etwas zum Einheizen haben. Wenn die Wirtschaft nicht funktioniert, werden wir kein Altersheim und keine Spitäler bauen können. Nur mit einer gesunden Wirtschaft, und da gehören Impulse dazu, kann man einfach diese sozia-

len Sachen erledigen und auch bauen. Ich weiß, daß Spitäler wichtig sind, ich weiß, daß Altersheime wichtig sind, aber nur Arbeit durch die Wirtschaft ermöglicht diese Bauten. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich glaube, daß muß uns endlich einmal klar werden!

Die SPÖ hat einen Antrag gestellt, das Tourismusgesetz zu novellieren und gemeinnützige Vereine, die nur kostendeckend arbeiten und keinen Gewinn erzielen, von den Einrichtungen des Interessentenbeitrages zu befreien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Abgeordnete, ich appelliere an die Sozialisten, doch nicht ein Gesetz über Einnahmen, das wir brauchen wie die Augen im Kopf – und ihr wißt genau, daß die Regionen, daß die Gemeinden, die Mindestbeiträge teilweise um 300 Prozent und darüber erhöhen mußten, um die notwendigen Werbemittel für die Werbung, für den Tourismus bereitstellen zu können.

Und wenn man diese Novellierung nach dem Antrag der Sozialisten durchgehen würde, würden auch der ÖAMTC, der ARBÖ und Reisebüros und Verkaufsstellen, wie Shops, nicht beitragspflichtig sein. Es sind ohnehin gemeinnützige Vereine, die nur kostendeckend arbeiten, von der Umsatzsteuer befreit und zahlen keine Beiträge. Da bin ich der Meinung, daß wir diese Beiträge einfach notwendig brauchen, um touristisch die Werbungswochen durchzuführen, was für alle unsere Betriebe ein Vorteil ist. Und wer aufhört zu werben, der kommt mir vor wie einer, der die Uhr abstellt, um Zeit zu sparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann diesem Antrag nichts abgewinnen, und ich möchte euch alle inständig bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, weil uns einfach für die notwendigen Mittel das Geld fehlt.

Ich glaube eines noch feststellen zu müssen. Wir liegen am touristischen Sektor richtig, und diese klare Voraussetzung, weiterhin für den Tourismus in der Steiermark positive Werbung betreiben zu können, muß das Ziel von uns allen sein.

Ich habe das letzte Mal bereits erwähnt, daß österreichweit 3,2 Prozent Tourismusrückgang 24 Milliarden Schilling Deviseneinnahmengericht bewirkt haben. Daher ist es nicht nur notwendig, in der Steiermark für den Tourismus engagiert zu kämpfen, sondern in ganz Österreich. Und in dem Sinne rufe ich alle auf, weil wir alle vom Tourismus leben, weiterhin alles zu geben und alles zu tun, um den Tourismus in das rechte Licht zu rücken.

Gerhard, in diesem Sinne möchte ich dir herzlich gratulieren für deine Leitprojekte und für deinen großartigen Einsatz.

Eines muß ich auch sagen, Hans Bacher, oft habe ich Murau vergessen, aber mit deiner heutigen Rede werde ich Murau nie mehr vergessen. Glück auf für die Zukunft! (Beifall bei der ÖVP. – 22.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (22.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den Rednern zu den letzten beiden Tagesordnungspunkten. Ich freue mich, daß, was der Kurt Tasch am Schluß gesagt hat, es dem Tourismus gut geht in diesem Lande. Darauf können wir stolz sein, denn es geht überall anders relativ schlecht, leider, muß man sagen, für Österreich. Darunter sind einige Bundesländer, wo das erklärbar ist, in Tirol, in Salzburg und in Kärnten. Aber in einigen anderen Bundesländern, die ja in einer ähnlichen Ausgangssituation sind wie wir selber in der Steiermark, geht es schlechter als bei uns, und das freut uns nicht, daß es denen schlechter geht, aber es freut uns, daß es uns besser geht. Und das ist das Verdienst von vielen Hunderten und Tausenden Menschen, die in der Tourismuswirtschaft in diesem Lande fleißig arbeiten, von vielen Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Lande. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir in den nächsten Jahren für die Steiermark auf dieser Schiene weitere gute exzellente Fortschritte machen werden und daß wir das als ein wirkliches Zukunftsstandbein der steirischen Wirtschaft für das nächste Jahrhundert ausbauen können.

Ich möchte mit Nachdruck, weil das heute auch einige Male sehr emotional ein Thema war, betonen, wie gesagt, das Wichtige ist für uns die Substanz, das sind die Menschen, die dort arbeiten, das ist die schöne Landschaft in unserer Heimat, aber, und ich bin es, ehrlich gesagt, wirklich leid, und ich möchte das für mich, lieber Heinz Vollmann, fast ein letztes Mal hier sagen, neben diesen Grundvoraussetzungen ist es heute sehr wichtig, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Und wir können dort nur bestehen, wenn wir dieses Land Steiermark mit einigen wirklichen Markenzeichen international positionieren können. Ich habe immer hier gesagt, meine Fraktion detto, die Freiheitliche Partei auch, es ist so wichtig, daß wir die Steiermark gemeinsam verkaufen, denn sonst haben wir international keine Chance. Dafür brauchen wir ein paar Aushängeschilder. Und da ist die Sache am A-1-Ring unser bestes Aushängeschild und unbezahlbar. Da sind die Kulturprojekte, wie wir sie gerade im Moment in Graz diskutieren, außerordentlich wichtig, wenngleich nicht von dieser internationalen Strahlkraft. Meine Fraktion, dafür verbürge ich mich, und das möchte ich wirklich an die Adresse der Sozialdemokraten sagen, wird sich nicht dafür hergeben, etwa zu sagen, wenn die Thalia umgebaut wird, was, nach der Rechnung Ressel Ö-Ring, 1,3 Milliarden Schilling kostet, wird meine Fraktion sicher nicht hergehen und sagen, da sind zusätzlich nur drei Arbeitsplätze geschaffen worden, weil wir uns selber nicht für blöd verkaufen. Meine Fraktion wird, wenn es zu einem Kunsthausbau kommt, der, ich weiß es nicht und niemand weiß es heute, 500, 600, 700 Millionen Schilling kostet, reine Investition – Rechnung Ressel – 1,5 Milliarden, 2 Milliarden kosten wird, sicherlich nicht sagen, hier sind zwei Arbeitsplätze geschaffen worden. Wir werden das nicht machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens – Projekt Ressel –, wir stecken in den nächsten Jahren 500, 600, 700 Millionen in den Seilbahnausbau der Holdingbetriebe. Ich werde am

Montag einen Antrag in die Regierung bringen für ein Förderpaket von 300 Millionen für die Privatliftbesitzer in diesem Lande. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Fraktion, dafür verbürge ich mich, wird nicht sagen, mit einer Seilbahninvestition von 300 Millionen Schilling in der Dachstein-Tauern-Region haben wir zusätzlich einen Liftwart beschäftigt. Wir werden uns selber nicht für blöd verkaufen. Ich möchte das wirklich in aller Deutlichkeit sagen, wenn das Miteinander einen Sinn haben soll, dann den, daß wir gemeinsam für dieses Land etwas weiterbringen, und nicht für irgendeine Schmähführerei. Und da bin ich dem Kurt Tasch wirklich dankbar, denn wer ihn kennt, der hat gemerkt, daß ihm das heute zutiefst ernst war. Ihr wißt, ihr tut euch damit nichts Gutes. Die Geschichte am A-1-Ring ist so gut gelaufen, das war ein so selbsttragender Erfolg, daß ich bitte schön mich ja nicht hinstellen kann und mit aller Gewalt nachher etwas kaputtreden muß. Das kann doch nicht der Sinn des Miteinanders sein, sonst sage ich, hören wir auf mit dem Miteinander, weil das ist sicherlich keine Perspektive. Wir brauchen die Energie und die Zeit für positive Dinge, für kreatives Nachdenken und für tatkräftiges Umsetzen. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 22.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (22.12 Uhr): Auch nach einem Landesrat darf man reden, im Haus noch nicht verboten, steht auch nicht in der Geschäftsordnung drinnen.

Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einmal die Frage, gemeinsam freuen. Ich freue mich über jeden Erfolg, der in der Steiermark gelingt, der uns die Arbeitsplätze erhält und der uns an der Spitze erhält. Lieber Kurt Tasch, wir sind mit einem blauen Auge oder sprich sogar mit einem leichten Zuwachs davongekommen im Bereich des Tourismus. Es hat aber auch im heurigen Jahr schon eine Zeit gegeben, wo wir nicht so hoffnungsträchtig waren. Nach dem schlechten Winter, wie er zuerst ausgeschaut hat, und nach den Problemen des Mai, des Juni beziehungsweise des verregneten Juli haben wir schon befürchtet, daß ein Einbruch entsteht. Wir haben großes Glück gehabt, das müssen wir auch zugestehen, mit tüchtigen Menschen in einer Zeit, wo das Wetter so schön war, etwas zu erreichen. Die Leute sind zu uns gekommen, und daher freuen wir uns.

Kollege Hirschmann, das Thema A-1-Ring ist für mich in dieser Frage soweit erledigt, daß wir uns, um für das Land Schaden zu vermeiden, dazu bekannt haben, die Ausfinanzierung des A-1-Ringes durchzuführen und dem zuzustimmen. Da immer wieder das Thema auftritt, ist natürlich die Frage, war es wirklich ein Geschäft? Und du kannst sicher sein, daß wir dich zum gegebenen Zeitpunkt auffordern werden, das finanzielle Geschäft in Zahlen gefaßt dem Steiermärkischen Landtag als Rechnung auf den Tisch zu legen, weil wir wollen ja die Bilanz sehen. Weil, wer etwas hinein tut und einen Abschluß hat, der will ja auch die Bilanz sehen. Und die möchten wir sehen, und die möchten wir dich bitten, dem steirischen Landtag zu präsentieren, in Zahlen gefaßt.

Nur eine florierende Wirtschaft, selbstverständlich, kann ihren Verpflichtungen nachkommen. Wenn die Menschen in diesem Lande etwas verdienen, dann zahlen sie Steuern, Abgaben, Beiträge zur Sozialversicherung, und damit können wir alle Bereiche abdecken. Wenn nichts verdient wird, ist nichts zum Verteilen, dann haben wir Probleme.

Natürlich ist der internationale Wettbewerb einer der wichtigsten Bereiche. Wir müssen auch jeden Tag – jeder steirische Unternehmer und dessen Arbeitnehmer – zeigen, daß wir in diesem internationalen Wettbewerb gut sind, in diesem internationalen Wettbewerb uns bemühen und bewähren müssen. Wenn wir es nicht tun, und hätten wir nicht so tüchtige Unternehmer und so gute Facharbeiter, dann könnten wir es nicht, dann würden unsere Produkte nicht anerkannt werden und nicht verkaufbar sein.

Nur, trotz alledem ist das Schaffen von Arbeitsplätzen einer der wichtigsten Bereiche, denn dort schließt sich, wie du so schön gesagt hast, der Kreislauf, wenn Arbeitsplätze da sind, wenn die Leute Arbeit haben, dann können sie sich was leisten und können sie bezahlen und können auch zu einem A-1-Ring-Rennen gehen und dort die teuren Eintrittspreise zahlen, weil sie sind ja im Endeffekt nicht so wichtig. Und wer nichts verdient, kann auch das nicht. Ich freue mich darüber, daß du heute sagst, daß auch die privaten Liftbesitzer von dir 300 Millionen Schilling an Förderungsbeiträgen, also an Summe, nehme ich an, du verschenkst ja nicht 300 Millionen als Beitrag, sondern ein Förderungsvolumen, nehme ich an, wird das sein, aber das wirst du uns ja noch irgendwann einmal genauer erläutern, weil wir gerade in unserem Bezirk einen sehr tüchtigen privaten Liftbesitzer haben, der für uns eine unbedingte Notwendigkeit ist, weil wir sonst den steirischen Semmering nicht aufrechterhalten könnten und weil er früh genug Schneekanonen gebaut hat, daß er auch Schnee machen kann, und daß er nicht auf den anderen Schnee angewiesen ist, nur die Temperaturen kann er noch nicht machen, das ist das Problem. Aber die steirischen Privatliftbesitzer verdienen sich genauso diese Förderungen, sie beschäftigen auch Arbeitnehmer.

Ich verstehe nur nicht die Konkurrenz zur Holding immer. Die Holding ist eine Landeseinrichtung, bei der das Land Steiermark derzeit noch etwas verdient. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Hoch gefördert!“) Ja, natürlich hoch gefördert, aber es ist ja das Land Steiermark, lieber Kollege bitte, auch der Besitzer. Ja, wer soll denn seinen Unternehmen bitte Geld zuführen? Das ist wie beim Privaten, wer soll seinem Unternehmen Geld zuführen? Der Besitzer! Und daher geht es wahrscheinlich nicht anders. Und um diesen Bereich gesund zu erhalten und wettbewerbsfähig zu erhalten, mußt du dauernd investieren, wie der private Unternehmer, wie du deinen Mitgliedern lehrst in deiner Einrichtung, was sie tun sollen, wie sie reagieren sollen, wenn es gilt, einen Betrieb zu modernisieren.

Meine Damen und Herren, ich stimme mit dir, Kollege Hirschmann, überein, daß wir zeitweise Energie für etwas verbrauchen, die wir sichtlich woanders einsetzen könnten. Aber das gilt auch für dich! Du verbrauchst oft deine Energie auch – ich sage das Wort nicht dazu –, wo es wahrscheinlich besser angelegt

wäre, weil wir die gemeinsame Energie dort einsetzen würden und uns weniger bekriegen würden, dann würde natürlich in den ganzen Bereichen viel herauskommen. Ich glaube auch, daß es in einer Demokratie wichtig ist, verschiedene Ansichten zu haben. Ich weiß jetzt nicht, wen du gemeint hast mit „für blöd verkaufen“. Es will dich keiner für blöd verkaufen, aber ich bitte dich auch, die Leute draußen nicht für blöd zu verkaufen. Denn rechnen kann jeder, und daher werden wir für das, was wir beschließen und irgendwo hineingeben, auch Rechnung legen müssen, unseren Wählern Rechnung legen müssen. Für mich war das Thema A-1-Ring und die damit geschehenen Ereignisse am 17. Dezember 1995 abgeschlossen. Da hat der Wähler entschieden, und diese Wählerentscheidung werden wir im Jahre 2000 wieder vor uns haben. Ich hoffe, er honoriert uns alles, für was wir uns einsetzen.

Lieber Kollege Schreiner, auch deine Fraktion hat sich am 17. Dezember 1995 mehr erhofft, als herausgekommen ist, und der Jubel war gar nicht so groß. (Abg. Schinnerl: „Ihr habt gar nichts gewonnen!“) Nein, wir sind gleichgeblieben, obwohl ihr uns prophezeit habt, wir verlieren drei bis fünf Mandate. Also tun wir da auch nicht herum, meine Damen und Herren. Das ist Vergangenheit, schauen wir in die Zukunft und versuchen wir in der Zukunft, gemeinsam etwas weiterzubringen.

Das ist der Aufruf an alle, das Gemeinsame eher zu suchen, als daß man dem anderen das Bummerl zuschiebt. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 22.19 Uhr.)

Präsident: Am Wort ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (22.19 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es tut mir leid, daß ich euch aufhalten muß. Ich war heute leider lange nicht da. Nur, Heinz Vollmann, das kann ich so im Raum nicht stehen lassen.

Erster Punkt. Bitte genau zuhören! (Abg. Vollmann: „Ich bin bei dir immer aufmerksam!“) Ich habe vorhin gesagt, ich werde einen Antrag in die Landesregierung einbringen, an meinen Kollegen und deinen Parteifreund – wobei man nie weiß bei euch, wie das genau ist – (Abg. Vollmann: „Ich habe nur Freunde!“) Hans-Joachim Ressel, daß wir die Privatlifte in diesem Lande im Ausmaß von 300 Millionen Schilling fördern. Der Tourismusreferent ist ein armer Hund, der hat kein Geld, aber weil der Peter Hohegger den Zwischenruf zu Recht getan hat, wir fördern die Holdingbetriebe in Summe, glaube ich, mit einer Milliarde Schilling. Ich sage dazu basta, ist okay, ist in Ordnung, machen wir. Nur, es ist natürlich eine schwere Benachteiligung der privaten Unternehmer in diesem Lande, und da müssen wir, ausgleichen brauchen wir es nicht, denen ein Signal geben. (Abg. Vollmann: „Ja, ist ein Antrag von uns. Ich freue mich darüber!“) Paßt, Pasta asciutta, ist okay, ist gekauft. Ich freue mich dann, Heinz, wenn du deinem Hans-Joachim, unserem lieben Kollegen, dann auch zur Seite stehst, wenn er seinen Säckel öffnen muß. (Abg. Vollmann: „Das habe ich mir gedacht, daß es nicht um Umverteilung geht!“) Gut, danke dir. Das werden wir dann ja bei der Budgetdebatte besprechen.

Zweiter Punkt, lieber Heinz. Damit wir der Geschichtsfälschung, oder wie soll ich das genau sagen, damit du das verstehst, Heinz. (Abg. Vollmann: „Schreib es mir auf, dann ersparen wir uns viel Zeit!“) Nicht, daß du mir nicht folgen könntest, sondern weil dein Parteisekretariat das anders formuliert. Der 17. Dezember des Jahres 1995 war für uns ein schmerzlicher Tag, gar keine Frage. Aber das hat nichts mit eurer Tüchtigkeit zu tun, sondern mit unserer Dummheit, eine Wahl zusammenzulegen. Und der vorhin von mir schon genannte Brief des Dr. Vranitzky hat soviel Unheil angerichtet in diesem Land. Du, ich könnte mir da und dort hineinschießen. Nur, der Peter Schachner-Blazizek weiß ja bis heute noch nicht, wie er zu diesem unverdienten Glück kommt, und er wird das sein Leben lang nicht fassen. Es sei euch gegönnt. So ist das. (Abg. Vollmann: „Gerhard, 50 Jahre habt ihr euch nicht gefragt, wie ihr zu dem Glück gekommen seid!“) Naja, du Heinz, schau, das ist ja so. Wir halten das ja aus. Und wir werden das dann wieder in einem anderen Anlauf machen. Nur, weil du das gesagt hast, der Wähler hat entschieden. Ich habe das doch bei der letzten Sitzung hier schon mitgeteilt, und da sitzen ja ein paar, die das kennen. Weißt du, wie sich das da oben rund um den Ö-Ring abgespielt hat? Mein Freund Korp, Standesamtsbeamter, der muß hin und wieder die Wahrheit sagen. (Abg. Vollmann: „Du nicht, das ist der Unterschied!“) Paß auf, er braucht deswegen nichts sagen hier und heute, aber er weiß bitte schön, wie sich das oben abgespielt hat. Von Betrieb zu Betrieb sind eure Leute gegangen – Heinz, hör her, ich weiß, du hörst das nicht gerne –, ich wiederhole es heute, es steht schon im Protokoll vom letzten Mal, und haben gesagt, der Ecclestone kommt nie, und ab nächstem Jahr müssen wir 50 Millionen Schilling Pönale zahlen. Und die Leute sind euch auf das hineingefallen. Aber nur einmal im Leben. Weißt du, das geht nur einmal. Und das ist vielleicht der kleine Funken an Gerechtigkeit, den es in der Politik gibt. (Abg. Vollmann: „Ich hoffe es für dich!“)

Dritter Punkt, Heinz. Und das ist mir jetzt wichtig. Du hast mir auch da vorhin nicht zugehört. Wir werden uns nicht hinstellen, ich muß es noch einmal wiederholen, und sagen, der Herr Schachner-Blazizek schafft bei einer Investitions- und Finanzierungssumme bei der Thalia, wo wir keinen Arbeitsplatz mehr schaffen, ich habe mir die Unterlagen genau angeschaut, um 1,3 Milliarden Schilling nur für ein paar Wurstsemmelverkäufer rund um die Columbia irgendetwas. Sondern nein, so sind wir nicht, und das unterscheidet uns, Heinz. (Abg. Vollmann: „Wo sind deine Arbeitsplätze?“)

Und du als alter Katholik – na, wofür bauen wir denn das Kunsthaus, und wofür bauen wir die Thalia um? Nur, kannst du das argumentieren dann oben? Der Grabner Heinz ist leider geflüchtet, zu Recht, ich verstehe das nach seinem heutigen Auftritt hier! Aber bitte schön, wo argumentierst du dann oben bei deinen Leuten, warum wir dort 1,3 Milliarden Schilling hineinstecken, und beim Kunsthaus werden es noch ein bißchen mehr sein? (Abg. Vollmann: „Beim Bauen allein sind die Leute beschäftigt!“) Daß habe ich gemeint. Heinz, denk nach bis zum nächsten Mal. Erlitz, du hast heute hier einen so tollen Auftritt gehabt. Früher habe ich dich immer geschätzt, als jungen,

halbwegs freien Menschen in deiner Partei, heute hast du ja jeden Parteisekretär in den Schatten gestellt, was du heute hier dargelegt hast. Aber das spricht für dich, ihr alle wollt etwas werden. Ein steirisches Glückauf! (Abg. Vollmann: „Gerhard, du mußt es ja wissen, du warst ja Parteisekretär! Nicht einmal ein glücklicher!“ – Beifall bei der ÖVP. – 22.24 Uhr.)

Präsident: Aber jetzt liegt wirklich keine Wortmeldung mehr vor. Daher ersuche ich jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, dies durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Punkt

28. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 575/1, zum Beschluß Nr. 158 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Vorlage eines Regierungsprogrammes für die Wohnversorgung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schinnerl (22.25 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage zum Beschluß Nr. 158 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Vorlage eines Regierungsprogrammes für die Wohnversorgung.

In der 13. Sitzung der XIII. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens für den Rest der Legislaturperiode ein Regierungsprogramm für die Wohnversorgung, einschließlich der Finanzierung eines solchen Programmes, umgehend dem Landtag vorzulegen. In diesem Regierungsprogramm soll darauf Bedacht genommen werden, daß Eigentums- und Mietwohnungen beziehungsweise Mietkaufwohnungen wieder erschwinglich werden und die Wohnbedürfnisse, insbesondere jener junger Menschen und sozial schlechter gestellter Personen, abgedeckt werden, und zweitens dem Landtag jährlich einen Wohnungsbericht vorzulegen, in dem auf jeden Fall auf den Grad und die Probleme der Wohnversorgung sowie auf die Umsetzung des Regierungsprogrammes für die Wohnversorgung einzugehen ist.

Hiezu wird seitens der Rechtsabteilung 14 eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Die Stellungnahme hat jeder bei sich. Ich erspare mir, auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, daß ich über die Stellungnahme weiter berichte.

Als berichtenswert erscheint mir noch: Als finanzierbar wurden jährlich nachstehende Maßnahmen gesehen: a) 2000 Wohneinheiten im Geschoßbau, b) 400 Wohneinheiten für den Wohnbauschek, c) 3000 Eigenheime, d) 500 Eigenheime in der Gruppe, e) 10.000 Wohneinheiten mit kleinen Sanierungsmaßnahmen, f) 1200 Wohneinheiten mit umfassender Sa-

nierung, g) sowie die Gewährung von Wohnbeihilfe für Geschosßbauwohnungen sowie für Wohnungen, die umfassend saniert oder mindestens drei Wohnungen, die mit einer „kleinen Sanierung“ als Baumaßnahme saniert worden sind.

Entsprechende Veränderungen im Rahmen des Bedarfes sind nur unter Berücksichtigung der insgesamt zur Verfügung stehenden Förderungsmittel möglich.

Zu Punkt 2 wird berichtet: Zur Dokumentation der Leistungen im Bereich der Wohnbauförderung wird mit der Regierungsvorlage des Jahresberichtes 1996 der Rechtsabteilung 14, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, zur Kenntnis gebracht, aus welchem die Veränderungen der einzelnen Förderungsarten entsprechend dem Bedarf erkennbar sind. Als Beilage ist noch dabei die Jahresbilanz 1996.

Ich darf auch darauf verweisen, daß das jeder in seinen Händen hat.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 158 des Steiermärkischen Landtages vom 26. November 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Vorlage eines Regierungsprogrammes für die Wohnversorgung, wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung ersucht um Zustimmung beziehungsweise um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (22.29 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich erteile zur Geschäftsordnung dem Herrn Klubobmann Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer (22.29 Uhr): Herr Präsident, ich darf dich bitten, den Landtag auf zehn Minuten zu unterbrechen. Es liegen mehrere Beschlußanträge zum Thema „Startwohnungen und Wohnbau“ vor. Ich hätte mit den Klubobleuten abgesprochen, daß wir uns kurz treffen, um die Möglichkeit zu erörtern, daß wir doch einen gemeinsamen Beschlußantrag in dieser sehr wichtigen Frage einbringen.

Präsident: Ich bedanke mich und unterbreche den Landtag auf zehn Minuten. Meine Damen und Herren, bitte verlassen Sie das Haus nicht. (Unterbrechung der Sitzung von 22.30 bis 22.43 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung noch nicht wieder auf, aber ich ersuche die Klubs, daß sie dafür Sorge tragen, daß wir wieder beschlußfähig werden.

Wenn der gemeinsame Antrag geschrieben ist, wird ihn der Kollege Heibl vortragen, und wir werden dann darüber abstimmen.

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abgeordneten Heibl das Wort.

Abg. Heibl (22.43 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Wir sind uns einig geworden, es gibt einen gemeinsamen Beschlußantrag, die Unterzeichner sind Heibl, Majcen, Schinnerl, Dr. Brünner, Mag. Zitz, betreffend ein Startwohnungsprogramm für Jungfamilien und kofinanziertes Direktförderungsprogramm für moderne Holzheizungen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens über ein entsprechendes Startwohnungsprogramm Jungfamilien vermehrt günstigen beziehungsweise leistbaren Wohnraum anzubieten und zweitens – und hier möchte ich kurz etwas sagen: Die SPÖ-Fraktion wird dem zweiten Punkt heute nicht die Zustimmung geben, und zwar aus folgender Überlegung, weil das Programm, das Herr Landesrat Schmid bereits der Regierung als Entwurf vorgelegt hat, ungefähr 350 Millionen Schilling bereits jetzt kostet. Wir wissen nicht, was wir am Ende noch für Summen brauchen werden. Daher, glauben wir, sollten wir das nur in den Parteienverhandlungen, die ja in Kürze stattfinden, verhandeln. Und das ist eigentlich der einzige Grund, warum wir dem Punkt zwei heute nicht unsere Zustimmung geben werden – , also der Punkt zwei lautet folgendermaßen: in Anlehnung an die bewährte Landesförderung für Fernwärmeanschlüsse ein kofinanziertes Direktförderungsprogramm für moderne Holzheizungen einzurichten. (22.44 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Heibl und komme, da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, zur Abstimmung in folgender Reihenfolge:

Erstens, jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage zustimmen, die bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zur Abstimmung Nr. 2 über den Beschlußantrag aller im Landtag vertretenen Parteien, betreffend ein Startwohnungsprogramm für Jungfamilien.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke!

Ich stelle für diesen Punkt ebenfalls die einstimmige Annahme fest und komme drittens zur Abstimmung über jenen Punkt, der ein Direktförderungsprogramm für moderne Holzheizungen aus Mitteln der Wohnbauförderung befürwortet. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich komme zum Punkt

29. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 109/7, zum Beschluß Nr. 194 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Pußwald, Gross, Schinnerl,

Keshmiri, Dr. Wabl, Beutl, Dr. Reinprecht und Mag. Zitz, betreffend die Fortführung laufender Verhandlungen mit dem Grazer Frauenhaus über einen Finanzierungsvertrag.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (22.46 Uhr): Es handelt sich um die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 109/7, zum Beschluß Nr. 194 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Pußwald, Gross, Schinnerl, Keshmiri, Dr. Wabl, Beutl, Dr. Reinprecht und Mag. Zitz, betreffend die Fortführung laufender Verhandlungen mit dem Grazer Frauenhaus über einen Finanzierungsvertrag.

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 10. Dezember 1996 ist folgender Beschluß gefaßt worden:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Grazer Frauenhaus die laufenden Verhandlungen über einen Finanzierungsvertrag fortzuführen, um die Finanzierung langfristig sicherzustellen und über das Ergebnis dem Landtag zu berichten.

Bereits im Dezember 1996 sind mit dem Trägerverein des Grazer Frauenhauses, dem Verein „Grazer Fraueninitiative“, Verhandlungen über einen langfristigen Finanzierungsvertrag aufgenommen worden.

Anfang April 1997 wurde vom genannten Verein ein Antrag zur Sicherstellung der Finanzierung des Grazer Frauenhauses in Form eines langfristigen Vertrages bei der Rechtsabteilung 9 eingebracht.

Im Antrag wird ausgeführt, daß das Grazer Frauenhaus mit Juli des Jahres 1998 in ein neues, aber noch zu sanierendes und zu adaptierendes Objekt in der Fröhlichgasse in Graz übersiedeln möchte.

Der Anteil des Landes, um den Betrieb 1998 aufrechterhalten zu können, wurde mit 2.809.500 Schilling beziffert. Bei dieser Budgetplanung ging der Verein „Grazer Fraueninitiative“ von der Voraussetzung aus, daß der Umzug mit Juli 1998 erfolgen soll, wobei jedoch sämtliche Sanierungs- und Einrichtungskosten sowie die laufenden Energie- und Betriebskosten für das neue Haus nicht berücksichtigt wurden.

Im Juni dieses Jahres hat eine persönliche Vorsprache bei Frau Landesrätin Dr. Rieder stattgefunden und informiert, daß mit den entsprechenden Sanierungs- und Adaptierungsarbeiten am und im Objekt Fröhlichgasse erst mit Jänner 1998 begonnen werden soll, so daß voraussichtlich im Jahre 1999 mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme zu rechnen ist. Daher hat der Verein um eine entsprechende Modifizierung der Budgetplanung 1998 ersucht und dies im Juni dieses Jahres neu vorgelegt. Der Landesanteil zur Abdeckung des Personal- und Sachaufwandes für die bestehende Einrichtung für 1998 wurde mit 1.900.000 Schilling festgelegt.

Seitens des Ausschusses ersuche ich um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (22.49 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 566/1, über den Landesstraßentausch im Gemeindegebiet Nestelbach bei Graz, Auflassung der Landesstraße L 384, Nestelbachstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,000; Übernahme der Gemeindestraße „Schulstraße“ in einer Länge von 0.700 Kilometer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schuster (22.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorlage, Einl.-Zahl 566/1, der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesstraßentausch im Gemeindegebiet Nestelbach bei Graz.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 30. Juni 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße L 384, Nestelbachstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,000 aufgelassen und nach letztmaliger Instandsetzung der Gemeinde Nestelbach bei Graz übergeben. Gleichzeitig wird die Schulstraße (Gemeindestraße) von der Kreuzung mit der L 305, Schemerlstraße, bis zur Kreuzung mit der L 384, Nestelbachstraße, in einer Länge von 0,700 Kilometer als Landesstraße übernommen. Der Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft.

Ich ersuche um Annahme. (22.51 Uhr.)

Präsident: Danke dem Herrn Berichterstatter. Keine Wortmeldung. Wer zustimmt, den bitte ich um eine Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Punkt

31. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 192/10, zum Beschluß Nr. 249 des Steiermärkischen Landtages vom 11. März 1997 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Tasch, Alfred Prutsch und Ing. Kinsky, betreffend die Anhebung der im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgeschriebenen Einheitswertgrenze zum Ausschluß des Bezuges von Arbeitslosengeld.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (22.51 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 249 des Steiermärkischen Landtages vom 11. März 1997 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Tasch, Alfred Prutsch und Ing. Kinsky, betreffend die Anhebung der im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgeschriebenen Einheitswertgrenze zum Ausschluß des Bezuges von Arbeitslosengeld.

Ich nehme an, daß der Bericht allen bekannt ist, und stelle folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 249 des Steiermärkischen Landtages vom 11. März 1997 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Tasch, Alfred Prutsch und Ing. Kinsky, betreffend die Anhebung der im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgeschriebenen Einheitswertgrenze zum Ausschluß des Bezuges von Arbeitslosengeld, wird zur Kenntnis genommen. (22.52 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (22.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Um endlich eine klare Regelung für den Arbeitslosenbezug von Nebenerwerbslandwirten zu finden, stellen wir folgenden Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Dr. Wabl, Dirnberger, Alfred Prutsch, Dr. Brünner, Ing. Kinsky und Mag. Zitz, betreffend die Anhebung der im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgeschriebenen Einheitswertgrenze von 54.000 Schilling für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilte zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 11. März 1997, betreffend die Anhebung der Einheitswertgrenze für land(forst)wirtschaftliche Betriebe im Arbeitslosenversicherungsgesetz mit, daß die Einheitswertgrenze von 54.000 Schilling einem monatlichen Einkommen von 4838 Schilling entspreche. Dies folge aus den Bestimmungen des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes (BSVG), weshalb die Nebenerwerbsbauern bereits jetzt bessergestellt wären als Dienstnehmer und sonstige Selbständige, für die die Geringfügigkeitsgrenze bei 3740 Schilling monatlich liege.

Diese Begründung muß noch einmal hinterfragt werden, da es gegen diese Interpretation schwerde Bedenken gibt.

Wie die Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Landesstelle Steiermark, in ihrer Stellungnahme zu dem Landtagsbeschluß richtigerweise ausführt, sind für die Ermittlung des relevanten Einkommens nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG) nicht die Bestimmungen des BSVG, sondern die entsprechenden Bestimmungen im AIVG heranzuziehen, worauf Paragraph 36 a AIVG ausdrücklich hinweist. Paragraph 36 a AIVG besagt weiters, daß bei der Ermittlung des Einkommens für land(forst)wirtschaftliche Betriebe nach Paragraph 12 Absatz 6 litera b AIVG (als arbeitslos gilt nur, wer einen Betrieb unter einem Einheitswert von 54.000 Schilling besitzt) die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes (EStG) heranzuziehen sind. Gemäß Paragraph 2 Absatz 1 der zum Paragraph 17 EStG ergangenen Verordnung ist der Gewinn aus nichtbuchführungspflichtigen land(forst)wirtschaftlichen Betrieben mit einem Durchschnittssatz von 31 Prozent des Einheitswertes zu errechnen. Nach der Sonderregelung des Paragraphen 36 a Absatz 4 AIVG sind in diesem Fall die so errechneten Einkünfte um 40 Prozent des Einheitswertes zu erhöhen.

Für einen schuldenfreien Betrieb mit einem Einheitswert von 54.000 Schilling errechnet sich nach dem AIVG in Verbindung mit dem EStG ein Einkommen von monatlich 3195 Schilling (54.000 mal 31 Prozent plus 54.000 mal 40 Prozent ist 38.340 dividiert durch zwölf ist 3195), welches somit unter der Geringfügigkeitsgrenze von 3740 Schilling des AIVG für Arbeitnehmer liegt. Nach dieser vom AIVG vorgegebenen Berechnung würde die Geringfügigkeitsgrenze von 3740 Schilling erst bei einem Einheitswert von 65.000 Schilling überschritten werden.

Es besteht kein Anlaß, von den speziellen, im AIVG getroffenen Bestimmungen für die Berechnung des Einkommens von land(forst)wirtschaftlichen Betrieben auf die Normen des BSVG (Paragraph 140 Absatz 5) auszuweichen, die überdies nur die Ermittlung des Einkommens für die Gewährung einer Ausgleichszulage bei der Pension, und nicht eines Arbeitslosengeldes regeln. Die Richtigkeit dieser Gesetzesauslegung wird auch durch das mit BGBl. Nr. 47/1997 kundgemachte Karezgeldgesetz (KGG) bestätigt. Auch dort wird für die Berechnung des Einkommens für Land(forst)wirte grundsätzlich auf das EStG verwiesen. Nur in einem Ausnahmefall – nämlich für die Berechnung des Einkommens für den Anspruch auf Zuschuß zur Teilzeithilfe – ist das Einkommen nach Paragraph 140 BSVG zu berechnen.

Die vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ins Treffen geführte Berechnung nach dem BSVG könnte also nur dann angewendet werden, wenn das AIVG ausdrücklich auf dieses Gesetz verweist. Das ist jedoch nicht der Fall, weshalb nebenberufliche Landwirte mit der Einheitswertgrenze von 54.000 Schilling und dem davon berechneten Einkommen von 3195 Schilling im Vergleich zur Geringfügigkeitsgrenze bei Arbeitnehmern von 3740 Schilling benachteiligt werden. Diese Einheitswertgrenze müßte auf mindestens 65.000 Schilling angehoben werden, um der Geringfügigkeitsgrenze von 3740 Schilling zu entsprechen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß die in Paragraph 12 Absatz 6 litera b Arbeitslosenversicherungsgesetz genannte Einheitswertgrenze von 54.000 Schilling zumindest auf den Wert von 65.000 Schilling angehoben wird, welcher nach der Einkommensberechnung des Paragraphen 36 a Arbeitslosenversicherungsgesetz der Geringfügigkeitsgrenze von 3740 Schilling für Arbeitnehmer entspricht.

Im Interesse unserer Nebenerwerbsbauern ersuche ich um Zustimmung. (22.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (22.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beide Beschlußanträge, sowohl ÖVP und FPÖ, behandeln einen Fall, zu dem ich ganz kurz sagen möchte, wir haben eine Lösung, uns fehlt nur das Problem dazu.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt keine oder nur 0,0 irgendwas Prozent von Arbeitslosen, die davon betroffen wären.

ÖVP und FPÖ haben diesen Antrag auch in der Landeslandwirtschaftskammer eingebracht, das heißt, sie sind den umgekehrten Weg gegangen, zuerst in die Landwirtschaftskammer und dann in den Landtag. Kollege Riebenbauer ist sogar mit der Forderung zur Landwirtschaftskammer gegangen, der Hohe Landtag wolle beschließen. Und die Landwirtschaftskammer hat dazu eine Meinung abgegeben, die mir in diesem Antrag bei der Beantwortung fehlt. Hier hat die Sozialversicherungsanstalt und das Ministerium für Soziales geantwortet, die Antwort der Landwirtschaftskammer als Interessenvertretung fehlt in dieser Beantwortung. Ich möchte sie hier ganz kurz verlesen: Bei der Beurteilung des Antrages ist allerdings auch auf die Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen zu achten. Wenn ein Nichtlandwirt mehr als die Geringfügigkeitsgrenze, 1997 3740 Schilling, im Vergleich entspricht 54.000 Einheitswert nach dem Bewirtschaftungspauschale einem Einkommen von 4838 Schilling, monatlich verdient, hat er ebenfalls keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld – ein Nichtlandwirt. Außerdem erlangt in der Realität die 54.000-Schilling-Grenze wenig Bedeutung, da es hier rechtlich auf die Betriebsführung ankommt. Wenn also beispielsweise der Ehegatte des Arbeitslosen die sozialversicherungsrechtlich relevante Betriebsführung inne hat, so verliert der Nebenerwerbslandwirt nicht den Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung. Das heißt, wenn die Frau Betriebsführer ist, in dem Fall, wenn der Mann ein außerlandwirtschaftliches Einkommen verdient und die Frau als Betriebsführer gemeldet ist, wie es ja auch sinnvoll wäre und sinnvoll ist, dann verliert der Mann nicht die Arbeitslose. Grundsätzlich habe ich nichts gegen die ÖVP-Forderung auf Anhebung der Einheitswertgrenze von 54.000 auf 65.000 Schilling, wenn sie auch nur einer Handvoll Betroffenen nützt. Ich hätte mir nur sehr gerne gewünscht, daß Sie von der ÖVP die gleiche Energie, wie Sie in dem Fall die Anhebung der Einheitswertgrenze fordern, auch bei den Vorschlägen zur Reform der Sozialversicherungsanstalt der Bauern aufgebracht hätten. Sowohl bei der Aufhebung der Angehörigensubsidarität in der KV als auch bei der generellen Aufhebung der Subsidarität gilt die Versicherungsgrenze von einem Einheitswert von 20.000 Schilling.

Wo waren hier die Stimmen der ÖVP? Wäre es nicht genau hier notwendig gewesen, so wie im ASVG, die Mindestbeitragsgrundlage von 3.740 Schilling einzuführen? Und das wären nach den Berechnungen der Sozialversicherungsanstalt der Bauern in Ihrem Antrag 65.000 Schilling Einheitswert. Die neue Regelung heißt 20.000 Schilling Einheitswert für die Aufhebung der Subsidarität. Das heißt, die Frauen können nicht mehr mitversichert sein. Wir SPÖ-Bauern haben das vehement gefordert, denn 20.000 Schilling Einheitswert entspricht in etwa einem Einkommen von 1500 Schilling im Monat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 82.000 Bäuerinnen und Bauern sind von dieser neuen Regelung in der Sozialversicherung betroffen – 82.000.

Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern – (Abg. Riebenbauer: „Vor zehn Jahren hat der Kollege Zellnig das schon verlangt!“) du kannst dich gerne noch einmal melden – holt sich Geld von den kleinsten Bauern, bis zum Jahr 2004 700 Millionen, bis zum nächsten Jahr 250 Millionen. 250 Millionen Schilling, davon braucht zum Beispiel Kärnten für den Neubau einer Sozialversicherungsanstalt der Bauern 70 Millionen Schilling. Und das ist alles nachlesbar im Budget der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. 250 Millionen holt man sich in einem Jahr von den kleinsten Bauern, 70 Millionen braucht man dafür, um wieder einen Versicherungspalast hinzubauen. Hier wäre Ihr Einsatz gerechtfertigt gewesen, für 82.000 Betroffene.

Den FPÖ-Antrag unterstützen wir, weil er der weiterführende ist. Die Forderung nach Berechnungen auf Basis des tatsächlichen landwirtschaftlichen Einkommens heißt im Klartext weg von der Pauschalierung, einer Pauschalierung, die nur den Großen schützt und nützt, und hier habe ich auch die Unterstützung meiner gesamten Fraktion.

Ich habe hier von dieser Stelle vor einigen Wochen dich, Herr Landesrat Pörtl, gebeten, eine Studie in Auftrag zu geben. Bis jetzt habe ich keine Antwort dazu bekommen. Wir Bauern haben genug von fiktiven Zahlen, von Versicherungswerten, von geschätzten Zahlen, wo man immer nur abhängig ist von jenen oder von demjenigen, der gerade schätzt, und von seinem Gutwill oder dem Gegenteil.

Ich wiederhole diese Bitte und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Pörtl: „Dem Sozialminister kannst das auch alles mitteilen!“) Herr Landesrat, das ist ungerechtfertigt, weil die Forderung des Sozialministeriums an die ÖVP ist ergangen, 250 Millionen sind an Eigenmitteln einzusparen. Die ÖVP soll Vorschläge bringen. Das sind die Vorschläge der ÖVP. (23.04 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (23.04 Uhr): Ich danke für dieses hoffentlich verdiente Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich spüre den Tumult ausbrechen auf Grund der Wortmeldung der Monika Kaufmann, aber sie hat etwas sehr Richtiges gesagt. Sie hat gesagt, selbstverständlich muß darauf Bedacht genommen werden, in rechtsstaatlichen Demokratien, daß der Gleichheitsgrundsatz gewahrt bleibt. Dafür stehen auch wir. Aber wir stehen auch dafür, daß man – und das hat Monika Kaufmann auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht – endlich einmal weggelassen wird ein Bemessungssystem für die Bauern, an denen andere verdienen, als es die Bauern sind. Das ist nämlich die Einheitswertbemessung. Der Einheitswert, meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen jetzt einen Sachvortrag halten, ist ein Produktionswert, und Sie werden doch auf Grund einschlägiger Berichte, Fakten und Zahlen die landwirtschaftliche Produktion des Jahres 1990 nicht mit der des Jahres 1997 oder geschweige denn des Jahres 2000, wenn ich an die „Agenda“ denke, festsetzen wollen. Wir haben uns

ernstlich darüber Gedanken gemacht, nicht zuletzt aus dem Grund, weil man immer wieder den Einheitswert hernimmt und im Träger des Sozialversicherungsverbandes versucht, seinen Beitrag auf dem Rücken des Bauern für das Sparkpaket zu erzielen.

Ich sage Ihnen nur zwei Beispiele: Zuerst hat es geheißen, wir müssen 250 Millionen Schilling einsparen. Was hat man gemacht? Die Einheitswertgrenze zur Pensionsversicherungspflicht von 33.000 auf 20.000 Schilling herabgesetzt. Wen hat man damit getroffen? Den Kleinen. Man hat damit 272 Millionen Schilling lukriert. Was hat man im Folgejahr gemacht? Man ist hergegangen und hat gesagt, „liebe Freunde, der Bund kann nicht mehr, wir müssen von 12,5 auf 13,5 Prozent aufstocken.“ Das hat wiederum 250 Millionen Schilling gekostet.

Und jetzt geht man eiskalt her und sagt, man braucht nur einen halben Prozent aufstocken, aber dafür kostet euch die Betriebshilfe nichts.

Ich meine, das ist alles eine Augenauswischerei, im Endeffekt zahlt immer wieder der Bauer, ohne daß erfaßt wird, was er tatsächlich bekommt.

Aus diesem Grunde halte ich – und das hat Monika Kaufmann eindrucksvoll bestätigt – den freiheitlichen Beschlußantrag, den ich Ihnen zur Kenntnis bringen werde, als den wesentlich weiter gehenden als den der ÖVP, denn ich nehme eines an, daß sich hinter dem ÖVP-Antrag nichts anderes verbirgt wie der Versuch einer kurzzeitigen Verschiebung des Problems. Das Problem nämlich, das es gilt zu lösen, das wird uns bald eingeholt haben.

Aus diesem Grunde darf ich Ihnen den freiheitlichen Beschlußantrag zur Kenntnis bringen, gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend die soziale Gleichbehandlung der Bauern.

Begründung: Auf Grund der Tatsache, daß die Steiermark als das Agrarland mit typisch kleinstrukturierten bäuerlichen Betrieben (80 Prozent der Betriebe haben unter 20 Hektar) einen Nebenerwerbsanteil von alarmierenden 70 Prozent – mittlerweile schon mehr – aufweist, ist es erforderlich, soziale Ungleichstellungen auszuräumen.

So ist derzeit ein Nebenerwerbslandwirt mit einem Einheitswert von mehr als 54.000 Schilling, das sind zirka 5 Hektar, verpflichtet, Arbeitslosenbeiträge in der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit abzuführen, ist aber nicht berechtigt, im Falle des Verlustes seines Arbeitsplatzes Arbeitslosenbeiträge zu beziehen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen Rechnung tragende Regelung auf Basis des tatsächlichen landwirtschaftlichen Einkommens je Familienarbeitskraft gefunden wird.

Im Sinne der steirischen Bauernschaft bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. (Abg. Riebenbauer: „Die Bauern werden sich bedanken!“) Die steirischen Bauern, die werden sich bei euch noch bedanken auf ihre Art für das, was ihr ihnen präsentiert. Ich habe dich am heutigen Tage schon einmal darauf hinge-

wiesen. Deine Doppelbödigkeit und Scheinheiligkeit in bezug auf eure Daten über die Bauernschaft. Ich werde dich auch jetzt wieder zur Rechenschaft ziehen. Lieber Franz Riebenbauer, so geht es nicht, nur glauben machen zu wollen, etwas zu tun, ist zu wenig.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung des Antrages. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 23.09 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Erich Pörtl das Wort.

Landesrat Pörtl (23.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich mache es sehr kurz. Der Vorwurf der Doppelbödigkeit und der Zwielfichtigkeit ist eine Unterstellung, wenn ich das so sagen darf. Und ich behaupte, wir werden den Bauern berichten, was die tatsächliche Einheitswertfeststellung, die Einführung der totalen Buchführung und das Wegschmeißen der Pauschalierung bedeutet. Eine ganz klare Position. Erkläre mir das Gegenteil, wie du die tatsächlichen Einkommensfeststellungen ohne Buchführung machst.

Und damit ist das für mich auch eine Doppelbödigkeit. Und damit wir das gerecht angehen, plus 40 Schilling Wochengeld, schwerer Protest vom ÖGB. Also da auf dem Gebiet wird ganz massiv in den Teich hineingehaut, jeder will dort Stimmen fischen, und jede Maßnahme, die langfristig Mehrheiten findet und lösbar ist, ist auch ein Faktum. Wenn man die Sprache spricht, die können wir ganz genauso sprechen. (Beifall bei der ÖVP. – 23.11 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (23.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, Herr Landesrat Pörtl, die Drohungen „und dann werden wir zu den Bauern hinausgehen, und dann werden wir es ihnen sagen“, ich glaube, diese Drohungen sind falsch am Platz. Ich habe dich hier mehrmals, jetzt das dritte Mal, ersucht, eine Studie in Auftrag zu geben, die das Positive und das Negative mit Zahlen belegt, wie sieht es wirklich aus, wenn die Buchführungspflicht kommen sollte. In der EU gibt es sie. Eine Buchführungspflicht stelle ich mir nicht vor mit einer Bilanzbuchhaltung, sondern Einnahmen/Ausgaben, und das ist unser Einkommen. Und ich finde, eine Drohung „und das werden wir ihnen schon sagen“ ist hier total fehl am Platz. Warum kann man nicht von deinem Ressort aus diese Studie in Auftrag geben, mit Zahlen genau belegt, wo ist das Positive und das Negative, was kommt unter dem Strich heraus, wen trifft es, trifft es die Großen oder trifft es wieder die Kleinen? Da bedarf es keiner Drohung und gar nichts. (Beifall bei der SPÖ. – 23.12 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Pörtl wird das Wort ergreifen.

Landesrat Pörtl (23.12 Uhr): Also, wenn man die Wahrheit sagt, ist das keine Drohung, also so kitzelig bin ich wirklich nicht. Ich bin da alle Reiberein talauf,

talab schon durchgegangen, da habe ich überhaupt keine Probleme. Bitte eine Studie. Ich lasse mir einmal einen Vorschlag machen, wie man eine solche Studie macht. Nur, das Land Steiermark soll für die Republik Österreich eine Studie machen, ich werde also blitzartig den Vorschlag deponieren im Rahmen der Agrarreferentenkonferenz, diese Perspektive anzuschauen. Das ist ja eine Position. Solche gesetzlichen Veränderungen passieren im Nationalrat, und wir tun gerade so, wie wenn wir da die Sozialgesetze beschließen würden. In Wahrheit ist Ministerratsbeschluss plus Parlamentsbeschluss in Wien ein Faktum.

Als Argumentationshilfe lasse ich mir das gerne gefallen. (Abg. Vollmann: „Eh klar, heute haben wir schon bei fünf Tagesordnungspunkten so getan, als wie wenn wir das alles beschließen!“) Ja, unter dem leide ich eh sehr oft. Wir werden aufgefordert, schreiben einen Brief, und der Fall ist wieder erledigt, wenn wir ganz ehrlich sind. Nur, das will ich zum Teil gar nicht sagen, weil sonst ist man undemokratisch. (Abg. Kaufmann: „Herr Landesrat, darf ich einen Satz dazu sagen? Darf ich?“ – Präsident: „Bitte, sagen Sie!“ – Abg. Kaufmann: „Unsere sämtlichen Daten der Bauern liegen bei der AMA auf. Wir sind erfaßt vom Holunderbusch bis zur Hauskatze. Wir sind durchsichtig, wir sind gläsern. Und dann kannst du mir sagen, in Zeiten von Computern und Technik ist es nicht möglich, so eine Studie mit den Unterlagen, die schon da sind, zu machen? Ich kann mir das nicht vorstellen, tut mir leid!“) Ich bin da gerne bereit, nur, ich möchte das an dieser Stelle plazieren, wo ganz konkret vor allem auch die Entscheidungsgrundlagen notwendig sind. Ich bin nicht so überzeugt, wenn ein steirischer Vorschlag mit einer Studie dort kommt, daß ganz Österreich da in Ohnmacht fällt. Ich werde das veranlassen, ich bin da gerne bereit. Weil so berühmt sind wir nicht in Österreich, daß unsere Studie die ganze Republik erschüttert – ich meine, wenn ich das ein bißchen griffiger jetzt formuliere. Ich bin gerne bereit, bei der nächsten Agrarreferentenkonferenz diesen Vorschlag zu machen. (23.14 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (23.15 Uhr): Zur Diskussion muß ich die Frage stellen, Frau Abgeordnete Kaufmann, habe ich mich verschaut, oder ist das jetzt noch ein gemeinsamer Antrag? (Abg. Kaufmann: „Das ist ein gemeinsamer Antrag!“) Aha, doch, danke! (Abg. Kaufmann: „Ich habe gesagt, wenn es nur einer Handvoll Bauern dient!“ – 23.15 Uhr.)

Präsident: Danke, und jetzt liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung in folgender Reihenfolge. Bitte um Aufmerksamkeit, wir stimmen ab.

Erstens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens über den Beschlußantrag der ÖVP, SPÖ, der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend die Anhebung der im Arbeitslosenversicherungsgesetz

festgelegten Einheitswertgrenze von 54.000 Schilling, also nach oben. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest und komme zur dritten Abstimmung, jener über den Beschlußantrag der FPÖ, betreffend soziale Gleichbehandlung der Bauern. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest und komme zum Punkt

32. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 549/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Mag. Bleckmann, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend Novellierung des Gesetzes über öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen (Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (23.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Hier geht es um den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Mag. Bleckmann, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend die Novellierung des Gesetzes über öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen (Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz), laut Vorlage. Dazu gibt es einen mündlichen Bericht Nr. 54.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 549/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Mag. Bleckmann, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend Novellierung des Gesetzes über öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen, Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag, Einl.-Zahl 549/1, der oben angeführten Abgeordneten, betreffend Novellierung des Gesetzes über öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen, wird mit folgenden Änderungen zum Beschluß erhoben.

Nach der Ziffer 2 wird eine neue Ziffer 3 eingefügt, die wie folgt zu lauten hat:

„3. Paragraph 6 a Absatz 3 lautet:

Der Spieleinsatz darf bei Geldspielapparaten nur durch Einwurf von Scheidemünzen oder Wertmarken sowie Abbuchung vom Display getätigt werden. Die Herstellung eines Guthabens am Display kann durch Einwurf von Scheidemünzen oder Wertmarken, durch Einführung von Banknoten sowie durch Aufbuchung der Gewinne erfolgen. Je Spiel darf der Einsatz den Betrag oder Gegenwert von 5 Schilling und der Gewinn den Betrag oder Gegenwert von 200 Schilling nicht übersteigen. Zwischenergebnisse eines Spielerfolges dürfen bis zum höchstzulässigen Gewinn angezeigt werden. Der Einsatz für das nächste Spiel

bei ein und demselben Geldspielapparat darf nicht vor dem Ende des vorhergehenden Spieles möglich sein."

Durch die Einfügung einer neuen Ziffer 3 werden die bisherigen Ziffern 3 und 4 zu den Ziffern 4 und 5. (23.19 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (23.19 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes darf ich folgenden Antrag einbringen:

Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Jeglič, Kröpl und Mag. Hohegger.

In der Ausschußsitzung am 7. Oktober 1997 wurde in Novellierung des Paragraphen 6 a Absatz 3 Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz unter anderem beschlossen, daß der Gewinn den Betrag oder Gegenwert von 200 Schilling nicht übersteigen darf.

Gegen diese Erhöhung des möglichen Spielgewinnes von 100 auf 200 Schilling hat sich die zuständige Fachgruppe in der Wirtschaftskammer ausgesprochen. Es sollte daher der bisherige Betrag von 100 Schilling aufrecht bleiben.

Es wird sohin der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Veranstaltungsgesetz-Novelle 1997 wird wie folgt geändert:

Im Paragraph 6 a Absatz 3 Ziffer 3 dritter Satz wird der Betrag von 200 Schilling durch den Betrag von 100 Schilling ersetzt. Danke! (23.20 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wir kommen zur Abstimmung, jetzt in folgender Reihenfolge, meine Damen und Herren.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag von ÖVP und SPÖ, Novellierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters mit Ausnahme des im Abänderungsantrag erfaßten Punktes die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

33. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 509/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brunner, betreffend die Sanierung des Kraftwerkes Šoštanj.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Mag. Edit Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (23.22 Uhr): Antrag, Einl.-Zahl 509/1, der Abgeordneten Zitz, Wabl, Keshmiri und Brunner, betreffend die Sanierung des Kraftwerkes Šoštanj (Schönstein).

In Arnfels am Steirischen Pobruck, unmittelbar an der Grenze zwischen Österreich und Slowenien, wird seit Mai 1997 von der Steiermärkischen Landesregierung (zuvor vom Umweltbundesamt von November 1992 bis April 1997) eine Luftgütemeßstelle betrieben, an der die Schadstoffe SO₂, Schwebestaub, NO, NO₂ und Ozon gemessen wurden, bis November 1994 auch CO, und nunmehr nur mehr SO₂ und O₃. Da häufig Luft aus Slowenien in den südsteirischen Raum transportiert wird, gelangen Emissionen des Kraftwerkes Šoštanj in den südsteirischen Raum. Arnfels weist im österreichischen Vergleich außergewöhnlich hohe SO₂-Werte auf, wofür laut Auswertung der Daten das Kraftwerk Šoštanj die Ursache ist. Zwischen November 1992 und April 1995 wurde bei SO₂ an 19 Tagen eine Grenzwertverletzung der Immissionschutzvereinbarung festgestellt. Grenzwerte für SO₂ nach der zweiten Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigungen wurden in insgesamt zehn Monaten überschritten. Grenzwerte, die als TMW angegeben sind, an insgesamt 26 Tagen.

Zur Verringerung der Schwefeldioxidemissionen des Kraftwerkes Šoštanj und damit zur Verminderung der SO₂-Belastung in den grenznahen österreichischen Gebieten hat Österreich 1995 die Errichtung einer Entschwefelungsanlage für den Block 4 des Kraftwerkes Šoštanj finanziell unterstützt. Block 5 soll ebenfalls mit österreichischer Unterstützung eine Entschwefelungsanlage erhalten.

Es wird daher der Antrag gestellt, ausgehend vom Ausschuß, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich über den Stand der Sanierung des Kraftwerkes Šoštanj, die diesbezügliche österreichische Unterstützung sowie die tatsächlichen und voraussichtlichen Auswirkungen auf die Luftbelastung im südsteirischen Raum zu berichten.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (23.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (23.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Den Antrag von den Kolleginnen und Kollegen kann ich vollinhaltlich unterstützen, das Kraftwerk Šoštanj, genauer gesagt den Block 5, zu sanieren, denn in der Südweststeiermark oder in der Südsteiermark, insbesondere in Arnfels, gibt es schon seit vielen, vielen Jahren eine dicke Luft, das heißt eine erhöhte SO₂-Belastung wird dort seit 1992 gemessen. Spitzenbelastungen an SO₂ gibt es vor allem im Jänner, Februar, November und Dezember. Das bestätigt auch das Umweltbundesamt, das eben seit November 1992 in Arnfels, unmittelbar an der Grenze zwischen Österreich und Slowenien, eine Luftgütemeßstelle aufgestellt hat und betreibt. Diese wird nun seit Mai 1997 von der Steiermärkischen Landesregierung betrieben.

Wie wirkt sich diese Luftbelastung aus auf Menschen und Vegetation? Die praktischen Ärzte im Ort Arnfels haben festgestellt, daß insbesondere Kinder häufig an Pseudokrupp, an Asthma und Bronchitis leiden und auch erkranken. Auch die Fachabteilung für das Gesundheitswesen bestätigt mit ihrem Schreiben vom Mai des vorigen Jahres, daß aus ärztlicher Sicht die Schleimhaut der oberen Luftwege besonders bei Spitzenbelastungen eine höhere Reagibilität aufweisen. Sie stellen nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen eine Belastung dar.

Ebenso belastend wirken diese erhöhten Luftschadstoffe auf den Wald, auf die landwirtschaftlichen Nutzflächen und auf die Vegetation.

Selbst bei einer Emissionsminderung von derzeit 60.000 Tonnen auf 30.000 Tonnen SO₂ wird eine nicht zu vernachlässigende Fläche bestehen bleiben, in welcher die Grenzwerte zum langfristigen Schutz der menschlichen Gesundheit überschritten werden, ebenso die Grenzwerte zum Schutz des Waldes.

Positiv zu bemerken ist noch, daß der Block 4 des Braunkohlekraftwerkes mit österreichischer Hilfe bereits saniert wurde, und das Bundesministerium für Umwelt teilte uns in einem Schreiben im September mit, daß der Block 5 nach Aussagen der Umweltförderungskommission eine Förderungsempfehlung von 20 Millionen Schilling für die Sanierung ausgesprochen hat.

Da Arnfels und die Südsteiermark in der Hauptwindrichtung des Kraftwerkes liegen und der Standort des Kraftwerkes nur 25 Kilometer entfernt liegt, ist doch zu erwarten, daß durch eine rasche Sanierung des Blockes 5 eine weitere Reduktion der Emissionen eintritt. (Beifall bei der ÖVP. – 23.27 Uhr.)

Präsident: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

34. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 550/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Riebenbauer, Pußwald, Alfred Prutsch und Wicher, betreffend den verstärkten Einsatz von Ökodiesel aus Altspeiseöl und Raps in den Fuhrparks von Stadt und Land.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (23.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ökodiesel führt zu wesentlichen Schadstoffverringerungen und schafft auch eine inländische Wertschöpfung.

Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Bevölkerung über die bestehenden Einsatzmöglichkeiten von Ökodiesel zu informieren,

zweitens im Sinne einer positiven Vorbildwirkung im eigenen Fuhrpark Ökodiesel einzusetzen und drittens auf die Stadt Graz einzuwirken, daß diese ihren Fuhrpark – insbesondere die im städtischen Verkehr eingesetzten Busse – mit Ökodiesel betreibt. (23.28 Uhr.)

Präsident: Danke. Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, bitte um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Bindung der Vergabe von Bedarfszuweisungen für größere Projekte an den Nachweis der Eigenanstrengung der Mittelaufbringung aus Privatisierungs- und Fusionserlösen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (23.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der mündliche Bericht Nr. 55. Der Gemeinde-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Bindung der Vergabe von Bedarfszuweisungen für größere Projekte an den Nachweis der Eigenanstrengung der Mittelaufbringung auf Privatisierungs- und Fusionserlösen, beraten.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt. Der Gemeinde-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Gemeinde-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Bindung der Vergabe von Bedarfszuweisungen für größere Projekte an den Nachweis der Eigenanstrengung der Mittelaufbringung auf Privatisierungs- und Fusionserlösen, wird zur Kenntnis genommen. (23.30 Uhr.)

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages des Berichterstatters fest und komme zu Punkt

36. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 554/1, der Abgeordneten Beutl, Pußwald, Dr. Lopatka und Tschernko, betreffend Initiative gegen Gewalt im Fernsehen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (23.30 Uhr): Antrag, Einl.-Zahl 554/1 der Abgeordneten Beutl, Pußwald, Dr. Lopatka und Tschernko, betreffend Initiative gegen Gewalt im Fernsehen.

Mit diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Möglichkeit der Einführung elektronischer Zugangssperren, den sogenannten „V-Chip“, bei Fernsehgeräten zu prüfen und auf den ORF einzuwirken, im Sinne des öffentlich-rechtlichen Programmauftrages auf die Ausstrahlung von Sendungen mit Gewaltszenen vor dem Hauptabendprogramm zu verzichten.

Auf diese Weise soll ein Beitrag geleistet werden, um den Gewaltkonsum, vor allem von Kindern und Jugendlichen, durch das Fernsehen zu senken. Ich bitte um Kenntnisnahme der Vorlage. (23.30 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Barbara Gross das Wort.

Abg. Gross (23.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich unterstütze die Intentionen des vorliegenden Antrages voll und ganz, möchte ihn aber namens meiner Fraktion und auch der ÖVP um einen Bereich erweitern und darf auf Grund der späten Stunde gleich den Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen der Abgeordneten Gross, Kröpfl, Günther Prutsch und Dr. Reinprecht, betreffend Gewalt im Internet.

Gewalt dominiert nicht nur das Unterhaltungsangebot im Fernsehprogramm, sondern ist auch im Internet stark vertreten und relativ einfach zu finden.

Deshalb sollte auch die Möglichkeit, Internetzugänge mit einer „Kindersperre“ auszurüsten, geprüft werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Hohe Landtag tritt im Wege des Präsidenten an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heran, die Möglichkeit einer Zugangssperre für Kinder auf für sie nicht geeignete Informationen im Internet zu prüfen. (23.32 Uhr.)

Präsident: Danke. Keine weitere Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, einstimmig angenommen.

Zweitens lasse ich abstimmen über den Beschlusantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Gewalt im Internet. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.33 Uhr.)